Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 7 – 18. Februar 2006 — Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland — C5524 - PVST. Gebühr bezahlt



Probleme mit der Tradition: *Auch unter dem neuen Verteidigungsminister Franz Josef Jung (Mitte, beim Antrittsbesuch bei der Luftwaffe) scheint sich an den „umstrittenen" Methoden der Vergangenheitsbewältigung nichts zu ändern, wie jüngste Vorfälle in Fürstenfeldbruck bestätigen.* Foto: pa

»Umstrittener« Rundumschlag

Bundeswehr läßt in Fürstenfeldbruck vorauseilend alle Straßenschilder abhängen

Angefangen hatte es 1998, zur Zeit der rot-grünen Machtübernahme im damals noch Bonner Bundesparlament: übereifrige Vergangenheitsbewältiger beauftragten das Verteidigungsministerium, alle namentlichen Erinnerungen an Angehörige der „Legion Kondor", die von 1936 bis 1939 im spanischen Bürgerkrieg zum Einsatz kam, strikt zu löschen. Auf der Hardthöhe nahm man den Parlamentarierwunsch nicht als Befehl – und ließ die Angelegenheit in irgendwelchen Schubladen auf sich beruhen.

Bis Peter Struck, derzeit wieder mal Fraktionsvorsitzender der SPD im Deutschen Bundestag, zwischenzeitlich das Kommando übernahm. Als Verteidigungsminister sorgte er dafür, das es bald aus war mit der Ruhe an der Traditionsfront. Erstes und zugleich prominentestes Opfer seiner Aktivitäten: Werner Mölders, hochdekorierter Kampfflieger im Zweiten Weltkrieg, bei Freund und (damaligem) Feind als untadeliger, hochanständiger und politisch unbelasteter Soldat bekannt und daher zu Recht Namensgeber des Jagdgeschwaders 74 der Bundesluftwaffe in Neuburg an der Donau. Daß er zu Beginn seiner Fliegerlaufbahn auch bei der „Legion Kondor" gedient hatte, war bekannt. Struck aber präsentierte „neue historische Fakten", aufgestöbert vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, und verfügte gegen heftigsten Protest der Truppe die Umbenennung – obwohl sich die „Fakten" schon bald in Luft auflösten.

Nun ist Struck an die Fraktionsspitze zurückgekehrt; sein Ministerium erbte Franz Josef Jung vom Koalitionspartner CDU. Mit dem Kabinettsposten ließ er sich gleich auch die politisch korrekten zeitgeschichtlichen Reinigungsrituale mitvererben.

So wurde die gerade über den Großraum München hereingebrochene Faschingszeit durch überraschende Aktivitäten im nahen Fürstenfeldbruck „bereichert", die auf den ersten Blick ausgesprochen lächerlich wirkten. Auf den zweiten Blick aber verging nicht nur den auf dem Fliegerhorst dienenden Luftwaffensoldaten das Lachen.

Die überkorrekten Vergangenheitsschnüffler hatten nämlich entdeckt, daß auf dem Gelände des Fliegerhorstes mehrere Straßen nach „umstrittenen" Fliegern benannt waren. Und da es keine objektiven Kriterien für den Begriff „umstritten" gibt, verfuhr man nach dem simplen Motto: „Wer umstritten ist, bestimme ich". Im Klartext: jeder, der öffentlich als umstritten bezeichnet wird, ist damit automatisch umstritten. Um also nur ja nicht versehentlich einen „umstrittenen" Straßennamen zu übersehen oder gar einen „nichtumstrittenen" zu streichen, schritten die Fürstenfeldbrucker zur Radikalkur: In vorauseilendem Gehorsam wurden alle Straßenschilder abmontiert und durch den unverfänglichen Einheitsnamen „Straße der Luftwaffe" ersetzt.

Nicht überliefert ist, ob zu den als „umstritten" Entlarvten auch Weltkrieg-I-Fliegerasse wie Immelmann oder Boelcke zu zählen sind, oder gar der Schriftsteller Antoine de Saint-Exupéry. Der war zwar im Zweiten Weltkrieg auch als Flieger aktiv, freilich nicht auf deutscher, sondern auf französischer Seite. Sie alle wurden jedenfalls aus der Ahnengalerie des Fliegerhorstes getilgt.

Geradezu befremdlich ist in diesem Zusammenhang eine Sprachregelung bei der Nato, auf die jetzt „Welt"-Autor Hans-Jürgen Leersch aufmerksam machte: Bündnisintern werden deutsche Maschinen mit dem Funkcode „Stuka" aufgerufen – obwohl doch die ersten Flugzeuge dieses Namens einst in der „Legion Kondor" eingesetzt waren. *H.J.M.*

Hans-Jürgen Mahlitz:

Kuschelstrafrecht

Dem oft gescholtenen Föderalismus sei's gedankt: Die Bundesländer haben endlich Bewegung in ein leidiges Thema gebracht, das die Bundestags-Großkoalitionäre bereits auf dem Altar der „Erledigung durch konsequente Nichtbeachtung" geopfert hatten – eine Reform des Jugendstrafrechts. Die Unionsmehrheit im Bundesrat setzte einen Antrag durch, der weitgehend identisch ist mit den rechtspolitischen Positionen, die CDU und CSU auch im Wahlkampf vertreten hatten, in den Koalitionsverhandlungen aber nicht durchsetzen konnten. Nun soll die Reform durch die Hintertür kommen, als von den Ländern eingebrachter Gesetzentwurf.

Reform bedeutet in diesem Falle deutliche Verschärfung. So soll bei Straftaten von Heranwachsenden im Alter zwischen 18 und 21 Jahren künftig das Erwachsenen- und nicht mehr das mildere Jugendstrafrecht zur Anwendung kommen. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) zeigte sich prompt verärgert. Die Unionspolitiker in den Ländern hätten verkannt, daß auch das Jugendstrafrecht „kein Kuschelstrafrecht" sei; es verfüge durchaus „über ein sehr differenziertes Instrumentarium".

Mag sein. In der Praxis merkt man aber nicht viel davon. Im Gegenteil: Polizeibeamte, Pädagogen, Mitarbeiter von Jugendämtern, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen klagen immer wieder, nach ihren Erfahrungen habe das Jugendstrafrecht offenbar überhaupt kein Instrumentarium; zumindest werde ein solches nur selten angewandt.

Im Klartext: Statt Täter zu bestrafen, wie Recht und Gesetz es fordern, werden krampfhaft Erklärungen und Entschuldigungen gesucht, werden der Staat, die Gesellschaft, die Medien, das Bildungssystem oder wer auch immer für individuelles Fehlverhalten verantwortlich gemacht, wird „resozialisiert", was aber leider oft eher den Weg von der läßlichen Jugendsünde zur Serienkriminalität ebnet.

Resozialisierung statt Strafe, das ist die falsche Alternative. Natürlich ist es vorrangig, junge, fehlgeleitete Menschen rechtzeitig auf den rechten Weg zurückzuführen. Und natürlich trifft es zu, daß Kinder, Jugendliche und Heranwachsende auf ihrem Weg zum Erwachsensein heute großen Gefährdungen ausgesetzt sind, durch mediale Reizüberflutung, durch freien Zugang zu Alkohol und Drogen, durch den Mangel an positiven Vorbildern, durch eine Gesellschaft, die immer stärker von Materialismus, Egoismus und Neid geprägt ist, oft auch durch das Versagen von Eltern, die mit sich selbst und ihrer eigenen Lebensgestaltung schon überfordert sind. Was erwarten wir Älteren eigentlich von einer Generation, die in eine solche Welt hineinwächst?

Die wichtigere Frage muß lauten: Wie können wir dieser Generation am besten helfen? Nun, ganz bestimmt nicht durch „Laissez-faire", durch überzogene Nachgiebigkeit, durch das Verschieben und Aufheben aller Grenzen, durch Verständnis für alles und jedes. Wo die Grenzen der eigenen Freiheit und der eigenen Rechte und Ansprüche liegen, wo Freiheit und Rechte der anderen beginnen – wer das als Kind nicht gelernt hat, wird es auch als Erwachsener nicht mehr lernen. Diese Grenzlinie muß jeder Mensch für sich persönlich erkunden, indem er sich an sie herantastet, sie zu überschreiten versucht und eben daran gehindert wird. Zum Beispiel durch angemessene, nicht übertrieben strenge, aber auch nicht zu milde Bestrafung. Insofern ist Strafe ein unverzichtbares Mittel der Resozialisierung. Übrigens läßt sich auch aus dieser Perspektive ermessen, in welchem Maße die antiautoritären Ideologen, die 68er, sich an ihren Kindern versündigt haben.

Angesichts der dramatisch hohen Zahlen im Bereich Kinder- und Jugendkriminalität können wir es uns nicht leisten, endlos darüber zu diskutieren, welchen Rang Festlegungen in einem Koalitionsvertrag haben. Es muß gehandelt werden, und wenn die Große Koalition im Bundestag sich selber blockiert, muß die Länderkammer eben vorangehen. Hier geht es um weit mehr als die Frage, warum 18- bis 21jährige überall, wo dies von Vorteil ist, als Erwachsene gelten wollen, nicht aber vor Gericht. Es geht um die Zukunft unseres Landes.

Stasi-Bonus bleibt erhalten

Opfer des SED-Regimes weiterhin schlechtergestellt als die Täter

Das Bundesverfassungsgericht forderte zum Nachbessern auf, und die Politik folgt – der ursprünglich geplante Wegfall von Versorgungsansprüchen ehemaliger Stasi-Angehöriger und Mitarbeiter des Amtes für Nationale Sicherheit der DDR ist vom Tisch. Nun fordern Politiker angesichts der einseitigen Erhaltung dieser Versorgungsleistungen, endlich auch die Opfer des SED-Regimes gesetzlich besserzustellen und finanziell besser zu versorgen. Während nämlich die vier Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR weiterhin funktionieren, müssen sich Opfer des Kommunismus wie ehemalige politische Häftlinge und andere Opfer der SED-Diktatur mit deutlich geringeren Leistungen abfinden. Am 21. November hatte das Bundesverfassungsgericht jedoch nur bestimmte Vorschriften im geplanten Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG) der Bundesregierung als mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt. Wie vom Gericht gefordert, sind nach dem neuen Gesetzentwurf die Angehörigen der ehemaligen DDR-Bediensteten miteinbezogen worden, Forderungen nach Nachbesserungen bei der Hinterbliebenenversorgung kommt die Regierung nun ebenfalls nach.

Bei den SED-Opfern hingegen sieht Jochen-Konrad Fromme, Flüchtlings- und Vertriebenenbeauftragter der CDU/CSU-Fraktion, Nachholbedarf: „Die verlangten Nachbesserungen dürfen nicht geschehen, ohne für die Gruppe der Opfer der SED-Diktatur Verbesserungen zu erreichen." Entsprechenden Vereinbarungen der großen Koalition will die CDU nun zum Durchbruch verhelfen. Konkret wurde darin die Aufstockung der Mittel für die Häftlingshilfestiftung, die Einführung von Opferpensionen sowie ein effektives Verfahren zur Anerkennung von Gesundheitsschäden beschlossen. Die Union fordert eine „rasche Umsetzung zugunsten der Opfer" – anders als ein ähnlicher Antrag, der an Rot-Grün scheiterte, hat der neue gute Aussichten, den Bundestag zu passieren. *SV*

Zeichen der Solidarität

Kanzlerin Merkels Grußwort beim Jahresempfang des BdV

Seit Jahren lädt der Bund der Vertriebenen stets im Januar oder Februar zum Jahresempfang in die deutsche Hauptstadt. Den bisherigen Bundeskanzlern aber war dieser Termin nie wichtig genug, um die Einladung anzunehmen. Das hat sich nun geändert.

So konnte Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen und CDU-Bundestagsabgeordnete, sich beim Jahresempfang 2006 Mitte vergangener Woche in Berlin ganz besonders über ein persönliches Grußwort von Bundeskanzlerin Angela Merkel freuen, die damit „ein klares Zeichen der Solidarität mit den Anliegen der Vertriebenen und Aussiedler" setze, wie Helmut Sauer, Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU, kommentierend anmerkte.

Die Bundeskanzlerin würdigte in ihrem Grußwort insbesondere die jahrzehntelange grenzüberschreitende Verständigungs- und Versöhnungsarbeit der Vertriebenen und ihrer Organisationen, also der Landsmannschaften und des BdV. Auch unterstrich sie die wichtige Funktion des Bundes der Vertriebenen bei der Integration der Spätaussiedler.

Ferner hob Kanzlerin Merkel hervor, daß die neue Bundesregierung sich in ihrer Koalitionsvereinbarung dazu bekenne, in der deutschen Hauptstadt Berlin ein Zeichen zu setzen, um an das Unrecht von Vertreibungen zu erinnern und diese für alle Zeiten zu ächten.

Dies, so die Kanzlerin weiter, sei nicht nur die Aufgabe der Vertriebenen selbst, sondern eine Gemeinschaftsaufgabe, die mit gemeinsamen Anstrengungen zu meistern sei. Sie stelle sich damit ausdrücklich in die Kontinuität des Wahlprogramms der CDU.

An dem Empfang nahm auch der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder, teil. Wie die CDU-Chefin sagte auch er Unterstützung für die Anliegen der Vertriebenen zu. Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, vereinbarte am Rande des Empfangs mit Kauder einen persönlichen Gedankenaustausch. *EB*

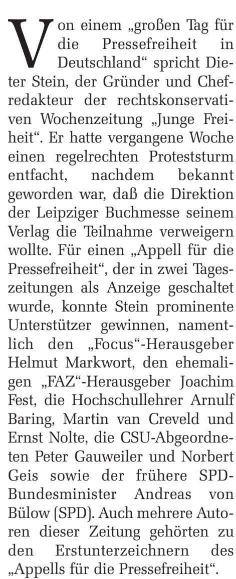
DIESE WOCHE

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

15 Quadratmeter Pressefreiheit

Wie ein konservativer Verlag sich die Teilnahme an der Leipziger Messe erkämpfte



Von einem „großen Tag für die Pressefreiheit in Deutschland“ spricht Dieter Stein, der Gründer und Chefredakteur der rechtskonservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Er hatte vergangene Woche einen regelrechten Proteststurm entfacht, nachdem bekannt geworden war, daß die Direktion der Leipziger Buchmesse seinem Verlag die Teilnahme verweigern wollte. Für einen „Appell für die Pressefreiheit“, der in zwei Tageszeitungen als Anzeige geschaltet wurde, konnte Stein prominente Unterstützer gewinnen, namentlich den „Focus“-Herausgeber Helmut Markwort, den ehemaligen „FAZ“-Herausgeber Joachim Fest, die Hochschullehrer Arnulf Baring, Martin van Creveld und Ernst Nolte, die CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler und Norbert Geis sowie der frühere SPD-Bundesminister Andreas von Bülow (SPD). Auch mehrere Autoren dieser Zeitung gehörten zu den Erstunterzeichnern des „Appells für die Pressefreiheit“.



Foto: Leipziger Buchmesse

Reger Andrang: Die Leipziger Buchmesse lockt jährlich über 100000 Besucher an.

Das Motto der Buchmesse „Leipzig liest“ wurde spöttisch in „Leipzig zensiert“ umbenannt. Zwei Tage stand die Sache auf der Kippe: Die Messeleitung zog sich auf eine windige Verteidigungsposition zurück und behauptete, sie habe nie beabsichtigt, gegen die in Berlin erscheinende „Junge Freiheit“ politische Zensur zu üben. Ausschlaggebend sei allein ein „Sicherheitsrisiko“ gewesen – im Klartext: Die Messeleitung befürchte gewalttätige Proteste linksradikaler Gruppen. Doch damit war die Buchmesse nicht aus dem Schneider. Ihre Pressekonferenz endete mit einem Eklat, nachdem Journalisten den Messedirektor Oliver Zille mit kritischen Fragen zum Fall „Junge Freiheit“ bedrängten. Schließlich wurde der Druck zu groß. Die Buchmesse gab klein bei, und Zille schickte Stein die Bestätigung, daß sein Verlag und die Zeitung in Leipzig vom 16. bis zum 19. März ausstellen und werben dürfen.

> Der Messedirektor kam in Erklärungsnot

Rückblick: Mitte Januar erreichte Dieter Stein ein Brief der Leipziger Buchmesse. Die Anmeldung seines Verlags für einen Stand von 15 Quadratmetern sei abgelehnt worden. Der Chefredakteur der „Jungen Freiheit“ sah durch das Messeverbot die grundgesetzlich garantierte Pressefreiheit verletzt, denn der Betrieb der Buchmesse ist zu hundert Prozent im Besitz der öffentlichen Hand, gehört je zur Hälfte dem Freistaat Sachsen sowie der Stadt Leipzig. Anfang Februar begann die „Junge Freiheit“, Unterschriften für einen „Appell für die Pressefreiheit“ zu sammeln. Bald waren 300 Unterstützer gefunden, darunter viele Konservative, aber ebenso einige Liberale und Linke. Auch bekannte Schriftsteller wie Ulrich Schacht, Arno Surminski, Eckhard Henscheid oder Thor Kunkel, später noch Wolf-Jobst Siedler, Rolf Hochhuth und der Brite Frederick Forsyth, beteiligten sich.

> Kehrtwende zur Pressefreiheit nur durch Druck

Nach der Veröffentlichung des „Appells“ in zwei Tageszeitungen ging alles erstaunlich schnell: Weitere Prominente unterzeichneten den Protestaufruf, etwa Hans-Olaf Henkel, der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), die CDU-Abgeordnete Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), und der frühere Bundesminister Carl-Dieter Spranger (CSU). Zeitungskommentare gingen mit der Messeleitung hart ins Gericht – „Kopflos in Leipzig“ lautete etwa eine Überschrift in der „Welt“. Der eher linksliberale Autor Henscheid, einst Mitbegründer der Satirezeitschrift "Titanic", sprach von einem „Meinungsterror der Linken“. Und Stein schimpfte im Leipziger UniRadio über den „Riesenskandal, gerade in Leipzig, wo man ’89 zu Hunderttausenden auf die Straße gegangen ist, um die Pressefreiheit durchzufechten“.

Die überraschende Kehrtwende der Messeleitung kann die „Junge Freiheit“ als Erfolg verbuchen. Ohne jegliche Auflagen wird sie in Leipzig als Aussteller präsent sein. Auch eine geplante Diskussionsveranstaltung zum 20jährigen Bestehen der Zeitung mußte die Messe zähneknirschend genehmigen. Deren Thema lautet hochaktuell: „Presse- und Meinungsfreiheit – Verfolgte Autoren und Journalisten – Rückblick und Ausblick“. *FPP*

Michels Stammtisch: Gottlos

Der Stammtisch im Deutschen Haus erinnert sich: Wer vor 30, 40 Jahren die Masseneinwanderung, besonders die aus der Türkei in die Bonner Bundesrepublik, kritisch sah und deren mögliche kulturelle und religiöse Folgen ansprach, wurde von den 68er Multikulti-Träumern im Bündnis mit den auf Arbeitskräfte erpichten kapitalistischen Funktionären als ewiggestriger „Ausländerfeind“ dargestellt und in der Presse karikiert. Heute leben drei Millionen Muslime in Deutschland mit 2600 Moscheen und Gebetsräumen.

Andere Karikaturen machen heute Furore, hieß es am Stammtisch, solche, die Mohammed mit dem Terrorismus in Verbindung bringen. Eine gottlose Gesellschaft habe zwar christliche Kruzifixe aus den Schulen verbannt, aber ansonsten herrsche totale Meinungs- und Pressefreiheit.

Die Verletzung religiöser Kultur sei gang und gäbe, stellte der Stammtisch fest. Aber wer selbst kein Gespür dafür habe, tappe eben auf dieser Welt herum wie ein Elefant im Porzellanladen. So könne es passieren, daß eine Milliarde Menschen durch eine ihre Religion verletzende Karikatur in einem dänischen Provinzblatt gekränkt und in Aufruhr gebracht würden.

Den verletzten Muslimen wiederum bot sich das dänische Reichsbanner als Haßobjekt an. War doch der „Danebrog“, ein rotes Tuch mit weißem christlichen Kreuz, durch göttliche Fügung schon 1219 bei Reval vom Himmel gefallen, nach einem Sieg bei einem vom Papst genehmigten Kreuzzug.

Der Stammtisch meinte, es könne nichts schaden, wenn das aufgeklärte Europa lerne, religiöse Gefühle anderer zu respektieren, auch wenn man selbst ihrer nicht mehr fähig sei. Man habe sich schließlich viele gläubige Menschen selbst ins Land geholt.

Euer Michel

Gedanken zur Zeit:

Europäische »Gedenkkultur«

Von Ulrich Schacht

Vor einem knappen Jahr, auf einer Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald durch amerikanische Truppen, ermutigte der ehemalige Buchenwald-Häftling und heutige weltberühmte spanische Schriftsteller Jorge Semprun Europa, endlich die „halbseitige Lähmung“ aufzugeben, die die Öffentlichkeit des Kontinents noch immer angesichts der Opfermassen der beiden totalitären Groß-Systeme des 20. Jahrhunderts befalle.

> Die Asymmetrie bei der Verehrung von Opfern ist in Deutschland offensichtlich

Semprun meinte damit nichts anderes als die offensichtliche, vor allem in Deutschland gepflegte Asymmetrie, wenn es darum geht, beiden Opfergruppen mit demselben Maß an Einfühlung und politisch flankierter Gedenkkultur zu begegnen: Mithin das Ungleichgewicht zuungunsten der Opfer des kommunistischen Herrschafts- und Vernichtungssystems, wie es seit 1917 in der Sowjetunion und nach 1945 auch in weiten Teilen Ost- und Mitteleuropas existierte, aufzugeben.

Jorge Semprun, der als Opfer des NS-Systems und einstiger hoher Funktionär der stalinistisch geprägten spanischen KP nun wahrlich genau weiß, wovon er spricht, richtete seinen Appell nicht zuletzt vor dem Hintergrund des „kürzlich erfolgten Beitritts von zehn neuen Ländern“ des europäischen Ostens zur EU an die Öffentlichkeit. Diese europäische Einigung könne „kulturell und existentiell erst dann wirksam erfolgen, wenn wir unsere Erinnerungen miteinander geteilt und vereinigt haben werden“. An dieser Sicht Sempruns ist insofern alles richtig, als sie aus den unbestreitbaren historischen Fakten die einzig mögliche moralische Konsequenz zieht, die ein Mensch ziehen kann, der sich einer ungeteilten humanen Orientierung verpflichtet weiß. Alle ideologisch forcierte oder aus anderen unlauteren Motiven gespeiste Auf- und Abrechnung, die sich in Vergleichsverboten oder Leugnungsorgien gefällt, ist nicht nur unwissenschaftlich, sie ist auch frivol und geht in letzter Konsequenz am Würdegebot des Grundgesetzes vorbei, das sich in einem gewissen Sinne durchaus rückblickend verhält und somit auch die Opfer würdeloser politischer Zustände im politischen Raum jüngerer deutscher Geschichte in ihre ethische Norm mit einschließt. Solches ist zu erinnern, angesichts mancher Kritik am Entwurf für eine „Stiftung Gedenkstätten“, den die Landesregierung von Sachsen-Anhalt kürzlich vorgelegt hat. Hier wiederholt sich nicht nur das einschlägige Propagandagetöse aus den VVN-Restbeständen der untergegangenen SED-Diktatur und ihrer westdeutschen Organisationsableger, wie wir es schon im Falle des sächsischen Gedenkstätten-Gesetzes erlebt haben.

Hier spreizen sich auch Vertreter einer Generation westdeutscher Zeithistoriker und 68er-Politiker, die sich seit Beginn der 70er Jahre in einem prinzipiellen Anti-Antikommunismus gefallen und in diesem nicht zuletzt profitlich orientierten Zusammenhang (viele von ihnen halten Universitätslehrstühle besetzt, mediale wie politische Hoch- und Horchposten, leiten Gedenkstätten, bildungspolitische Einrichtungen oder arbeiten Politik und Verfassungsschutz zu) begannen, aus deutscher Geschichte die bloße Vor- und Nachgeschichte der Nazizeit zu machen, aus dem kommunistischen System aber eine antifaschistische Alternative dazu. Gleichzeitig diffamierte man die Totalitarismus-Theorie und ihre Vertreter, darunter Hannah Arendt, die mit analytischer Schärfe Nationalsozialismus und Internationalsozialismus als erstaunlich vergleichbare Terror-Größen überführten, als unwissenschaftlich und reaktionär. Ihre „Argumente“ liehen sie sich dabei vor allem von Gesellschaftswissenschaftlern der DDR, die noch 1985 eine letzte große Kampfschrift gegen „Die Totalitarismusdoktrin im Antikommunismus“ vorlegten. Sie erschien, wenige Jahre vor Öffnung aller Schreckensarchive zwischen Ost-Berlin und Moskau, im SED-eigenen Dietz Verlag. Es lohnt sich, eine Schrift wie diese heute erneut aufzuschlagen. An ihrer massiv die eigene Verbrechensgeschichte leugnenden Apologie kann man ablesen, wie ideologisch verbohrt zahlreiche Vertreter einer ganzen Generation von Intellektuellen aus Westdeutschland sind, die zugleich vehement bestreiten würden, Propaganda einer untergegangenen Diktatur zu verbreiten. Von anderen MfS- und GULag-Relativierern gar nicht zu reden.

> Propaganda einer untergegangenen Diktatur wird weiterverbreitet

Wahlkampf mit der Zange

Mit einer Geldstrafe von 1000 beziehungsweise 300 Euro wurden jetzt zwei Wahlkampfhelfer der CDU-Fulda belegt, die während des Bundestagswahlkampfes im vergangenen Jahr Plakate des unabhängigen Kandidaten Martin Hohmann beschädigt hatten. Die Staatsanwaltschaft Fulda setzte das Strafverfahren gegen die beiden auf frischer Tat Ertappten mit der Begründung aus, bei Zahlung einer Geldbuße sei das „öffentliche Interesse an der Strafverfolgung zu beseitigen“. Der Umfang der Zerstörungen an den Plakaten Hohmanns war offenbar umfangreich – die beiden angeklagten CDU-Wahlhelfer waren mit einem Dienstfahrzeug systematisch auf die Jagd nach den Bildern ihres Konkurrenten und ehemaligen Parteifreundes gegangen. Mittels Zange hatten sie die Plakate „umgelegt“ oder an Ort und Stelle zerstört. Als die Polizei im September den anhaltenden nächtlichen Angriffen auf die Wahlwerbung Hohmanns vor Ort nachging, stellte sie die beiden, die gerade mit ihrem Dienstwagen flüchten wollten. Besonders pikant: Einer der auf frischer Tat Ertappten ist Vorsitzender der Jungen Union der Stadt Fulda, beide gehörten zum Wahlkampfteam des Bundestagsabgeordneten Michael Brandt, arbeiten weiterhin für die CDU.

Die Schulden-Uhr: Von allem mehr

Rund 82 Milliarden Euro werden die öffentlichen Haushalte dank der Mehrwertsteuererhöhung bis 2009 zusätzlich einnehmen – ein für den Bürger schmerzlicher Zuverdienst des Staates, zahlt er doch mit jedem Einkauf die Zeche. Wer allerdings hofft, so werde wenigstens die galoppierende Staatsverschuldung im Zaum gehalten, irrt: unverändert 38 bis 39 Milliarden Euro neue Schulden will Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) dieses Jahr machen.

1.484.191.854.697 €

(eine Billion vierhundertvierundachtzig Milliarden einhunderteinundneunzig Millionen achthundertvierundfünfzigtausend und sechshundertsiebenundneunzig)

Vorwoche: 1.484.240.853.054 €
Verschuldung pro Kopf: 17.990 €
Vorwoche: 17.975 €

(Stand: Dienstag, 14. Februar 2006, 10 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Mohammed lag falsch«

Islamistischen Todesdrohungen zum Trotz: Ayaan Hirsi Ali attackiert in Berlin einen verlogenen »Dialog«



Sprach sich gegen Selbstzensur und für ein selbstbewußtes Auftreten Europas in der Karikaturenfrage aus: Ayaan Hirsi Ali will nicht, daß Christen „klein beigeben". Kritik an Mohammend müsse möglich sein, selbst wenn sie verletzend sein mag.

Foto: Schleusener

Von Markus Schleusener

Mitten im verschneiten Berlin war auf einmal der Karikaturenstreit so präsent bis dahin nirgends in Deutschland. Nicht in Form tobsüchtiger Moslems, die durch die Hauptstadt ziehen, sondern durch Ayaan Hirsi Ali.

Die niederländische Politikerin und Buchautorin („Ich klage an") ist eine mutige Frau, die sich nicht den Mund verbieten läßt. Sie sagt zwar, „ich habe Angst um mein Leben und brauche Personenschützer". Aber sie würde deswegen nicht klein beigegeben.

Vielmehr ist Hirsi Ali am Tag der Berlinale-Eröffnung zu einer Stippvisite der besonderen Art nach Berlin gekommen. Um sich „solidarisch mit dem dänischen Ministerpräsidenten zu zeigen", sagt sie. Rund einhundert Journalisten, zur Hälfte aus dem Ausland, sind deswegen ins Bundespresseamt gekommen. Sie werden überprüft wie am Flughafen.

„Warum Berlin? Warum ausgerechnet ich?" fragt Hirsi Ali, die Freundin des im November 2004 ermordeten holländischen Filmemachers Theo van Gogh („Submission"). „Berlin ist geschichtlich gesehen reich an Herausforderungen für die offene Gesellschaft."

Nein, sie setzt ihre Rede an dieser Stelle nicht mit den Nazis fort, sondern frischt die Erinnerung an Mauer und Stacheldraht auf: „Dies ist die Stadt, in der eine Mauer die Menschen innerhalb der Grenzen des kommunistischen Staates gefangenhielt."

Und weiter: „Verteidiger der Freiheit hielten die Bürger über die Nachteile des Kommunismus auf dem laufenden. Die Lehre von Marx wurde offen diskutiert in Universitäten, Zeitungen und in Schulen. Geflohene Dissidenten aus dem Osten konnten schreiben, Filme drehen, Karikaturen zeichnen und ihre ganze Kreativität dazu nutzen, die Menschen im Westen davon zu überzeugen, daß der Osten weit, weit vom Paradies entfernt war. Trotz brutaler Zensur im Osten und der freiwilligen Selbstzensur von vielen im Westen, die den Kommunismus verherrlicht und verteidigt haben, haben wir die Schlacht gewonnen."

Ayaan Hirsi Ali benutzt gern den Begriff „Dissidenten". Sich selbst bezeichnet sie nicht als Atheistin, oder Ex-Muslimin, sondern als „Dissidentin vom Islam". Sie ist geprägt von dieser Religion. Als Ajatollah Khomeini 1988 die Fatwa gegen Salman Rushdie verhängte, fand Hirsi Ali das nach eigener Aussage richtig.

Die junge Frau war damals noch keine 20 Jahre alt und trug den Schleier. Sie lebte mit ihrer Familie in Somalia. Als sie mit einem in Kanada lebenden Cousin, den sie noch nie gesehen hatte, zwangsverheiratet werden sollte, nutzte sie die Reise dorthin zur Flucht in die Niederlande. „Auch ich bin in den Westen geflohen", bekennt sie heute stolz.

„Ich denke, daß der Prophet Mohammed falsch lag, als er sich und seine Ideen für unfehlbar erklärte, als er Frauen den Männern unterwarf, als er befahl, Homosexuelle zu ermorden, als er sagte, Abtrünnige seien zu töten. Er lag falsch, als er sagte, Ehebrecher sollten ausgepeitscht und gesteinigt und Dieben eine Hand abgehackt werden. Er lag falsch, als er sagte, daß all jene, die im Namen Allahs sterben, mit dem Paradies belohnt werden. Er lag falsch, als er sagte, eine ordentliche Gesellschaft könne nur auf seinen Ideen aufgebaut werden."

> »Ich bin gekommen, um das Recht, andere verletzen zu dürfen, zu verteidigen«

Kritik an Mohammed müsse möglich sein, auch wenn sich deswegen jemand verletzt fühle. Deswegen lautet der zentrale Satz Hirsi Alis in Berlin auch: „Ich bin gekommen, um das Recht, andere verletzen zu dürfen, zu verteidigen." Sie erhebt schwere Vorwürfe gegen pflichtvergessene Journalisten. Sie dürften nicht darauf verzichten, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu nutzen, das Menschen in andern Ländern versagt sei. Ohne eine freie Presse, die dieses Recht auch ausübe, könnten die Mächtigen nicht genug kontrolliert werden, warnt sie. Es sei daher ihre verdammte Pflicht, Mohammed-Karikaturen zu veröffentlichen.

Eine junge Frau steht vor den Journalisten aus ganz Europa und liest ihnen die Leviten. Viel zu viele der Journalisten in den Niederlanden, klagt sie, hätten sich einer Selbstzensur unterworfen.

„Berlin ist eine Stadt des Optimismus", schwärmt Hirsi. Ali „Der Kommunismus ist gescheitert. Die Mauer ist gefallen. Auch wenn die Dinge heute schwierig und verworren sind." Sie schaut in die Zukunft: „Ich bin sicher, daß die gedankliche Mauer zwischen den Freunden der Freiheit und denen, die sich den Verführungen und der Sicherheit totalitärer Ideen unterwerfen, eines Tages fallen wird."

Als eine deutsche Journalistin von einem öffentlich-rechtlichen Radiosender fragt, ob sich nicht alle erstmal ein bißchen beruhigen sollten, wirft ihr Hirsi Ali zunächst nur einen ungläubigen Blick zu. Dann antwortet sie sanft: „Die Frage ist, was ‚sich beruhigen' bedeutet? Wer muß zur Ruhe kommen?" In Europa habe niemand randaliert und Botschaften angezündet.

Richtiger Beruf

Von Harald Fourier

Guido Westerwelle gab kürzlich bei einem Empfang in der Parlamentarischen Gesellschaft eine Anekdote über den Beginn seiner Politikerkarriere zum Besten: Er wollte für das Europaparlament kandidieren. Damals Vorsitzender der Jungen Liberalen, wandte er sich schriftlich an den damaligen FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff.

Lambsdorffs Rat fiel kurz und knapp aus, ein Absatz nur. Der gipfelte in der kühlen Empfehlung: „Lernen Sie erstmal einen richtigen Beruf." Das nahm sich Westerwelle zu Herzen und beendete sein Jura-Studium, um dann einige Jahre in diesem Beruf tätig zu werden. Deswegen steht hinter seinem Namen auch eine „richtige" Berufsbezeichnung: Rechtsanwalt.

Während bei den Linken Taxifahrer oder Studienabbrecher schnell zu den beliebtesten Führungspersönlichkeiten aufsteigen, legen die Wähler von Union und FDP mehr Wert auf „gestandene Persönlichkeiten", möglichst mit Frau und Kind, Haus und Hof.

Der Berliner CDU-Aufsteiger Mario Czaja weiß, worauf es ankommt. Der heute 30jährige hat nach der Wende schnell begriffen, wie Politik in einer Demokratie funktioniert: Parteiamt übernehmen (1994), sich ins Kommunalparlament setzen (1995), zum Abgeordneten hochdienen (1999). Inzwischen ist er sogar Vizefraktionsvorsitzender im Berliner Landesparlament. Mal fungiert er hier als wissenschaftlicher, mal als gesundheitspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Er ist eben ein Multitalent.

Czaja kommt aus dem „Osten" und ist schon aufgrund seines Alters so etwas wie der „Hoffnungsträger Ost" der Berliner CDU. Friedbert Pflüger nannte neulich Czajas Namen, als er nach seinen Beratern gefragt wurde, und selbst zur Kanzlerin soll Czaja guten Kontakt haben.

Wer soviel mit der hohen Politik befaßt ist, hat für seine eigene Ausbildung nur wenig Zeit. Schon beim Abitur wurde gemunkelt, er sei in Wirklichkeit durchgefallen, als er fröhlich verkündete, er habe bestanden. Auf der Internetseite des Berliner Parlaments ist seit kurzem nur noch der Besuch des Gymnasiums vermerkt, von einem Abschluß ist keine Rede mehr. Getilgt wurden auch die „Russischkenntnisse", die sich Czaja bis vor kurzem selbst zugeschrieben hatte.

Jetzt hat der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) zu allem Überfluß noch die „Universität" Teufen in der Schweiz aufgesucht, an der Czaja seinen Titel als Diplom-Ökonom erworben haben will. Wie sich herausstellte, handelt es sich nicht um eine herkömmliche Akademiker-Einrichtung. Die „Uni" Teufen besteht aus Briefkästen und Büros. Ihre Titel sind in Deutschland staatlicherseits nicht anerkannt.

Die ganze Partei ist jetzt in heller Aufregung, zumal Czaja nicht richtig auf die Enthüllungen reagieren kann. Er ist zu Besuch in den USA: Wenn er wieder da ist, wird er einiges zu erklären haben. Vor allem gegenüber Pflüger, der ihn angeblich in sein Schattenkabinett holen wollte. Vielleicht wird Pflüger ihm sagen, daß es nicht ausreicht, nur jung zu sein und aus dem „Osten" zu kommen.

Die Wut hier ist echt

Berlin und Brandenburg halten am Ausbau des Flughafens Schönefeld fest – Kritiker zweifeln am Nutzen

Von Annegret Kühnel

Landschaftlich ist der Berliner Südosten kaum weniger attraktiv als der Südwesten vor den Toren Potsdams. Zwar ist der Müggelsee nicht ganz so berühmt wie der Wannsee, und Altglienicke und Grünau sind nicht so bekannt wie der Grunewald, doch wer hier wohnt, weiß die privilegierte Lage und vor allem die Ruhe zu schätzen. Die aber sehen die Anwohner nun akut gefährdet. In den Vorgärten der Einfamilienhäuser prangen Plakate mit der Aufschrift: „Nein zum Flughafen!", „Stoppt Schönefeld!" oder „Gegen Fluglärm und Naturzerstörung!" Spaziergängern, die über einen Aufstand der Gartenzwerge spotten, kann es passieren, daß ihnen von wütenden Märkern herzlich, aber hart, Backpfeifen angeboten werden. Die Stimmung hier ist gereizt und die Wut echt.

Im November 2011 soll endlich der neue Großflughafen Berlin-Brandenburg in Betrieb gehen. Doch auch 15 Jahre nachdem die beiden Bundesländer sich auf das Projekt geeinigt haben, ist seine Fertigstellung alles andere als sicher. In der vergangenen Woche hat vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ein wahrer Monsterprozeß begonnen: 4000 Kläger fordern die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses, mit dem das Land Brandenburg 2004 den Bau des Großflughafens Berlin-Schönefeld genehmigt hatte. 2000 Aktenordner wurden mit dem Möbelwagen angeliefert, vier Einsprüche wurden für Musterklagen ausgewählt.

Die Kläger bemängeln die Standortwahl, die voraussehbare Schadstoffbelastung und die Lärmbelästigung, von der rund 50000 Menschen massiv betroffen sein werden. Der Wert der in der Einflugschneise gelegenen Grundstücke werde ins Bodenlose fallen. Außerdem seien alternative Standorte wie das südbrandenburgische Sperenberg, das in einer äußerst dünn besiedelten Region liegt, nicht hinreichend berücksichtigt worden. Für das Verfahren wurden sechs Prozeßtage angesetzt, der letzte war am 16. Februar. Für die Urteilsverkündung ist ein gesonderter Termin vorgesehen.

Berlin und sein Großflughafen – das ist eine unendliche Geschichte mit Pleiten, Pech und Pannen. Erstmals hatte US-Präsident Ronald Reagan 1987 in seiner Rede am Brandenburger Tor ein internationales „Luftkreuz" in Berlin vorgeschlagen. Mit dem Mauerfall war das plötzlich eine realistische Aussicht. 1991 wurde eine Holding gegründet, 1992 begannen die Planungen. Doch immer wieder gab es Rückschläge. Die privaten Investoren zogen sich zurück, Planungen und Auftragsvergaben wurden wegen fehlender Durchschaubarkeit für nichtig erklärt, Baustops verkündet, und als 2001 die öffentlichen Anhörungen begannen, rollte eine Lawine von 134000 Einwänden an. Auf Bürgerversammlungen kam es beinahe zu Handgreiflichkeiten.

Die Landesregierungen in Berlin und Potsdam hielten trotzdem an dem Projekt fest. Der Grund: Der Flughafen soll ein wirtschaftlicher Leuchtturm werden – es wäre der einzige in der Region – und eine „Jobmaschine". Rund 40000 Arbeitsplätze, heißt es, würden entstehen. Doch diese Zahlen werden von den Gegnern natürlich bezweifelt. Durch das lange Gezerre und die vielen Pannen sei der wirtschaftliche Effekt bereits vertan, sagen die Kritiker. Die Deutsche-Post-Tochter DHL zum Beispiel verlagert ihre internationale Frachtzentrale von Brüssel nicht nach Berlin, sondern nach Leipzig. Als die DHL nach einem zweiten Umschlagplatz suchte, weil ihr der Standort Brüssel zu klein geworden war, reagierten die Sachsen einfach schneller als die Berliner.

Die Flughafengegner argumentieren auch, München habe sich fest als zweiter deutscher Großflughafen nach Frankfurt etabliert und damit den Platz eingenommen, den Berlin anstrebt. Schließlich sei die Lufthansa mit der Übernahme der Fluggesellschaft Swiss die Verpflichtung eingegangen, von der Schweiz aus internationale Flugverbindungen zu unterhalten. Damit seien ihr in Berlin die Hände gebunden. Schönefeld habe noch alle Chancen, ein lebendiger Regionalflughafen zu werden, sagte ein Lufthansavertreter kürzlich auf einer Podiumsdiskussion – ein wahrlich vergiftetes Kompliment!

Viele sehen es nun als Fehler, daß man nicht auf den vom damaligen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe favorisierten Standort Sperenberg zurückgegriffen hat. Dort hätte man einen roten Teppich ausgerollt, doch vor allem aus psychologischen Gründen war der Vorschlag zu Fall gebracht worden. Den Berlinern, vor allem denen aus dem Westen, war der Gedanke, tief ins brandenburgische Umland reisen zu müssen, nach den langen Jahren der deutschen Teilung einfach unheimlich. Der jetzt entstandene Wirrwarr gehört zu ihren Spätfolgen.

Alle drei Minuten ein Märtyrer

Unbeachtet von der veröffentlichten Meinung: Christenverfolgungen in islamischen Ländern

Die islamische Welt fühlt sich durch Mohamed-Karikaturen in ihren religiösen Gefühlen verletzt und reagiert darauf mit offensichtlich gesteuerten und keineswegs „spontanen" Massendemonstrationen, zum Teil auch mit Gewalt und blankem Haß auf die „Ungläubigen". Diese wiederum, also die christlich-abendländisch geprägte Welt, reagiert darauf mit Toleranzbeteuerungen gegenüber Andersgläubigen. Was darüber zu kurz kommt, ist die Frage, wie wir es mit dem Schutz unserer eigenen religiösen Empfindungen halten – und allzu oft auch mit dem Schutz vor blutigen Christenverfolgungen, die leider weltweit zunehmen.

Von JÜRGEN LIMINSKI

Im Schatten der teils gewalttätigen, teils friedlichen Proteste muslimischer Massen gegen die Karikaturen im Staate Dänemark („Demonstrationen für den Respekt religiöser Überzeugungen und Gefühle", heißt es in Europa) blieb weitgehend verborgen, daß in eben diesem emotional so aufgeputschten Krisenbogen zwischen Casablanca und Taschkent Christen für ihre religiösen Überzeugungen diskriminiert und getötet werden oder in ständiger Lebensgefahr schweben. Man hört und liest nicht viel von solchen Fällen – weit hinter dem Bosporus oder in Nordafrika, Asien oder auch im Vorderen Orient. Aber es ist wohl nicht verfehlt, von einem Aufflammen der Christenverfolgung in islamischen Ländern zu sprechen, auch wenn die Medien hierzulande kaum davon berichten.

Durchgedrungen – in kleinen Meldungen – ist in den Medien der Mord an dem italienischen Missionspriester Andrea Santoro in der türkischen Stadt Trabzon am Südufer des Schwarzen Meeres. Er war im Garten der Kirche auf Knien ins Gebet vertieft, als ein aufgebrachter Türke ihn suchte, sah und erschoß. Beim Requiem kündigte Kardinal Camillo Ruini, Bischofsvikar des Papstes für die Diözese Rom, in der Lateran-Basilika in Rom die baldige Eröffnung des Seligsprechungsprozesses für den Pater an, der Priester der Diözese Rom war. Papst Benedikt würdigte ihn als „mutigen Zeugen des Evangeliums der Liebe". Kardinal Ruini nannte ihn einen „Märtyrer und Zeugen der christlichen Liebe".

Fast wäre in der türkischen Stadt Izmir an der Ägäis-Küste wenige Tage später ein Franziskaner von einer Gruppe Jugendlicher ermordet worden. Sie hatten ihn angegriffen, an der Gurgel gepackt und geschrien: „Wir werden euch alle töten". So berichtete es Bischof Luigi Padovese, Apostolischer Vikar von Anatolien. Dieser jüngste Übergriff sei die „Frucht eines um sich greifenden Fanatismus", betonte er. Der Vorfall hatte sich innerhalb des Klostergeländes zugetragen. Bischof Padovese erklärte, Pater Martin Kmetec, ein gebürtiger Slowene, sei sofort zur Polizei gegangen, doch diese „schenkte dem Angriff kaum Beachtung".

> Im Mittleren und Nahen Osten sind die Christen Freiwild

Die Türkei ist mit ihrer Trennung von Religion und Staat formal noch ein fortschrittliches Land. In anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sind Christen wie Freiwild. In Saudi-Arabien oder im Iran steht auf Konversion vom Islam zum Christentum die Todesstrafe. Dort werden Konvertiten bis zum Oberkörper in Sand eingegraben und gesteinigt. Die durch engen Kontakt mit Christen „beschmutzte Ehre der Familie" wird auch in Palästina mit Mord an eigenen Angehörigen wiederhergestellt. Im kleinen Ort Deir Jarir erfuhren im vergangenen September Vater und Brüder einer jungen Frau, daß sie mit einem „Ungläubigen" aus dem Nachbarort Taiba eine Liebesbeziehung begonnen hatte. Die Eltern „reinigen" die Ehre der Familie, indem sie die Tochter vergiften, die Brüder begraben sie sofort, noch bevor sie stirbt. Aber das genügt der muslimischen Gemeinschaft nicht. Sie rotten sich zusammen und greifen mit ungefähr fünfhundert bewaffneten Männern und dem Kriegsruf „Allahu Akbar" (Gott ist der Größte) den überwiegend christlichen Nachbarort an, plündern und brandschatzen 16 Häuser. Die palästinensischen Polizeieinheiten erfahren davon, greifen aber nicht ein.

Der Wahlsieg der Hamas bedeutet für die Christen im Heiligen Land nichts Gutes. Der Chef der Hamas-Fraktion im Stadtrat von Bethlehem hat bereits offen in einem Interview mit der amerikanischen Zeitung „Wall Street Journal" angekündigt, daß man die von der Scharia vorgeschriebene Sondersteuer für Dhimmis (wörtlich: Schutzbefohlene; de facto: Bürger zweiter Klasse, also Christen und Juden) erheben werde. Diese Sondersteuer, die Dschizija, ist ein Konzept aus den ersten Jahrzehnten des Islam. Die Ausbeutung unterworfener Stämme und Städte diente vor allem dazu, die Kriegskasse zu füllen. Allzuviel werden die Nachfolger der Kalifen in den Gebieten der Palästinensischen Autonomie nicht hereinholen können. Gerade in Bethlehem ist die christliche Bevölkerung völlig verarmt, übrigens auch wegen der Isolationspolitik der Israelis. Wer kann, wandert aus. Viele Christen sind bereits gegangen. Seit den Abkommen von Oslo vor gut zehn Jahren ist die christliche Bevölkerung stark geschrumpft. Vier von fünf Christen sind gegangen, der Anteil der Christen an der Bevölkerung ist von zehn auf knapp zwei Prozent gesunken. Viele Auswanderer fühlen sich auch von dem Patriarchen der Lateiner in Jerusalem, Michel Sabbah, im Stich gelassen. Sein Mißtrauen gegen Israel und sein Wohlwollen gegenüber dem Islam haben ihm den Beinamen „Islamischer Patriarch von Jerusalem" eingetragen.

Auch in Israel selbst, in Galiläa, leben Christen unter ständiger Todesgefahr. Anfang Februar traf ein Hilferuf aus Maghar bei dem Hilfswerk „Kirche in Not" ein. Der Pfarrer des Ortes, Pater Maher, organisierte zum Gedenken an das Pogrom im Februar vor einem Jahr eine Gebetsnacht für Vergebung und Versöhnung. Man solle mitbeten und den Aufruf publik machen. Das könnte schützend wirken. Damals, Mitte Februar 2005, waren 1500 Drusen (sie stellen etwa 60 Prozent des rund 20000 Einwohner zählenden Ortes) über die Christen hergefallen, hatten, wie Pater Maher nachher festhielt, etwa hundert Häuser zerstört und abgebrannt, 30 Geschäfte einschließlich der Apotheke geplündert und auch die Kirche angezündet, 151 Autos gingen in Flammen auf. Die israelische Polizei, die in Maghar meist aus Drusen besteht, schaute zu und hinderte die Feuerwehr, die Brände zu löschen. Die Pogromstimmung setzte sich auch danach fort. Christliche Schüler werden mißhandelt und gedemütigt. Sie müssen die Taschen der Drusen tragen, Kreuze und Marienmedaillen werden ihnen weggerissen. Einer der Jugendlichen beging aus Verzweiflung Selbstmord. Vor allem die jungen Mädchen wagen sich nicht mehr in die Schule. 447 Schüler und Schülerinnen haben in mehr als zehn Schulen von Nachbardörfern Zuflucht gesucht, hundert Schüler haben ihre Schullaufbahn abbrechen müssen. Von den 4000 Christen ist die Hälfte geflohen, man fürchtet weitere Ausschreitungen der unberechenbaren Drusen, zumal diese von den israelischen Behörden gedeckt oder nicht belangt werden.



Ein seltener werdendes Bild: Christliche Prozession in Bethlehem; immer mehr der hier lebenden Christen verlassen die Geburtsstadt Jesu, weil sie sich nicht nur von Palästinensern, sondern auch von Israelis schikaniert fühlen. Foto: pa

Von Auszehrung und schleichendem Martyrium bedroht sind auch die Christen im Irak. Eine Anschlagserie auf christliche Kirchen im Irak forderte Ende Januar drei Tote und 17 Verletzte. Patriarch Emmanuel III. von Babylonien und der Chaldäer, der höchste Würdenträger der mit Rom unierten chaldäisch-katholischen Kirche, entging nur knapp einem Bombenanschlag in Bagdad. Seine rechte Hand, der Weihbischof von Bagdad, Abouna, gab dem Gefühl der Christen Ausdruck, als er sagte, daß sich die Christen wie „Gefangene zwischen zwei Stühlen" fühlten. Von beiden Seiten, den Sunniten wie den Schiiten, würden sie entweder eingeschüchtert oder aber auf heuchlerische, manipulative Weise umworben. Die Christen seien jetzt tatsächlich am Ende ihrer Kräfte. Nach weiteren Autobombenanschlägen auf sechs Kirchen in Bagdad und in Kirkuk, dem Zentrum der irakischen Erdölindustrie, warnte auch der Erzbischof Louis Sako davor, daß die christliche Gemeinschaft im Irak nun „wieder zu einer Kirche von Märtyrern" werde. Bei den Anschlägen war auch der 14jährige Fadi Raab Elias getötet worden.

Gegenüber dem Hilfswerk „Kirche in Not", das sich ganz praktisch und unbürokratisch um die verfolgten Christen in aller Welt kümmert, sagte der Bischof, die Christen würden standhalten und sich auch nicht durch Terroranschläge aus dem Land vertreiben lassen. Zahlreiche Menschen, darunter auch viele Muslime, seien gerade deshalb zur Eucharistiefeier in die Kathedrale gekommen, um zu zeigen, „daß sie tiefer mit dem Christentum verbunden sind als jemals zuvor".

Die Nuntiatur in Bagdad gehörte nach einer Anordnung Papst Johannes Pauls II. zu jenen wenigen ausländischen Vertretungen, die geöffnet blieben, als die ersten Bomben fielen. Für die Iraker bedeutet die Anwesenheit des 58 Jahre alten Repräsentanten des Papstes, Erzbischof Filoni, der das Land während des Krieges nicht verlassen hat, eine moralische Unterstützung sowie ein Zeichen der greifbaren Solidarität der katholischen Kirche. Um die Nähe zu den Menschen zu fördern, verzichtet der Nuntius bewußt auf besondere Sicherheitsvorkehrungen. Jetzt wurde seine Residenz auch Ziel eines Autobombenanschlags. Der Zusammenhang mit den Karikaturen in Dänemark scheint ihm offenkundig. Es gebe „in den islamischen Ländern einfach eine große Hitzigkeit". Für „uns Christen ist diese Entwicklung Anlaß zu äußerster Sorge. Wenn sie könnten, würden viele von ihnen auswandern". Mord auch auf den Philippinen. Muslimische Extremisten haben erst jetzt im Zuge der Demonstrationen gegen die Karikaturen auf der Insel Jolo sechs Christen kaltblütig ermordet. Die Täter, vermutlich Angehörige der islamischen Terrororganisation „Abu Sayyaf" („Schwert Gottes"), gingen in der kleinen Stadt Patikul von Tür zu Tür und fragten die Bewohner, ob sie Christen oder Muslime seien, berichtete „Asia-News". Waren es Christen, wurde das Feuer eröffnet. Brigadegeneral Alexander Aleo, ein Sprecher der philippinischen Armee, bestätigte diese Angaben und fügte hinzu, daß auch ein neun Monate altes Mädchen getötet worden sei. Fünf Personen, unter ihnen ein dreijähriger Junge, seien mit schweren Verletzungen davongekommen. In Asien starben während des vergangenen Jahres vier Priester, während sie das Evangelium verkündeten: drei in Indien und einer in Indonesien. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr ein Bischof, 20 Priester, zwei Ordensmänner und zwei Ordensfrauen sowie ein Laie wegen ihres Glaubens ermordet und sind deshalb im aktualisierten „Martyrologium", dem Märtyrer-Verzeichnis der zeitgenössischen Kirche, verzeichnet, das von der Kongregation für die Evangelisierung der Völker veröffentlicht wird. Bei den 26 Glaubenszeugen aus dem vergangenen Jahr (2004 waren es noch 15) handelt es sich nicht nur um Missionare im eigentlichen Sinn, sondern generell um kirchliche Mitarbeiter.

> Unter den Opfern sind auch kleine Kinder und Frauen

Das sind registrierte Fälle in der katholischen Kirche. Sie sind peinlich genau registriert, einschließlich der Umstände. Zeugen werden vernommen, schließlich bedeutet die Aufnahme in das Martyrologium so etwas wie eine administrative Seligsprechung. Viele, ja vermutlich tausende Fälle werden aber nicht erfaßt, weil sie sich in der Wüste oder in unzugänglichen Gebieten ereignen und erst Jahre später bekannt oder aus Angst gar nicht gemeldet werden oder weil es an Zeugen mangelt.

Hinzu kommen noch die Fälle aus der evangelischen Kirche. Der Bonner Menschenrechtler und evangelische Theologe Professor Thomas Schirrmacher hat viele weitere Fälle aufgezeichnet und gesammelt und in seinem im Februar erschienenen „Jahrbuch zur Christenverfolgung 2005" veröffentlicht. Darin kommt er zu dem Ergebnis: Alle drei Minuten wird auf der Welt ein Christ wegen seines Glaubens getötet. Zwischen 80 und 90 Prozent aller religiös Verfolgten sind Christen. Und nirgendwo würden Christen öfter und stärker verfolgt und diskriminiert als in islamischen Ländern.

Nicht alle kirchlichen Mitarbeiter, Priester, Schwestern, Ordensmänner, Katecheten oder Diakone starben wegen ihres Glaubensbekenntnisses. Viele fallen auch Raubüberfällen zum Opfer, andere weil sie öffentlich für gerechtere soziale Verhältnisse eintreten. Die Motivation der Mörder ist auch im Vorderen Orient und in islamischen Ländern nicht immer eindeutig. Aber mit Sicherheit läßt sich sagen, daß die gewaltsame Christenverfolgung in diesen Ländern in den letzten Monaten signifikant zugenommen hat und daß die Zahl der von der katholischen Kirche offiziell registrierten Märtyrer nur ein schwacher Indikator für die wahre Pogromstimmung in diesen Ländern ist. Die Diskriminierung in diesen Ländern ist real existent und alltäglich. Dabei geht es nicht nur um Ehre, sondern um Hab und Gut und um Leib und Leben.

Damit soll keineswegs die Verunglimpfung des islamischen Propheten durch die dänischen Karikaturen aufgerechnet werden. Aber diese Tatsachen, von denen die Medien in Europa kaum Notiz nehmen, sollten die kleinlauten und verständnisvollen Gutmenschen hierzulande wenigstens daran erinnern, die Kirche im Dorf zu lassen – auch im globalen Dorf.

Der Dekalog der Religionsfreiheit

Im Frühjahr 1988 hat der Heilige Stuhl, der die Religionsfreiheit immer wieder weltweit einfordert, auf einer Folgekonferenz zu der Schlußakte von Helsinki einen Vorschlag zur Definition der Religionsfreiheit vorgelegt. In einem Dekalog zählte der Vatikan-Vertreter vor diesem internationalen Forum die Rechte auf, die unabdingbar sind, wenn in einem Land volle religiöse Freiheit bestehen soll. Sie lauten:

Das Recht der Eltern, einen Glauben ihren Kindern weiterzuvermitteln.

Die Respektierung religiöser Überzeugungen im weltlichen Erziehungswesen.

Das Recht einer Person auf individuelle oder in Gruppen organisierte religiöse Erziehung.

Das Recht jeder religiösen Gemeinschaft, ihre Geistlichen in eigenen Institutionen auszubilden.

Das Recht religiöser Gemeinschaften auf Gottesdienst in respektierten Gebäuden.

Das Recht auf offenen Austausch religiöser Information und den Erwerb von Schriften.

Das Recht, zu religiösen Zwecken Medien einzurichten und zu anderen Medien Zugang zu haben.

Das Recht, sich ungehindert zu versammeln, einschließlich Pilgerfahrten im In- und Ausland.

Das Recht auf Gleichbehandlung ohne Diskriminierung in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder kultureller Hinsicht.

Das Recht jeder religiösen Gemeinschaft, sich nach eigenem Gutdünken zu organisieren.

Wenn der Staat bestimmt, was war

Frankreichs Historiker wehren sich gegen Gesetze, die die geschichtliche Wahrheit festlegen

Von Hans-Joachim von Leesen

In Frankreich hat sich eine Vereinigung von Historikern gebildet, die sich den Titel „Freiheit für die Geschichte!" gegeben hat. Sie setzt sich vor allen Dingen aus einer ständig wachsenden Gruppe von Wissenschaftlern zusammen, die seit über einem Jahr gegen ein französisches Gesetz Sturm läuft, das festgelegt hat, in französischen Schulen solle im Geschichtsunterricht die „positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee und insbesondere in Nordafrika" den Schülern vermittelt werden.

Die damit offenbar angestrebte Verherrlichung oder doch zumindest die Rechtfertigung des französischen Kolonialregimes in Afrika, vor allem im arabischen Nordafrika, paßt den Historikern nicht. Dabei geht es allerdings nur zum Teil um Interessenpolitik; alle stimmen darin überein, daß es grundsätzlich nicht Sache der Politiker sei, „die historische Wahrheit zu definieren". Der Geschichtswissenschaftler Gilbert Meynier betonte, er hätte das Gesetz auch dann abgelehnt, wenn es verlangt hätte, den französischen Kolonialismus als abscheulich darzustellen. Es ist nach Auffassung vieler französischer Historiker allein Aufgabe der Wissenschaftler festzustellen, was eigentlich geschehen ist – eine Sicht, die sich deckt mit der Auffassung des bedeutendsten deutschen Historikers des 19. Jahrhunderts, Leopold von Ranke, auch wenn einige heutige allzusehr dem Zeitgeist ergebene deutsche Geschichtler glauben, sich darüber hinwegsetzen zu können.

Die Kritik am Verlangen des französischen Parlaments, in den Schulen die französische Kolonialherrschaft positiv darzustellen, bekam Brisanz, als überall in Frankreich, vor allem aber in den Randgebieten großer Städte, in denen sich Zuwanderer aus Afrika ballen, Unruhen ausbrachen. Auf der einen Seite die Forderung des Gesetzgebers, die französische Kolonialpolitik positiv zu bewerten, auf der anderen die jungen Angehörigen der kolonisierten Völker, die sich benachteiligt fühlten: Das ergab eine explosive Mischung, die sich in bürgerkriegsähnlichen Eruptionen entlud.

Jetzt erhielt auch das Bestreben der französischen Historiker Auftrieb, Schluß zu machen mit einer amtlich verordneten Sicht der Geschichte, die offensichtlich mit den tatsächlichen Ereignissen der Vergangenheit weniger zu tun hat als mit heutiger politischer Korrektheit. Und tatsächlich nahm der Präsident im Januar das Gesetz zurück; die Verfassung gibt ihm dazu die Möglichkeit.

> Die historische Wahrheit ist nicht Sache der Politik

Inzwischen aber hatte sich der Forderungskatalog der Historiker erweitert. Es gibt nämlich nicht nur dieses eine Gesetz in Frankreich, das die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit der Historiker festlegt. Das Parlament hatte im Laufe der Jahre mehrere ähnliche Gesetze verabschiedet, so als die Politik am 13. Juli 1990 in die Forschung über den Holocaust eingriff, indem sie die Leugnung oder Infragestellung des Holocausts unter Strafe stellte. Am 29. Januar 2001 wurde gesetzlich festgelegt, daß niemand den Völkermord an den Armeniern durch die Türken leugnen dürfe. Am 21. Mai desselben Jahres verlangte ein Gesetz, die Sklaverei und den Sklavenhandel allein als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" zu deuten.

Den Historikern geht es weniger um den Inhalt der Gesetze, es gibt durchaus viele, die in der Bewertung der historischen Ereignisse derselben Meinung waren wie der Gesetzgeber. Aber sie vertreten den Standpunkt, Geschichte sei weder eine Religion mit unumstößlichen Dogmen noch eine Moral, die auszeichne oder verdamme, oder ein juristisches Objekt. „In einem freien Staat ist es weder Sache der Parlamente noch der Justiz, die historische Wahrheit zu definieren. Die Politik des Staates ist, selbst wenn sie von bestem Willen beseelt ist, nicht die Politik der Geschichte", so der Appell von 19 renommierten französischen Historikern.

Die Unart, daß der Staat in die Geschichtswissenschaft eingreift, ist neuen Datums. Wegweisend waren die Bolschewisten, als es um die Darstellung und Deutung der kommunistischen Oktober-Revolution in Rußland ging. So wurde eine „Kommission für die Geschichte der Oktober-Revolution und der Kommunistischen Partei" schon im Herbst 1920 gegründet und wenig später der Zuständigkeit des Zentralkomitees der Partei unterstellt. Deren Mitglieder waren nicht Historiker, sondern prominente Parteiaktivisten. Sie bestimmten, wie die Historiker die Oktober-Revolution darzustellen und zu deuten hatten. Es ging eher um politische Sinnstiftung als um wissenschaftliche Aufarbeitung der Ereignisse. Denn „wer die Vergangenheit kontrolliert, der kontrolliert die Zukunft; wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit", wie George Orwell in seinem Buch „1984" sarkastisch formulierte.

Inzwischen hat offenbar das Vorgehen der Bolschewiki Schule gemacht, und das nicht nur in Frankreich. In den letzten Jahren bildete sich ein Begriff, der zur Zeit Leopold von Rankes unbekannt war: die Geschichtspolitik. Politiker nutzten und nutzen auch in Deutschland die Geschichte, um die Vergangenheit in ihrem Sinne zu deuten. Und aus der Geschichtspolitik entsteht die Erinnerungskultur. Geschichtspolitik hat mit der Geschichtswissenschaft nur ansatzweise etwas zu tun, sehr viel aber mit Vergangenheitsbewältigung, einem weiteren Instrument der politischen Erziehung. Die Historiker bezeichnen dies als Mißbrauch ihrer Wissenschaft. Sie verlangen, daß alle derartigen Gesetze außer Kraft gesetzt werden. Nachdem die Forderung nach Abschaffung der staatlich verordneten Lobpreisung der Kolonialpolitik unter dem Druck der 40 000 Unterschriften unter einer entsprechenden Petition Erfolg hatte, wurde die Forderung jetzt erweitert auf die Abschaffung ähnlicher Gesetze wie etwa das Verbot, den Holocaust zu leugnen, den Mord an den Armeniern zu hinterfragen oder die Sklaverei anders als verderblich darzustellen. Die Kernaussagen der Historiker lauten: „Die Geschichte ist keine Religion. Der Historiker akzeptiert kein Dogma, respektiert kein Verbot, kennt keine Tabus. Er kann stören. Die Geschichte ist nicht die Moral. Es ist nicht die Rolle des Historikers zu preisen und zu verdammen. Er erklärt. Die Geschichte ist nicht die Sklavin der Aktualität. Die Geschichte ist kein Rechtsgegenstand. In einem freien Staat ist es weder Sache des Parlaments, noch der Justiz, geschichtliche Wahrheit zu definieren."



Foto: ullstein

Gerechtfertigt: Kriegsgefangene im algerischen Unabhängigkeitskrieg im Lager Setif

Furcht um das christliche Rußland

Der Karikaturenstreit zieht seine Spur vom Kaukasus bis in die Vororte Moskaus

Von Martin Schmidt

Die globale Sprengkraft des Karikaturenstreits zeigt sich auch in der Russischen Föderation. In der zur Hälfte von Muslimen bevölkerten Teilrepublik Tatarstan verkündete die regionale Einzelhandelskette „Edelweiß" einen Boykott gegen alle dänischen Lebensmittel. Der Vorsitzende des russischen Mufti-Rates Rawil Gainutdin bezeichnete die Veröffentlichung der islamkritischen Bilder in der dänischen Zeitung Jyllands-Posten drohend als Mittel, um einen Konflikt der Kulturen heraufzubeschwören. Und am 7. Februar verübten tschetschenische Rebellen in dem Dorf Kurtschaloi einen blutigen Anschlag auf eine Polizeikaserne, bei dem rund 20 Menschen umkamen. Noch kurz zuvor hatte Rußlands Präsident Putin in der Moskauer Geheimdienstzentrale bei einer Rede vor Offizieren des Inlandsgeheimdienstes FSB die „spürbaren Erfolge im Kampf gegen den Terrorismus" beschworen.

Die umgekommenen Milizionäre gehörten dem berüchtigten Sonderbataillon „Wostok" des tschetschenischen Vizeregierungschefs Ramsan Kadyrow an. Die Einheit besteht ausschließlich aus Tschetschenen und beteiligt sich vor allem an der Jagd auf Untergrundkämpfer. Kadyrow – und nicht der nominell amtierende Präsident Alchanow oder der nach einem Verkehrsunfall noch immer verletzte Regierungschef Abramow – ist heute neben den russischen Besatzern der eigentliche Machthaber in der weitgehend von Muslimen bevölkerten nordkaukasischen Teilrepublik Tschetschenien. Eine mehrere tausend Mann starke Privatarmee untersteht seinem Kommando. Kadyrow und viele seiner Mitstreiter erscheinen neutralen Beobachtern als alles andere als seriöse Politiker.

In den Augen vieler wirft es ein schlechtes Licht auf den russischen Präsidenten, daß er sich mit Gestalten wie Kadyrow abgibt. Der neuerliche Anschlag auf die Polizeikaserne zeigt allerdings, wie gefährdet dessen Machtposition ist und wie wenig der Kreml die Lage im Nordkaukasus im Griff hat. Kadyrow sah sich aufgrund der mangelnden Unterstützung, die ihm sein eigenes tschetschenisches Volkes entgegenbringt, sogar zu einem Propagandafeldzug veranlaßt, der höchst merkwürdig erscheint angesichts der nominellen Zugehörigkeit seines Landes zur überwiegend christlichen und offiziell auch demokratischen Russischen Föderation. Am 6. Februar erklärte er vor Journalisten zum Streit um die Mohammed-Karikaturen: „Sie (die Dänen) spielen mit den Gefühlen von anderthalb Milliarden Menschen und handeln wie Provokateure". Deshalb werde dafür gesorgt, so Kadyrow weiter, daß „was aus Dänemark kommt, nicht mehr nach Tschetschenien hineingelassen" werde. Wenig später untersagte die tschetschenische Regierung dem „Dänischen Rat für Flüchtlinge", einer der aktivsten Hilfsorganisationen im Nordkaukasus, die weitere Tätigkeit auf ihrem Gebiet.

Die russische Zentralmacht nahm diese aus juristischer wie außenpolitischer Sicht eigentlich indiskutablen Verlautbarungen offiziell kritiklos hin. Mehr noch: Ausgerechnet an jenem Tag, da der Tschetschenen-Vize seinen Boykott gegen Dänemark verkündete, schlug ihn die Führung der Kreml-treuen Partei „Einiges Rußland" (ER) als Kandidat für den Posten des ER-Republik-Parteichefs vor. Offenbar versucht der Kreml wie schon öfter, jede Frontstellung gegen den Islam zu vermeiden, der in einigen Teilen der Russischen Föderation die Bevölkerungsmehrheit stellt. Bei seinem jüngsten Tschetschenien-Besuch im Dezember hatte Putin in einer Rede vor dem Parlament in der Hauptstadt Grosnyj ausdrücklich die Rolle Rußlands als „treuer Verteidiger" des Islam und „guter Partner" islamisch geprägter Staaten betont.

Innenpolitisch ist die recht enge Zusammenarbeit des Kreml mit dem Iran und allgemein mit dem arabischen Raum umstritten. Zwar werden mit jener Politik die in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten immer wieder enttäuschten Träume einer russischen Supermachtrolle bedient, doch widerspricht dies den Ängsten weiter Teile der russischen Bevölkerung vor den Muslimen im eigenen Land. Die Bewohner des Nordkaukasus sind im Großteil des russischen Volkes zu Objekten sich immer mehr verfestigender Feindbilder geworden und sorgen selbst im Herzen Rußlands für ständige Unruhe. Die spektakulären Anschläge im von den traditionell christlichen Osseten bewohnten Beslan und in Moskau sind weltweit bekannt, doch nur wenige ausländische Beobachter wissen, daß sich die schlechten Wohngegenden im Osten und Südosten Moskaus zu Kaukasier-Vierteln entwickeln. Politiker wie der nationalistische Duma-Abgeordnete Dmitri Rogosin warnen bereits vor einer Überfremdung. Insgesamt leben in der Russischen Föderation zirka zehn Millionen Muslime, insbesondere im Nordkaukaus und im an der Wolga gelegenen Tatarstan.

Im Gegensatz zu den vom massiven demographischen Niedergang betroffenen Russen wächst ihre Zahl ständig. Religiöse Vertreter der Moslems werden entsprechend selbstbewußter. Wie stark sie sich bereits fühlen, zeigte eine Initiative Anfang Dezember, als führende islamische Repräsentanten – unter ihnen Nafigulla Aschirow, der oberste Mufti des asiatischen Rußlands – die Entfernung christlicher Symbole aus dem Staatswappen forderten. Die große Mehrheit der Russen würde eine Änderung der Symbolik als existentielle Bedrohung der nationalen Identität verstehen und erkennt zunehmend, daß der „Kampf der Kulturen" in der Russischen Föderation längst angekommen ist.

»Die Hamas hat keine Wahl als Frieden«

Der Wahlsieg der Hamas in Palästina hat weitere Nachwehen, so etwa die Aufregung um eine Einladung Wladimir Putins an die Hamas-Führung nach Moskau. Doch Beobachtern fiel auch auf, daß der Konflikt um die eher witzlosen Mohammed-Karikaturen erst nach diesem Wahlsieg „explodierte". So geriet er jedenfalls zum willkommenen Ansporn für Scharfmacher.

Bei einem Vortrags- und Diskussionsabend im Wiener Kreisky-Zentrum kam weiteres zutage, was teils dank provokanter Fragen, vor allem aber wegen der Person des Gastredners bemerkenswert war: Der Politologie-Professor und Botschafter der Palästinensischen Autonomie-Behörde in London, Manuel Hassassian, ist nämlich armenischer Abstammung und Katholik. Er betonte, daß die Politik der Hamas zwar nicht seine Politik sei, doch daß viele Christen Hamas gewählt hätten. Mehr noch als die Korruption der Fatah sei für das Wahlergebnis die Hoffnungslosigkeit der Bevölkerung ausschlaggebend gewesen. Dafür wieder verantwortlich sei der nach Hassassians Einschätzung „Unilateralismus" Scharons, dessen „kaltschnäuziges Ignorieren der Autonomie-Behörde", nachdem er sie durch „systematische Zerstörung der Infrastruktur funktionsunfähig gemacht" habe.

Ob die Hamas eine demokratische Partei sei? Hassassian antwortete, der Islam sei keine demokratische Religion. Aber die palästinensische Gesellschaft sei ihrem Wesen nach im Grunde weltlich orientiert. Und mit der Teilnahme an demokratischen Wahlen habe die Hamas jene Strukturen akzeptiert, die zu diesen Wahlen führten, nämlich die palästinensische Autonomie-Behörde und die im Osloer Friedensvertrag von 1993 enthaltene Position in der Anerkennungsfrage. Die Hamas, die vom Wahlergebnis selbst am meisten überrascht gewesen sei, habe keine Wahl, als auf diesem Weg fortzuschreiten. Sie sei gut beraten, mit der Fatah eine Koalition einzugehen, denn sie habe keinerlei verwaltungstechnische und außenpolitische Erfahrung. Aber auch für Israel seien Gespräche mit der Hamas die einzige Alternative zur Fortsetzung des Belagerungszustands.

Hassassian verwies auch darauf, daß der in Israel zu mehrfach Lebenslänglich verurteilte Fatah-Führer Marwan Barghuti während des Wahlkampfs Gelegenheit zu einem ausführlichen Interview im israelischen Fernsehen erhalten habe – ein Umstand, den wohl jeder aufmerksame Beobachter mit Verwunderung registriert haben dürfte. Hassassian meinte, daß Barghuti, der auch bei der Hamas hohes Ansehen genieße, für eine Rolle ausersehen sein könnte, wie sie einst Südafrikas Nelson Mandela zukam. Ein Hoffnungsschimmer?

Mittlerweile bekommt auch Österreich als EU-Ratsvorsitzender die Eskalationen zu spüren – mit Krawallen vor österreichischen Botschaften und sogar mit einer (kleinen) Demo auf dem Wiener Stephansplatz, organisiert durch den Sohn des libyschen Staatschefs Muammar al-Ghaddafi. Der Vorsitzende der islamischen Gemeinde in Österreich distanzierte sich von diesen Aktionen ebenso deutlich wie die Organisation der Exil-Iraker. Deren Sprecher sagte, „wir sollten unsere Krankheiten nicht nach Österreich importieren". *RGK*

Die Hölle hinterm Kasernentor

Geschlagen, getreten, verstümmelt: Das Martyrium eines 19jährigen Rekruten schockt ganz Rußland

Von MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Sie treten durch Brutalität und Unmenschlichkeit in Erscheinung, sie quälen Menschen auf sadistische Weise und töten, sie verbreiten Angst und Schrecken. Das haben viele Menschen während Flucht und Vertreibung oder im GULag am eigenen Leib erfahren müssen. Die Erinnerung an die Soldaten der Roten Armee während des Zweiten Weltkriegs ist in den Köpfen zahlloser Deutscher als das düsterste Trauma ihres Lebens haftengeblieben.

Daß heute, 15 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion, Mißhandlungen an jungen Soldaten in der russischen Armee zur Tagesordnung gehören, davon hat man vielleicht schon einmal gehört. Hin und wieder berichten deutsche Journalisten darüber. Auch daß es in der Folge Todesfälle gegeben hat. Russische Medien berichten eher selten darüber. Zu wenig dringt zu ihnen durch, oder sie wagen es nicht, ein solch heikles Thema aufzugreifen.

Das hat sich Ende Januar auf einen Schlag geändert, als der Fall des 19jährigen Andrej Sytschew

Die Medien berichteten erst nach drei Wochen

an die Öffentlichkeit gelangte, der in der Neujahrsnacht von älteren Soldaten – darunter zwei Offizieren – über vier Stunden lang gequält wurde. Er mußte in der Hocke ausharren, bei der kleinsten Bewegung schlugen sie ihm auf die Beine. So sehr, daß ihm drei Tage später beide Beine, die Genitalien und ein Finger amputiert werden mußten. Das abscheuliche Drama ereignete sich in einer Kaserne der Panzerschule Tscheljabinsk im Ural.

Die Ärzte im Militärlazarett hatten das Opfer zunächst sogar noch beschwichtigt, als es über heftige Schmerzen in den Beinen klagte. Erst als der Soldat das Bewußtsein verlor, überführten sie ihn ins städtische Krankenhaus, wo festgestellt wurde, daß der Wundbrand bereits so weit fortgeschritten war, daß die Extremitäten des jungen Mannes nicht mehr gerettet werden konnten. Sein Zustand war bis Redaktionsschluß dieser Zeitung kritisch. Inzwischen wurde Andrej Sytschew mit einer Militärmaschine nach Moskau geflogen, wo ein Ärzteteam um sein Leben kämpft.

Die Öffentlichkeit erfuhr erst drei Wochen später von dem Vorfall. Eine Frau hatte anonym einen Hinweis an das „Komitee der Soldatenmütter Rußlands“ gegeben. Die Presse und das Fernsehen berichteten. Das Militär konnte den Fall nun nicht mehr unter den Teppich kehren.

Der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow befand sich zu diesem Zeitpunkt auf Dienstreise im Kaukasus. Ihm war zunächst nichts von dem Vorfall gemeldet worden. Der Minister erfuhr selbst erst durch die Presse vom Martyrium des jungen Rekruten. Erst Tage später reiste Iwanow persönlich nach Tscheljabinsk, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Er ordnete eine strafrechtliche Untersuchung und harte Bestrafung der Verantwortlichen an. Der Kommandeur der Panzerschule wurde entlassen, acht mutmaßliche Täter verhaftet.

Auch Präsident Wladimir Putin meldete sich zu Wort. Er versprach, dem Opfer jede mögliche staatliche Hilfe für seine Rehabilitation und eine Rente zukommen zu lassen.

Andrej Sytschew wurde ein Opfer der sogenannten „Dedowschtschina“, das ist die Herrschaft der „Großväter“, bedeutet: der dienstälteren Soldaten. Ein perverses Disziplinierungsritual, das es früher schon gab, im Stalinismus, in den GULags. Soldaten haben im ersten Dienstjahr keine Rechte, sie werden von ihren Kameraden wie Sklaven behandelt. Menschenrechtsorganisationen prangern die „Dedowschtschina“ schon seit Jahren als Folter an und fordern ihre Abschaffung. In russischen Militärkreisen ist sie hingegen weitestgehend akzeptiert. Offiziere behaupten, sie hätten keine andere Möglichkeit zur Disziplinierung ihrer Truppe. Seit 2002 ist es nämlich verboten, Einzelarrest ohne vorherige Gerichtsverhandlung zu verhängen, weil dies gegen die internationalen Menschenrechte verstößt, zu deren Einhaltung Rußland sich verpflichtet hat. Auf den „Papierkram“ hat aber niemand Lust. Deshalb wird weiter geprügelt.

Wladimir Putin und Verteidigungsminister Iwanow stehen in der Pflicht. Seit Jahren haben sie tiefgreifende Reformen des russischen Militärs angekündigt, bisher aber die dafür notwendigen Mittel nicht zur Verfügung gestellt. Jetzt steht nicht nur das Ansehen der Armee auf dem Spiel, sondern auch der Anspruch des Landes, als Demokratie und Weltmacht gesehen zu werden.

Der Schaden ist beträchtlich. Die Bevölkerung steht unter Schock. Viele fragen sich, wie eine Armee das Land verteidigen soll, deren Offiziere weder Pflichtbewußtsein noch Verantwortung und Achtung vor den eigenen Soldaten verspüren. Daß der Fall Sytschew kein Einzelfall ist, wissen alle. Viele Mütter haben Söhne, die zum Militär sollen. Wer es sich leisten kann, läßt seinen Sohn studieren oder kauft ihn frei. Vor der Einberufung versuchen mittellose Eltern ihre Söhne zu verstecken oder beknien Ärzte, ihnen Krankheiten zu bescheinigen. Die Folge ist, daß nur ein Drittel jedes Jahrgangs tatsächlich eingezogen wird. Es sind die Söhne armer Familien und die weit entlegener ländlicher Regionen, die dienen müssen. Viele von ihnen kehren nie mehr zurück.

Die Statistik belegt das Ausmaß der katastrophalen Zustände beim russischen Militär. 2005 geschahen als Folge der „Dedowschtschina“ 16 Morde, 276 junge Wehrpflichtige wurden in den Selbstmord getrieben, dazu kamen die Unfälle, von denen die Militärbehörden 30 Tote der „Unachtsamkeit“ zuordneten, weitere 276 bezeichneten sie als „unglückliche Zufälle“, also alles Selbstverschulden. 20 Prozent der Fälle werden gar vertuscht; die Angehörigen erfahren die tatsächliche Todesursache nie.

Der Vorfall in Tscheljabinsk hat die gesamte russische Öffentlichkeit aufgerüttelt. In Moskau und St. Petersburg gingen Menschen auf die Straße, um gegen Militär und Politik zu protestieren. Soldatenmütter machten mobil. Sie forderten den Rücktritt von Verteidigungsminister Iwanow.

Der Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation, Wladimir Ustinow, hielt am 3. Februar vor seinen Kollegen der Generalstaatsanwaltschaft und Präsident Putin eine Rede. Zerknirscht räumte er ein, daß die Staatsanwaltschaft gegen die Kriminalität in der Armee nichts ausrichten könne. Er sprach von Diebstählen

Gewalt und Korruption gehen Hand in Hand

in erheblichem Ausmaß, bei Panzereinheiten betrage der Schaden 60 Millionen Dollar. Neben Munition würden sogar ganze Panzer verschoben. Allein 2005 zog die Staatsanwaltschaft 16 000 Militärangehörige gerichtlich zur Verantwortung, hauptsächlich Offiziere. Es befanden sich auch 100 Kommandeure von Militäreinheiten sowie acht Admirale und Generale unter den Angeklagten.

In allen Einheiten wird militärisches Diebesgut verramscht. Ein Regimentführer nahm fünf Millionen Rubel (rund 150 000 Euro) für elektronisches Gerät ein, das er im Fernen Osten verkaufte. In einem anderen Militärstützpunkt stahl eine Gruppe Soldaten drei Jahre lang Kerosin im Wert von 50 Millionen Rubel (rund 1,5 Millionen Euro). Im Königsberger Gebiet bestellten drei Offiziere der Baltischen Flotte Dieselmotoren für diverse Schiffe, die sie dann nach Polen weiterverkauften, anstatt sie in die eigenen Schiffe einzubauen.

Ustinow berichtete ebenso von Sklaverei: Offiziere verkauften ihre Untergebenen an den eigenen Kommandeur, für den sie dann unbezahlte dienstfremde Arbeiten verrichten müßten. Sie würden zu zivilen Bauarbeiten herangezogen, wo es nicht selten aus Unerfahrenheit zu tödlichen Unfällen komme. Im Bericht wird dies mit der Bezeichnung „Unfall in der Freizeit mit Todesfolge“ verschleiert.

Ustinow nennt in seinem Bericht wesentlich höhere Todesfallziffern als die bisher veröffentlichten. Dabei weichen die Zahlen des Verteidigungsministeriums von denen der Staatsanwaltschaft ab. Das Ministerium spricht von 1170 „Menschenverlusten“ in den Streitkräften insgesamt, die Staatsanwälte hingegen beziffern 1067 Todesfälle allein in Folge eines Verbrechens und insgesamt 1300 Tote.

Daß dringend etwas geschehen muß, bezweifelt niemand. Allerdings könne die Staatsanwaltschaft wenig verrichten, sagte Ustinow, solange es in der Armee selbst keine Bereinigung gebe, und Offiziere nicht die Wahrheit sagten. Er fordert den denkbar radikalsten Schnitt: Der Staat müsse das gesamte Offizierswesen durch ein neues ersetzen.

Präsident Putin schwebt zur Lösung des Problems die Gründung einer Militärpolizei vor. Er hat die Generalstaatsanwaltschaft aufgefordert, härter gegen kriminelle Handlungen in der Armee vorzugehen. Dem Schutz der persönlichen Rechte der Dienenden soll in Zukunft mehr Rechnung getragen werden. Bereits im vergangenen Jahr unterzeichneten der Verteidigungsminister und der Bevollmächtigte des Präsidenten für Menschenrechte zwar ein Memorandum über die Zusammenarbeit, aber bislang gewährte das Verteidigungsministerium keinem Menschenrechtler Einblick in die Streitkräfte.

Die Ende Januar neu gegründete Gesellschaftskammer (ein Rat von zehn Personen – darunter Vertreter des Schriftstellerverbands und Menschenrechtler –, der das gesellschaftliche Leben wie die Arbeit von Beamten und die Wahrung der Pressefreiheit kontrollieren soll) nahm den jüngsten Skandal in der Armee zum Anlaß für ein erstes Treffen.

Die Kammer stellte einen Elf-Punkte-Katalog mit Lösungsvorschlägen auf, in dem sie unter anderem die sofortige Abschaffung der „Dedowschtschina“ und eine Erhöhung der Offiziersgehälter vorschlägt. Darüber hinaus müßten Offiziere in speziellen Elite-Instituten geschult werden.

Offiziere »verkaufen« ihre Soldaten auf Baustellen

Die Kammer verlangt die Einrichtung eines psychologischen Dienstes, der nicht dem Verteidigungsministerium, sondern dem Justizministerium unterstellt sein solle. Den Einsatz einer Militärpolizei hält die Gesellschaftskammer hingegen nur dann für sinnvoll, wenn sie unabhängig vom Verteidigungsministerium arbeiten könne.

Alle diese Vorschläge nützen dem „Dedowschtschina“-Opfer Andrej Sytschew nichts mehr. Er wird zum Helden hochstilisiert werden, dessen Fall es anderen ermöglicht, daß ihre Klagen über eigenes Leid angehört werden. Seit Sytschew kommen immer mehr Fälle von Mißhandlungen aus allen Regionen des Landes vor Gericht; einige Täter wurden bereits zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Ein kleiner Lichtstreifen am Horizont.

Ob der Staat nun die längst fällige Militärreform zügig durchführen wird, ob Präsident Putin, der sich ganz dem Kampf gegen den Terrorismus verschrieben hat, nun auch den Terror in den eigenen Truppen bekämpfen wird, bleibt offen.



Foto: Corbis

Drill mit und ohne Waffe: Die russische Armee ist bekannt für ihre Härte.

MELDUNGEN

Volkspädagogik im Gefängnis

Der seit November in Österreich wegen des Verdachts der Holocaust-Leugnung in Untersuchungshaft sitzende britische Autor David Irving sorgt auch weiter für Beschäftigung: Es stellte sich nämlich heraus, daß er im Gefängnis in seine eigenen Bücher Einblick nehmen konnte – in der Gefängnisbibliothek. Auf Anordnung des Justizministeriums wurden daraufhin Irvings Werke – durchweg aus jener Zeit, da man Irving noch als Historiker respektierte – aus der Bibliothek entfernt. Dort dürfe nichts vorhanden sein, was dem Grundsatz widerspreche, den Gefangenen zu einer „rechtschaffenen und den Erfordernissen des Gemeinschaftslebens angepaßten Lebenseinstellung zu verhelfen“. Zugleich wurde der einschlägig bewährte Historiker Oliver Rathkolb damit beauftragt, sämtliche Gefängnisbibliotheken nach „Nazi-Literatur“ zu durchforsten. Der Prozeß gegen Irving soll am 20. Februar beginnen. *RGK*

Regierungskrise in der Slowakei

Gemäß Parlamentsbeschluß gibt es in der Slowakei vorgezogene Neuwahlen am 17. Juni. Voraussagen sind wegen der zersplitterten Parteienlandschaft äußerst schwierig – 2002 gingen alle daneben. Damals waren 25 Parteien angetreten, von denen die stärkste, nämlich die von Staatsgründer und Ex-Premier Vladimir Meciar, knapp 20 Prozent erreichte, während der derzeit amtierende Premier Mikulas Dzurinda mit seiner Partei auf 15 Prozent kam. Die Christdemokraten sind in drei Parteien aufgespalten. Beste Chancen werden diesmal dem Sozialdemokraten Robert Fico eingeräumt, der letztens auf 13 Prozent kam. Fico gilt als „Antithese“ zum neoliberalen und unbeliebten Dzurinda. Das sorgt naturgemäß für Unsicherheit in Wirtschaftskreisen und besonders bei Investoren. Denn Fico will die in Gang befindlichen Privatisierungen abbrechen oder möglichst rückgängig machen.
Es muß aber nicht unbedingt zu einem Linksruck kommen. Denn Meciar hatte zwar die Privatisierung der Güter-Eisenbahn und der Flughäfen als „schweren Fehler“ bezeichnet, in etlichen anderen Fragen hingegen der bisherigen Minderheitsregierung parlamentarische Unterstützung gewährt. Da Meciar auch diesmal gut abschneiden dürfte, könnte der nächste Ministerpräsident letztlich doch wieder Dzurinda heißen. *R. G. Kerschhofer*

Verlierer kehrt zurück

Die „orangene Revolution“ jagte ihn Ende 2004 aus dem Amt, am 26. März jedoch könnte in der Ukraine Viktor Janukowitsch wieder zum Premier gewählt werden. Bei diesen Parlamentswahlen jedoch ohne gefälschte Stimmen und erzwungenen Rücktritt danach, denn der Boxer und Ex-Premier erfreut sich ungeahnter Popularität. Die Gründe dafür sind weniger seine eigenen Leistungen als vielmehr der andauernde Streit zwischen den einstigen Köpfen der orangenen Revolution, Julia Timoschenko und Viktor Juschtschenko, Streit der das orangene Lager spaltet.

Israels Atomwaffe: Auch Berlin half mit

Deutsche U-Boote sichern »Zweitschlagskapazität« – sie soll potentielle Angreifer das Fürchten lehren

Von Diertich Zeitel

Seit Beginn ihres Nuklearwaffenprogramms in den späten 1960er Jahren verfolgt die nicht erklärte Atommacht Israel eine Politik der „atomaren Zweideutigkeit“: Zur Abschreckung feindlicher Angriffe oder mutmaßlicher Bedrohungen (wie jetzt im Falle des Irans) wird der Besitz von Atomwaffen angedeutet, aber nicht offiziell zugegeben.

Israel ist bis heute, im Gegensatz zu Teheran, noch nicht einmal dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten, auch wenn es als Mitglied der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) deren Kontrollen unterliegt. Israel verweigert der IAEO aber bis heute, seine Anlagen zu inspizieren. Vor allem islamische Länder kritisieren, daß der Iran, der im Dezember 2003 sogar das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet hatte (das unter anderem unangemeldete Kontrollen zuläßt), für dessen Aufkündigung im Januar dieses Jahres international am Pranger steht, während die Weltöffentlichkeit im Hinblick auf das Atomwaffenpotential Israels bemerkenswert wenig Worte verliere.

Experten gehen davon aus, daß Israel mittlerweile die sechstgrößte Atommacht der Welt ist und Hunderte von Atomsprengköpfen besitzt. Die renommierte Federation of American Scientists (FAS) geht von bis zu 200 Sprengköpfen aus; die US-Army in einer Studie sogar von zirka 500. Der Iran wirft den USA, der EU und Rußland vor, daß sie Israel, „das nicht einen Abrüstungsvertrag unterschrieben“ habe, Tor und Tür öffneten, während der Iran selbst „unter höchstem Druck“ stehe.

Daß es heute halbwegs gesicherte Erkenntnisse über das Atomwaffenprogramm Israels gibt, ist vor allem dem israelischen Atomexperten Mordechai Vanunu zu verdanken, der 1986 die englische Zeitung „Sunday Times“ über Israels Nuklearpotential und seine Pläne informierte. Vanunu arbeitete fast ein Jahrzehnt am israelischen Dimona Nuclear Research Center, in dem seiner Aussage nach waffenfähiges Plutonium hergestellt werde. Um seine Behauptungen zu beweisen, stellte Vanunu den britischen Journalisten unter anderem 80 heimlich geschossene Fotos zur Verfügung, die sowohl den Gesamtkomplex zeigten als auch Einzelheiten.

Was auf diese Enthüllungen folgte, könne, wie Horst Hoffmann es in einem Hintergrundbericht für die linksradikale Zeitung „Junge Welt“ nannte, als „Polit-Thriller à la James Bond und John le Carré“ bezeichnet werden. Im November 1985 war Vanunu mit 180 anderen Mitarbeitern von Dimona entlassen worden. Von Israel ging er, so Hoffmanns Recherchen, nach Australien, um neue Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Hier sei er dann zum Christentum übergetreten und habe auch den Entschluß gefaßt, über seine Erfahrungen in Dimona zu berichten. Zu diesem Zweck flog er nach London, wo er mit der „Sunday Times“ in Kontakt trat.

Neben Details zum israelischen Atomwaffenprogramm verriet Vanunu auch, daß Israel mit dem international verpönten Apartheitregime in Südafrika kollaboriert habe. Der israelische Geheimdienst Mossad hat darauf eine attraktive Agentin auf Vanunu angesetzt, die ihn nach Rom lockte, wo Vanunu vom Mossad gekidnappt und nach Tel Aviv verschleppt worden ist.

Der „Hoch- und Landesverräter“ Vanunu, so die israelische Anklage, erhielt 18 Jahre Haft; elf Jahre davon befand er sich in Isolationshaft. Vanunu, der erst am 21. April 2004 unter strengen Auflagen entlassen worden ist, läuft wegen der Interviews, die er gibt, weiterhin Gefahr, in Israel erneut in Haft genommen zu werden.

Der entscheidende Schritt zur Verstärkung seiner Abschreckungskapazitäten gelang Israel allerdings erst Ende der 1990er Jahre, und zwar unter tatkräftiger deutscher Mithilfe. Mitte der 90er kamen die israelischen Militärs mehr und mehr zu der Überzeugung, daß der atomare Erstschlag eines feindlichen Staates Israel der Möglichkeit berauben könnte, atomar zurückzuschlagen. Die „Jerusalem Post“ (3. August 1998) zitierte den damaligen israelischen Verteidigungsminister Yitzhak Mordechai: „Wir müssen jetzt und zukünftig die richtigen Antworten haben. Um jeder Bedrohung auf dem Weg zu begegnen, benötigt das Verteidigungsestablishment entscheidende Ressourcen, besonders für solch eine gefährliche Bedrohung, wie sie vom Iran ausgeht.“



Foto: Corbis

Sie sollen feindliche Raketen vom Himmel holen: Israelische »Patriot«-Raketen in Tel Aviv

Es ging konkret darum, auch nach einem verheerenden Angriff noch fähig zu sein zurückzuschlagen. Der potentielle Angreifer soll dadurch von vornherein abgeschreckt werden, daß er sich nicht in der falschen Sicherheit wiegen kann, ungeschoren davonzukommen – selbst wenn er das kleine Israel vernichtend getroffen haben sollte. Diese „Zweitschlagskapazität“ ist inzwischen durch die von Deutschland gelieferten und zum großen Teil auch finanzierten „Dolphin-U-Boote“ Realität geworden. Sie ermöglichen Israel nach Meinung von Fachleuten, „weitreichende atomare Marschflugkörper mit bis zu 1500 Kilometer Reichweite“ abzuschießen.

Mehr noch als Deutschland betätigen sich die USA beim Ausbau des israelischen Abschreckungsprogramms. Derzeit wird, so Haiko Lietz in einem Hintergrundbericht für die Internetseiten von „Telepolis“, die israelische Luftwaffe mit 102 neuen F-161-Jagdbombern ausgestattet. Das Geschäft wird auf zirka 4,5 Milliarden US-Dollar geschätzt und werde, so Lietz, nach Angaben des „Jewish Institute for National Security Affairs“ (JINSA), einer Organisation, die sich als Fürsprecher israelischer Sicherheitsinteressen in den USA versteht, „aus dem amerikanischen Militärtopf“ bestritten. Zudem wurden etwa zwei Dutzend F-151-Jagdbomber angeschafft, die einen Einsatzradius von 1500 Kilometern abdecken und mithin jeden Ort im Nahen Osten erreichen können sollen, ohne aufzutanken.

Israel hat bereits mehrere Male durchsickern lassen, daß es einen atomar bewaffneten Iran keinesfalls akzeptieren werde. Für den Fall, daß die USA von einer militärischen Intervention gegen die nukleare Aufrüstung Teherans absehen wollten, habe Israel politisch vorgesorgt, schreibt der israelische Journalist Michael Karpin laut „Spiegel Online“ in seinem gerade publizierten Buch „The Bomb in the Basement – How Israel Went Nuclear and What That Means for the World“, in dem er Israels Weg zur Atommacht untersucht. Karpin behauptet, daß US-Präsident George Bush, als deutliche Botschaft an Teheran, Israels Premier Ariel Scharon in einem Brief das Recht auf Selbstverteidigung mit seinen eigenen Streitkräften zugesichert habe. Darüber hinaus gebe es eine prinzipielle Übereinkunft zwischen Israel und den Vereinigten Staaten, wie Israel auf die Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen reagieren dürfe.

Im Jahr 2004 verfügte der Mossad nach den Recherchen von Karpin über drei Mal mehr Agenten als in der Vergangenheit. Der legendäre israelische Geheimdienst könnte Karpins Einschätzung zufolge versuchen, mit gezielten Schlägen gegen wichtige iranische Atomanlagen die Karten neu zu mischen. Der Iran reklamiert angesichts dessen das Recht auf Selbstverteidigung. „Wir suchen die militärische Konfrontation nicht“, behauptet Armeechef Abdolrahim Mussavi, „aber wenn es dazu kommt, werden wir dem Feind eine Lehre erteilen, die er sich noch Jahrhunderte lang merken wird“.

Ob hierfür allerdings die iranischen Mittelstreckenraketen vom Typ „Schahab-3“ („Sternschnuppe“) ausreichen, die Israel und US-Stützpunkte am Golf erreichen können, wird von vielen Experten bezweifelt.

Bollwerk und Brücke zugleich

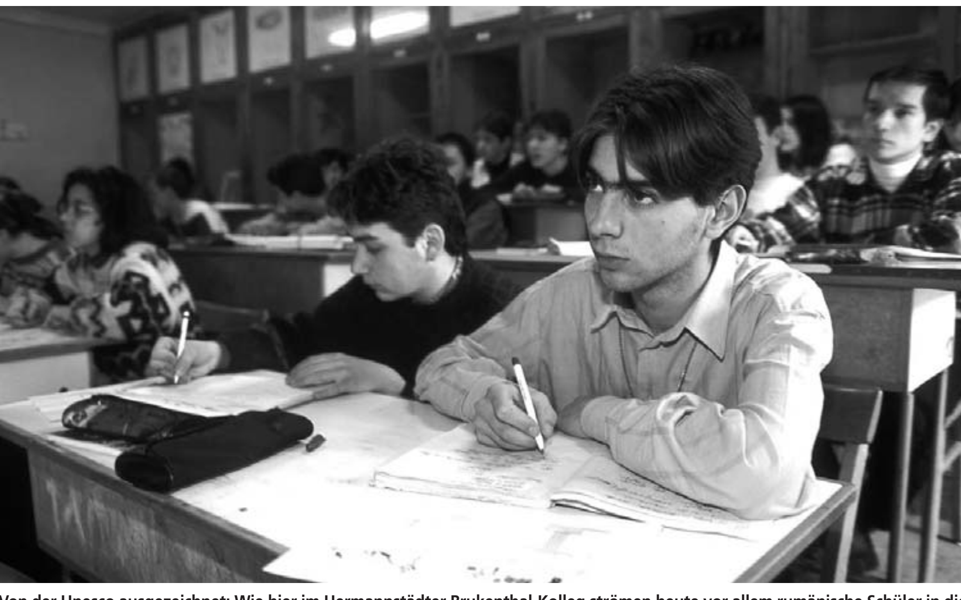
Alle Stürme glanzvoll überstanden: Das deutsche Bildungswesen in Siebenbürgen wurde 625 Jahre alt

Von ERNST KULCSAR

Das Brukenthal-Lyzeum im siebenbürgischen Hermannstadt feierte im vorigen Jahr sein 625. Jubiläum. Jenes Datum markierte zugleich das Jubiläum eines der interessantesten Schulwesen Europas: des siebenbürgisch-sächsischen.

Zu diesem Jubiläum wurde von den siebenbürgischen Historikern Harald Roth und Ulrich A. Wien ein Sammelwerk, „Schola seminarium rei publicae“, herausgegeben. und dieses wirft gleich eine Frage auf, deren Beantwortung, wie man es auch dreht, keine Euphorie auslösen wird. 625 Jahre sind respektabel, aber die Zahl der Jahre kommt eher oval denn rund vor. Warum erschien es nicht vor 25 Jahren, warum erscheint es nicht erst in einem Vierteljahrhundert?

Dabei ist die Frage leicht zu beantworten: Vor 25 Jahren herrschte in Rumänien noch der Sozialismus unter dem KP-Chef Nicolae Ceausescu, der durch seine „wertvollen Hinweise“ die Geschichte so zurechtbog, wie es ihm gerade einfiel. Und ihm fiel viel ein ...



Von der Unesco ausgezeichnet: Wie hier im Hermannstädter Brukenthal-Kolleg strömen heute vor allem rumänische Schüler in die deutschen Schulen ihres Landes.

Foto: Agentur Focus

Die Siebenbürger Sachsen, dieser kaum noch 200000 Menschen zählende Volkssplitter Südosteuropas, schickten schon im Mittelalter ihre Söhne an weit von der Heimat entfernte europäische Hochschulen, als wäre das die normalste Sache der Welt. Vor allem Wien zog vor der Reformation die Studenten an: zwischen 1377 und 1530 haben 1019 Siebenbürger Sachsen in der Donaumetropole studiert. Ihr Fortkommen an den Elitehochschulen jener Epoche setzte ein Netz sehr gut funktionierender Schulanstalten in Siebenbürger voraus.

> »Jeder Ort, auch der kleinste, hat eine eigene Schule«

Ein spektakulärer Durchbruch gelang hier mit der Reformation, für die der Reformator der Siebenbürger Sachsen, Johannes Honterus, den Anstoß gab. Er gründete 1541 das erste humanistische Gymnasium in Südosteuropa, die „Schola Coroniensis“ in Kronstadt. Die „Constitutio“, das heißt die Schulordnung von 1543, war die erste Schulordnung eines siebenbürgisch-sächsischen Gymnasiums. Sie ermöglicht eine weitgehende Schülerselbstverwaltung, die in Abwandlung an den Gymnasien bis 1940 bestand und in den sogenannten „Coeten“, einer Variante der Schülerverbindungen, praktiziert wurde.

Johannes Honterus (1498–1549) schloß sein Studium in Wien 1525 als Magister Artium ab. Er wurde für das Sachsenland „Luther und Melanchthon zugleich“. Auch Honterus verschrieb sich dem Ziel des Humanismus, der „Menschwerdung des Menschen durch umfassende Bildung“. Er kam 1533 nach Kronstadt zurück.

Seine bildungspolitischen Initiativen entwickelte Honterus 1542 in dem selbst von Luther und Melanchthon sehr positiv beurteilten „Reformationsbüchlein“. Der Stadtrat von Kronstadt nahm das Reformationsbüchlein als Grundlage für die evangelische Lehre in seiner Stadt, wobei der Abschnitt „Von der Schule“ wesentlicher Bestandteil der Kirchenreform wurde. Auch in der „Kirchenordnung aller Deutschen in Sybembürgen“, 1550 zum Gesetz erhoben, war das Kapitel über die Schulen ein Kernstück. Mit Honterus beginnt in Siebenbürgen eine für Europa einmalige Schulgeschichte, die im Gegensatz zu den sich später entwickelnden Tendenzen zur Trennung von Staat und Kirche bis ins späte 19. Jahrhundert eben durch die Verflechtung der Interessen von Volk und Kirche zu einer echten Erfolgsgeschichte wurde.

Der Besuch von Universitäten im Ausland nahm infolge der Reformation zu, wobei nun die Hochschulen im protestantischen Deutschland in den Vordergrund rückten. Im 16. und 17. Jahrhundert studierten rund 4500 Siebenbürger außerhalb ihres Landes.

Dabei stellte die Anzahl der Studenten nur die Spitze eines zu seiner Zeit europaweit einmaligen Bildungsnetzes dar. „Es ist kein Ort in der ganzen Nation, Euer Majestät, wo wir nicht eine Schule hätten, wenn er auch noch so klein ist“, wurde dem Kaiser Joseph II. in Jahre 1773 in Hermannstadt erklärt, „daher kommt's auch, daß beinah die meisten sächsischen Bauern lesen und schreiben können“.

Im Ergebnis des Deutschen Einigungskrieges von 1866 kam es 1867 zum österreichisch-ungarischen Ausgleich, der dem Ungarn die lang ersehnte Gleichberechtigung innerhalb einer „Doppelmonarchie“ brachte. Das zuvor recht autonome Siebenbürgen wurde nun jedoch Teil der ungarischen Reichshälfte. Während aber die Schule im übrigen Ungarn zum Instrument einer brutalen Magyarisierungspolitik wurde, entwickelte sie sich in Siebenbürgen zum Bollwerk gegen den Verlust der nationalen Eigenheit. Die Hinwendung zum Deutschtum war nahezu total, der Sedan-Tag beispielsweise, der dem Sieg der Deutschen über die Franzosen am 2. September 1870 gewidmet war, wurde wie ein Nationalfeiertag begangen. Eine gewaltige Rolle kam den Akademikern zu, die alle in deutschsprachigen Ländern studiert hatten, dort in Studentenverbindungen eingetreten waren und deren Sitten nun in Siebenbürgen weiterleben ließen.

Es klingt fast grotesk, daß ein Hermannstädter Historiker über die Hoch-Zeit des wilhelminischen Kaiserreichs behaupten kann: „Während im Jahr 1900 in Preußen eine Mittelschule auf 72000 Einwohner kam, in Österreich auf 110000, wurde bei den Siebenbürger Sachsen eine Mittelschule von nur 22000 Personen getragen“.

Daß die Kirche 1876 nach der Auflösung der politischen Autonomie Siebenbürgens die Aufsicht über das deutsche Bildungssystem behielt, sicherte seine weiterhin hohe Qualität und Dichte. Trotz des Ersten Weltkriegs und seiner Folgen (Siebenbürgen wurde 1919 Rumänien angeschlossen) entwickelte sich das siebenbürgische Schulwesen daher kontinuierlich weiter. So verfügten die Siebenbürger Sachsen zu Beginn des Schuljahrs 1939/40 über 279 Volksschulen, neun Gymnasien, acht Lyzeen, zwölf Gewerbeschulen, eine Handelsschule, drei Seminare und drei Ackerbauschulen.

Die sächsische Schule war ein Teil der sächsischen Volksindividualität geworden und hat mitgeholfen, diese zu gestalten und zu erhalten. Dies ging bis in die Wirren des Zweiten Weltkriegs weiter.

1944 jedoch überschlugen sich plötzlich die Ereignisse. Zwar wußten fast alle, daß die Sowjets am Frontabschnitt Jassy-Kischinew an der heutigen Ostgrenze Rumäniens kurz vor dem Durchbruch standen, aber niemand glaubte so recht daran. Zudem erhoben sich die Ost- und Südkarpaten wie ein riesiger schützender Wall vor Siebenbürgen.

Und selbst das rumänische Volk rieb sich verwundert die Augen, als Radio Bukarest am 23. August um 22 Uhr eine Proklamation des jungen Königs Michael I. verlas, in welcher die rumänischen Truppen aufgefordert wurden, den Kampf einzustellen. Rumänien habe die von der Sowjetunion, Großbritannien und den USA angebotenen Waffenstillstandsbedingungen angenommen, „die Diktatur ist zu Ende und damit alle Unterdrückung“.

> Nach dem Einmarsch der Roten Armee ging zunächst alles weiter wie bis Anfang der 30er Jahre – doch 1948 folgte die Gleichschaltung

Hunderte Kilometer rumänischen Gebiets fielen der Roten Armee nahezu kampflos in die Hände, die zusammen mit den nun an ihrer Seite kämpfenden rumänischen Verbänden am 25. Oktober 1944 die rumänisch-ungarische Grenze bei Groß-Karol (Carei) überschritt. Es kam zu sporadischen Ausschreitungen gegen Siebenbürger Sachsen, denen die Rechte einer Minderheit nicht zugesprochen worden waren, aber im großen und ganzen blieben die rund 150000 noch in Siebenbürgen lebenden Sachsen relativ ungeschoren. Jedoch nur vorerst, wie sich bald zeigen sollte: Im Januar 1945 wurden die arbeitsfähigen deutschen Frauen zwischen 18 und 30 Jahren und die Männer von 17 bis 45 Jahren von sowjetischen und rumänischen Militäreinheiten zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert.

Im Herbst 1944 hatte die Rote Armee in nahezu allen deutschen Schulen Rumäniens Lazarette eingerichtet. Die evangelische Kirche, der das Schulwesen wieder provisorisch überlassen worden war, setzte trotzdem einen (fast) regulären Schulbetrieb fort.

Man hielt Unterricht ab, wo und wie es ging, und wich auf die Schulen der Dörfer um Hermannstadt aus. So mußten Zehn- und Elfjährigen täglich mehrere Kilometer bis zu ihren „Klassenräumen“ stiefeln, die unter anderem in den Hammersdorfer „Pesthäusern“ und sogar in Friedhofskapellen untergebracht waren.

Bald nach Kriegsende im Mai 1945 schienen sich die Verhältnisse sogar zu normalisieren, die Schüler bezogen wieder ihre alten Schulgebäude. Doch die Weltgeschichte hatte nur kurz Pause gemacht: Nachdem die Kommunisten den unerfahrenen König am 30. Dezember 1947 zur Abdankung gezwungen hatten, gingen sie sogleich an die rote Gleichschaltung auch des Schulwesens.

Zunächst blieb den siebenbürgisch-sächsischen Schülern noch eine Gnadenfrist, der Schulalltag lief noch ein paar Monate lang fast genauso ab wie bis Anfang der 30er Jahre. Die Schüler merkten fast keinen Unterschied – wohl aber ihre Lehrkräfte, die bereits nach aus dem Rumänischen übersetzten Büchern unterrichten mußten. Der historische Materialismus marxistischer Prägung war ihnen allerdings ebensowenig geläufig wie den Schülern, die rumänische Geschichte, nunmehr fester Bestandteil des neuen Lehrplans, auch. Das führte oft zu Mißverständnissen.

Mit der Schulreform von 1948 wurde der Marxismus-Leninismus endgültig zur alles bestimmenden Staatsideologie erklärt, für die Siebenbürger Sachsen bedeutete dies die größte Zäsur ihrer gesamten, jahrhundertealten Schulgeschichte, da die Kirche die Trägerschaft über die Lehranstalten nun an den Staat abtreten mußte. Zudem verlangten die neuen Machthaber, die Schüler atheistisch zu erziehen.

> Alte Traditionen überlebten die roten Herrscher

Das öffentliche Unterrichtswesen erhielt nach sowjetischem Vorbild eine strikt einheitliche Struktur: Russisch wurde nunmehr erste Fremdsprache, Rumänisch wurde bereits ab der ersten Klasse gelehrt. Der Großteil der Studienplätze war überdies nur noch für Arbeiter- und Bauernkinder reserviert.

Die Schüler wurden fast automatisch zu Mitgliedern der kommunistischen Jugendorganisation VkJ. Das hinderte sie indes nicht daran, die Sitten der ehemaligen Schülerverbindungen fortzuführen, Tanzschulen zu besuchen, Theatergruppen zu organisieren und die Tradition der Skilager in den Karpaten wiederzubeleben.

Erst die Ereignisse von 1989 hätten beinahe das Aus des deutschen Schulwesens in Rumänien bedeutet. Denn wie ein Dammbruch wirkte sich der Kollaps des roten Regimes auf die Ausreiselust der Rumäniendeutschen aus, 70 bis 90 Prozent von ihnen verließen das Land. Jedoch, es geschah Seltsames, die großen ehemaligen deutschen Schulen, an denen jetzt nur noch zehn Prozent Schüler Deutsche waren, lebten unverhofft wieder auf: Seit damals drängen rumänische Schüler auf die deutschen Schulbänke. Wie überall in Osteuropa erfreut sich Deutsch wachsender Beliebtheit.

Es gibt fünf selbständige Schulen, die ausschließlich Klassen mit deutscher Unterrichtssprache führen: das Theoretische Lyzeum „Nikolaus Lenau“ in Temeswar (Banat) mit mehr als 1400 Schülern, das Deutsche Goethe-Kolleg in Bukarest (1450 Schüler, bis 2002 „Hermann-Oberth-Lyzeum“); das Kronstädter Theoretische Lyzeum „Johannes Honterus“ (1100 Schüler), das Theoretische Lyzeum „Johann Ettinger“ in Sathmar (630 Schüler) und das Nationalkolleg „Samuel von Brukenthal“ in Hermannstadt (750 Schüler), wo im Unterschied zu den ersten vier Anstalten nicht alle Klassen, sondern nur die fünfte bis zwölfte (Abschlußklasse) auf deutsch unterrichtet werden. Dafür ist das Nationalkolleg „Samuel von Brukenthal“ als einzige Schule Rumäniens mit dem Unesco-Diplom ausgezeichnet worden.

Walter König, emeritierter Professor für Schulpädagogik an den Pädagogischen Hochschulen Reutlingen und Ludwigsburg, schrieb in seinem Buch „Aufsätze zu Geschichte und Gegenwart des Schulwesens in Siebenbürgen und Rumänien“: Die deutschen Schulen seien „Mittler, ja Brücken nach Mittel- und Westeuropa, sie behalten ihre Bedeutung nicht nur für die kleine Gruppe der Deutschen, sondern für die ganze Region. Und sie könnten zugleich Verständnis wecken für die Pflege und Erhaltung deutscher Kulturgüter in Rumänien – als Teil der Kultur und Geschichte der Region.“

Poesie der Stille

Vor 100 Jahren wurde Norbert Ernst Dolezich geboren

Von SILKE OSMAN

Drei Musen haben bei meiner Geburt wenigstens kurz meine Wiege umstanden", hat Norbert Ernst Dolezich, der Graphiker, Erzähler und Lyriker einmal gesagt. „Ich habe noch als junger Mann oft nicht zu sagen vermocht, was mich stärker im Innersten traf, musikalische Klänge, Farben oder ein poetisches Wort. Es wurde aber bald offenbar, daß ich musikalisch aufnahmebereit, aber nicht schöpferisch war, daß sich meine Hände bildend regen wollten und später Verse einfanden, die ich nicht gerufen hatte." Aus dem schmächtigen, kränkelnden Jungen wurde ein Künstler, der mit sicherem Strich Landschaften ebenso auf die Radierplatte bannte, wie er mit dem Zeichenstift präzise das festhielt, was er am Wegesrand entdeckte oder was er als Vision in seinem Innern schaute.

Geboren wurde Norbert Ernst Dolezich vor 100 Jahren, am 16. Februar 1906, im oberschlesischen Bielschowitz; in Orzegow bei Beuthen wuchs er auf, in einer Landschaft, die vom Steinkohlebergbau geprägt war; die Menschen waren arm und mußten erbittert um ihren Lebensunterhalt kämpfen. Auch Dolezich war in seiner Kindheit und Jugend nicht auf Rosen gebettet, und so scheint es wie ein Wunder, daß es ihm allen Zeitumständen und gesundheitlichen Beschwernissen zum Trotz letztlich doch gelang, seinen Weg zu machen.

Von 1929 bis 1931 besuchte Dolezich die Königsberger Kunstakademie, wo vor allem Fritz Burmann und Heinrich Wolff seine Lehrer waren. An der Albertina studierte er darüber hinaus bei Wilhelm Worringer Kunstgeschichte. In Berlin und Köln-Deutz folgten weitere Studien. Eine harte Zeit für den jungen Mann, der immer wieder um seine Gesundheit kämpfen mußte. Krankheit bedeutete letztendlich für Dolezich aber auch Glück: er wurde nicht eingezogen, als der Zweite Weltkrieg ausbrach, sondern konnte an Gymnasien in Mehlsack, Allenstein und Insterburg unterrichten. In Königsberg schließlich wirkte er neben seiner Tätigkeit als Lehrer an der Burgschule von 1941 bis 1945 als Dozent für Graphik an der Kunstakademie.

Auch in Nordrhein-Westfalen, wohin es Norbert Ernst Dolezich nach dem Krieg verschlug, widmete er sich wieder der Ausbildung junger Menschen. Bis zu seinem Tod am 4. Dezember 1996 lebte der Künstler in Recklinghausen, einer Stadt, fernab von der Landschaft Oberschlesiens und Ostpreußens. Dort hatte er endlich die Muße, sich seiner Kunst zu widmen. Und das um so mehr, als alle seine in Ostpreußen entstandenen Bilder vom Krieg vernichtet worden waren. Nur einige wenige Platten hatten das Inferno überstanden.


Foto: Archiv

Norbert Ernst Dolezich: Erinnerung an die Kurische Nehrung (Aquarell, 1950)

Norbert Ernst Dolezich war ein vielseitiger Künstler, ein Maler und Graphiker, ein Musiker und Schriftsteller. In seinem autobiographischen Roman „Johannes Standorfer" (Dülmen, 1986) erzählte er eindrucksvoll von seinem bewegten Leben, das ihn durch Krieg und Frieden führte, immer von der Kunst begleitet: „Johannes suchte seine eigenen Wege und Malorte, saß auf dem Klappstühlchen, nahm seinen Malblock vor und aquarellierte. Radierplatten waren zu Hause geblieben. Hier galt die Farbe. Das gefährlich zwingende Gelb der Dünen unter dem blauen Himmel, die weißgrünen Weiden mit ihren fließenden Farbbewegungen, die hellen und dunklen Blaus des Haffwassers, das Schilf, in den Himmel ragende Masten, auf dem Strand ruhende Kähne, das heranrollende Meer, die Beobachtung der umkippenden, grünen Wellen – das war eine Unermeßlichkeit von Schönheit, die sich allen anbot und in der Johannes sich wie trunken bewegte ..."

Auch in seinen anderen Büchern, „Zeichen und Wege", „Wiesufer" oder „Im Strom", begegnet der Leser einem Mann, der etwas zu sagen hat. Seine Worte sind voll stiller Poesie, auch wenn sie in Prosa gesagt werden. Themen des alltäglichen Lebens greift er auf, ohne banal zu werden. Er hält inne im Strom des Lebens, der ihn selbst so sehr durcheinander geschüttelt hat, betrachtet die kleinen Dinge am Wegesrand, verweilt, um auch den leisen Tönen zu lauschen. Es sind die vielfältigen Begegnungen, Worte, Gedanken, die Spuren hinterließen in einem reichen Künstlerleben. Mit seinem Werk, dem schriftstellerischen wie auch dem graphischen, ist es Dolezich gelungen, diese Spuren sichtbar zu machen und die Augen des Lesers oder Betrachters zu öffnen für diese „andere Welt".

„Abseitiges, Unbemerktes am Weg, die Stille, das In-sich-ruhen der Dinge, das Unscheinbarste wurde zum Erlebnis, in dem die Ewigkeit mitschwang und welches das Laute, das Dramatische ausschloß", umschrieb er einmal die Themen, die er auf seinen Radierungen habe festhalten wollen. Ähnliches läßt sich durchaus auch für sein schriftstellerisches Werk feststellen.

Wer Norbert Ernst Dolezich gekannt hat, mit ihm hat plaudern dürfen, der weiß, daß es diesem Mann am Herzen lag, die Schönheit dieser Welt zu zeigen, aber auch ihre Vergänglichkeit. Zuletzt entstanden Blätter mit „einer Art symbolhaften Surrealismus", wie er es selbst ausdrückte. Sie zeigen das Ringen des Künstlers um die großen Fragen der Menschheit, die Begegnung des Menschen mit furchtbaren Bedrohungen, aber auch „einen unzerstörbarer Trost, den es für den Menschen gibt". Und so ist das Werk des Ostpreußen aus Oberschlesien aktuell wie eh und je.

Eine Ausstellung zum 100. Geburtstag des Graphikers und Schriftstellers Norbert Ernst Dolezich zeigt das Oberschlesische Landesmuseum, Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen-Hösel, bis zum 19. März. In der Ausstellung mit dem Titel „Lebendige Stille" sind dienstags bis sonntags von 11 bis 17 Uhr Radierungen aus dem Zeitraum von 1929 bis 1974 zu sehen. Begleitend zur Ausstellung wird der Katalog „Norbert Dolezich. Ein oberschlesischer Maler und Schriftsteller", Dülmen, 1996, zum Preis von 5 Euro angeboten.

»Synthese aus Poesie und Intellekt«

Vor 150 Jahren starb Heinrich Heine – Sein Vaterland tut sich schwer mit dem Erbe des Dichters

Von INGOLF HERRMANN

Ich weiß wirklich nicht, ob ich es verdiene, daß man mir einst mit einem Lorbeerkranz den Sarg verziere", schrieb einer der bekanntesten deutschen Dichter, der auch schon zu Lebzeiten die Menschen polarisierte: Heinrich Heine (1797–1856). „Die Poesie, wie sehr ich sie auch liebte, war mir immer nur ein heiliges Spielzeug, oder geweihtes Mittel für himmlische Zwecke. Ich habe nie großen Wert gelegt auf Dichter-Ruhm, und ob man meine Lieder preiset oder tadelt, es kümmert mich wenig. Aber ein Schwert sollt ihr mir auf den Sarg legen; denn ich war ein braver Soldat im Befreiungskriege der Menschheit."

> Heine schreckte vor keiner Polemik zurück

Formal und inhaltlich zeichnet sich Heines Werk durch eine ungeahnte Breite aus und läßt sich deshalb keiner eindeutigen literarischen Strömung zuordnen. Literaturwissenschaftler finden Elemente der Romantik, der Aufklärung, der Weimarer Klassik, des Realismus und des Symbolismus. Der Kritiker Marcel Reich-Ranicki lobte im eigens zum 150. Todesjahr des Dichters wieder angesetzten „Literarischen Quartett" (ZDF) die „Synthese aus Poesie und Intellekt", die Heine so neu, so genial, so modern macht. Er sei der erste freie Schriftsteller gewesen, allerdings der Not gehorchend, denn eine Anstellung habe er weder als Kaufmann noch als Jurist gefunden. Helmut Karasek sprach in der selben Sendung von einer „volkstümlichen Leichtigkeit" der Lyrik Heines, die auch durch die unzähligen Vertonungen unterstrichen würde. Heinrich Heine war vor allem ein politisch kritischer Autor des Vormärz. Er kannte Karl Marx, ohne jedoch seine politischen Vorstellungen bis ins Letzte zu teilen. So zitiert Otto A. Böhmer in seiner Heine-Biographie (Diogenes, 176 Seiten, brosch., 8,90 Euro) Heine: „Der unzeitige Triumph der Proletarier wäre ein Unglück für die Menschheit ..., indem sie, in ihrem blödsinnigen Gleichheitstaumel, alles was schön und erhaben ist auf dieser Erde, zerstören."

Heines spitze Feder war gefürchtet. Tatsächliche oder vermeintliche Gegner griff er hart an und schreckte vor keiner Polemik zurück. „Mit seinem Witz, seinem Sarkasmus, mit der Lust, sich auch an Gegnern zu reiben, von denen er wußte, daß sie ihm nicht gewachsen waren, machte er sich nicht nur Freunde", so Böhmer. „Der Dichter Heine war ein Künstler der Kritik, die er in Poesie umsetzte." Heute sind vor allem seine Gedichte wie das von der Loreley oder „Deutschland. Ein Wintermärchen" und seine Feuilletons wie „Die Harzreise" bekannt und beliebt.

Symptomatisch für den Streit um Heinrich Heine war der Streit um ein würdiges Denkmal für den Dichter in Deutschland. So wurden in der Zeit des Nationalsozialismus nicht nur die Bücher des getauften Juden Heine verbrannt, sondern auch das 1926 im Hamburger Stadtpark aufgestellte Heine-Denkmal, von Hugo Lederer 1914 geschaffen, 1933 vom Sockel geholt und 1943 zu Rüstungszwecken eingeschmolzen. Erst 1982 bekam die Hansestadt ein neues Heine-Denkmal, geschaffen von Waldemar Otto nach Ledererschem Vorbild. Es steht heute auf dem Hamburger Rathausmarkt.

Selbst in Heines Geburtstadt Düsseldorf gab es Streit um ein geplantes Denkmal. Und der begann schon Ende des 19. Jahrhunderts. 1887 regte der Dichter Paul Heyse die Errichtung eines Denkmals für Heine an, unterstützt von Kaiserin Elisabeth von Österreich. „Sisi" war eine glühende Verehrerin Heines und förderte das Vorhaben nach Kräften. Der von Ernst Herter geschaffene Loreley-Brunnen fand jedoch nicht in Düsseldorf Aufstellung, sondern wurde nach New York verkauft, wo er 1899 in der Bronx errichtet wurde.

Sisi aber ließ sich nicht entmutigen und beauftragte den dänischen Bildhauer Hasselrjis, der übrigens später auch das Grabmal Heines auf dem Pariser Friedhof Montmartre schuf, ein Denkmal für den Dichter zu entwerfen. Als die Kaiserin 1891 der Stadt Hamburg den marmornen Heine zum Geschenk anbot, erhielt sie einen Korb. Der ungeliebte Dichter fand schließlich auf der Insel Korfu eine Heimstatt. Dort auf dem Sommersitz „Achilleion" stellte Sisi ihren Heinrich auf und ließ ihn aufs Meer blicken – bis 1907, dann übernahm der deutsche Kaiser Wilhelm das Anwesen und entfernte das Denkmal des Mannes, den er als „Schmutzfink im deutschen Dichterwald" bezeichnete. Der Sohn des Heine-Verlegers Campe kaufte die Plastik und ließ sie nach Hamburg verfrachten. Dort fand sie nur unter schwierigsten Bedingungen Aufstellung, zuletzt im damals noch nicht zu Hamburg, sondern zu Preußen gehörenden Altona. 1939 nahmen die Erben ihren Heine kurzerhand mit nach Frankreich, wo er heute noch in Toulon zu sehen ist. Der Hamburger Schauspieler Christian Quadflieg bemüht sich jedoch schon seit längerem, diesen Heine nach Hamburg zurückzuholen. Daß ihm dies bis zum 150. Todestag am 17. Februar gelingen wird, scheint ihm ob der immer wieder auftretenden Widerstände allerdings ungewiß.


Foto: Osman

Arno Breker: Skizze für die Skulptur „Der junge Dichter Heinrich Heine", Paris 1930

Auch Düsseldorf hat mit seinem Gedenken an den toten Dichter zu kämpfen. So konnte die geplante Benennung der Düsseldorfer Universität nach dem bedeutendsten Dichter erst nach einem 20 Jahre währenden Streit zu Beginn der 1980er Jahre vorgenommen werden. Neben der Heinrich-Heine-Universität gibt es nun seit 1994 vor der Universitätsbibliothek eine Heine-Statuette, die nach Lederers Modell entworfen wurde, und seit 1993 einen Heine-Stein auf dem Campus.

Aufsehen erregte auch die Diskussion um das Heine-Denkmal, das zum 125. Geburtstag des Dichters in Düsseldorf aufgestellt werden sollte. Eine Privatinitiative, der Klub der „Düsseldorfer Jonges", hatte eine Arbeit des Bildhauers Arno Breker vorgeschlagen, der bereits 1931 bei einem Wettbewerb den zweiten Platz für seinen Entwurf errungen hatte und darüber hinaus selbst seit langen Jahren in Düsseldorf lebte. Der Vorschlag wurde abgeschmettert, da Breker als „Nazibildhauer" vorbelastet sei. Das Rennen machte schließlich eine Arbeit von Bert Gerresheim, der mittels der Totenmaske des Dichters eine bizarre Gesichtslandschaft gestaltete.

Heine selbst hätte ob der Narreteien um seinen Nachruhm und über den Wirbel, der um seine Person 150 Jahre nach seinem Tod gemacht wird, sicher gelächelt.

Ukrainer ging 1947 für mich in den Karzer

Betr.: Leserbrief „Deutsche Befreier!“ (Nr. 52)

Die Ukrainer empfingen die Deutschen nicht nur als Befreier. Sie hielten auch noch nach Kriegsschluß in oft unglaublicher Weise zu den deutschen Kriegsgefangenen.

Ein Beispiel: Sommer 1947, NKWD (später MWD und KGB) – Lager 241/42; Sewestopol (Krim), Tschorni Moore Ulica, gegenüber der Wladimir-Kirche.

Nach einem mißglückten Fluchtversuch und der erfolgten Karzerinhaftierung fragte mich der deutsche Lagerführer Kattlitz (aus Saaz oder Schwaaz, Sudetenland), ein ganz ausgezeichneter Kamerad, ob ich mich schon bei dem Wachposten bedankt habe. Ich wußte keinen Grund.

Der etwa 19- bis 20jährige, kleine, dunkelhaarige NKWD-Wachposten, ein Ukrainer aus der Umgebung von Odessa, hatte sich aufopfernd für mich als deutschen Kriegsgefangenen eingesetzt. Während meiner Abwesenheit – ich befand mich schon im Karzer – und in Gegenwart des deutschen Lagerführers erklärte er vor Gericht, ich hätte die NKWD-Untersuchungskommission belogen und gar nicht die Flucht ergriffen, sondern wäre von ihm weggeschickt worden, um für ihn Brot zu erbetteln!

Meinen Dank lehnte der etwa gleichaltrige Ukrainer ab. Lachend und mit erhobenen Händen erklärte er: „Du 25 Jahre Sibirien – ich nur drei Wochen Karzer. Drei Wochen weniger als 25 Jahre!“ Dann demonstrierte er das Abreißen seiner Schulterklappen, denn der Gefreite wurde zudem noch degradiert. Lachend und kopfschüttelnd erklärte er, das sei egal und: „Alles nur große Sch...!“ Wahrscheinlich kamen bei mir einige Tränen, der junge Ukrainer klopfte mir tröstend auf die Schultern. Wir drückten uns fest die Hände und sahen uns verständnisvoll und lachend an.

Deutsche Medien lehnten eine Veröffentlichung dieser Tatsache ab, obwohl damals noch lebende Zeugen benannt wurden. Damit wären Autoren und Zeitgeisthistoriker entlarvt worden.

Sollte Informationsbedürfnis bestehen, würde ich gern weitere Beispiele dieser Art nachreichen.

Herzliche Grüße – vor allem an die ehemaligen Kameraden.

Helmut Panzer, Orselina, Schweiz

Wir sangen vom heiligen Vaterland

Betr.: „Du bist Hitler“ oder Die verbotene Trauer“ (Nr. 50)

Wahrhaftig und zutreffend, was Klaus Rainer Röhl über die Vertreibungen, über Verbrechen an Deutschen und über die verbotene Trauer um unsere deutschen Opfer schreibt. Ich stimme mit ihm nur nicht überein, wenn es um die deutschen Bürger im NS-Staat geht, zu denen ich, drei Jahre älter als er, gehörte.

Am 30. Januar 1933 war ich sieben Jahre alt, meine Mutter jubelte vor der Reichskanzlei Hitler zu, ich wurde nachts wach und fürchtete mich. Ich habe mich im Deutschland Hitlers wohlgefühlt, habe gezählt, wie oft ich ihn gesehen habe, war stolz, daß er unsere Schule, die Napola Wahlstatt, bei der Eröffnung der Autobahn durch Schlesien besonders gegrüßt hatte, war von der Olympiade begeistert, meldete mich als 16jähriger freiwillig zu den Panzern der Waffen-SS und wurde mit 17 Jahren im Juli 1943 Soldat. Ich kann mich nicht erinnern, mit jemandem gesprochen zu haben, der Hitler kritisiert hätte. Wir sangen vom heiligen Vaterland, von dem heiligen Wort Deutschland, das wir im Herzen trugen und in Gefahren verteidigen wollten. „Unsere jungen Herzen sich vereinen in der Liebe, Vaterland, zu Dir.“

Ich weiß, daß damals sehr viele junge Menschen so wie ich dachten, die nur hörten, sahen und lasen, was ihnen der Staat Hitlers bot, ohne dabei das Gefühl zu haben, von Informationen ausgeschlossen zu sein.

Bis 1936 kannte ich eine jüdische Familie, die nach den USA auswanderte.

Auf den vier Napolas, die ich besucht habe, waren Juden kein Thema, was sich aus Schulchroniken belegen läßt.

Von dem Judenpogrom bekamen wir außerhalb von Köln nichts mit.

Ich habe zwischen meinem siebten und 19. Lebensjahr keine Schuld auf mich geladen, was auch für meine Eltern und viele Freunde gilt. Und das ist bis heute so geblieben, nur daß ich heute klüger bin und viel mehr weiß.

Warum Volk, Führer und Vaterland für uns damals so eine überaus große Bedeutung hatten, vermag ich nicht zu sagen. Es war so!

Dieter Pfeiffer, Berlin

Fischfang-Mafia

Betr.: „Auf Kollisionskurs“ (Nr. 3)

Gemessen an der Fischfang-Mafia mit 10 000 frei treibenden Müll-Netzen in der Nordsee ist Greenpeace ein Waisenknabe.

Mäkeln Sie lieber am illegal abgelassenen Öl und den milden „Strafen“ dafür herum!

Hendrik Kleps, Münster

Sehr traurig

Betr.: „Ein Leben für Deutschland“ (Nr. 52)

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen für den wohltuenden Nachruf, den Sie unserem Uwe Greve gewidmet haben, zu danken. Wir alle, eine kleine Ostpreußengemeinschaft, sind sehr traurig über seinen viel zu frühen Tod. Wir wollten ihn unterstützen und sind Mitglieder der CDU geworden, um stimmberechtigt zu sein, aber sein Kampf war umsonst.

Eva Droese, Kiel



Foto: Visum

Gelöbnisfeier vor dem Kölner Dom zur Feier „50 Jahre Bundeswehr“: Politische Stellungnahmen von Militärs sind selten.

Mutige Leser

Betr.: Leserbriefe

Bei Erhalt der *PAZ* lese ich zuerst die Leserbriefe. So viele gute Leserbriefe, die Tatsachen berichten, wie in der Ausgabe vom 28. Januar 2006 gibt es nicht immer.

Es ist erfreulich, daß es doch noch viele Deutsche gibt, die den Mut haben, gegen die unzähligen Lügen der Politiker, Medien und sogenannter Geschichtenschreiber anzukämpfen.

Leider werden die Zeitzeugen der NS-Zeit bald ausgestorben sein. Die Umerziehung der Deutschen ist unseren lieben „Freunden“ zu 1 000 Prozent geglückt.

Alfred Götzfried, Augsburg

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Bundeswehrsoldaten mußten in Zivil erscheinen

Betr.: „Kein Vorbild für unsere Generation“ (Nr.1)

„Unsere Generation“: erbärmlich feige. Bereits bei der Beerdigung von Großadmiral Karl Dönitz war die Bundesmarine auf Anordnung des amtierenden Bundesverteidigungsministers Dr. Hans Apel (SPD) nicht offiziell vertreten. Private Teilnehmer der Bundeswehr und Bundesmarine, die zahlreich erschienen waren, durften dies nicht in Uniform tun, da „Dönitz zwölf Jahre nationalsozialistische Herrschaft verkörpere“ und „kein Vorbild sei“. Diese Haltung der amtlichen Stellen unterschied sich auch damals sehr von der Haltung der Marine der früheren US-Kriegsgegner, die Admiral Dönitz stets als fairen Kriegsgegner und hervorragenden Soldaten gewürdigt haben. Stellvertretend sei hier ein Brief von J.C.F. Fuller genannt.

J.C.F. Fuller schrieb: „Sehr geehrter Admiral Dönitz, vielen Dank für ihren freundlichen Brief vom 21. August. Sehr gern habe ich einen Beitrag zum Symposion von Mr. Thompson geliefert, weil ich und viele Soldaten und Seeleute in England empört waren über die schändlichen Nürnberger Gerichtsverfahren, die eine Schmach für alle zivilisierten Völker sind. In der Hoffnung, daß es Ihnen gesundheitlich wieder besser geht, verbleibe ich Ihr ergebener ...“

Die Herren Rupert Bischoff und Admiral a. D. Dieter Leder, selbsternannt moralisch gut, Hüter für die Reinhaltung „unserer Generation“, erdreisten sich – politisch gleichgeschaltet – einen Mann wie Großadmiral Dönitz über den Tod hinaus zu verunglimpfen. Sie offenbaren damit ihre eigene erbärmlich feige Geisteshaltung! Die Hunderttausende geretteter Ostdeutschen müssen heute noch einmal besonders dankbar dafür sein, daß in ihrer größten Not nicht Feiglinge „unserer Generation“ in der Verantwortung standen.

Ulla Lang, Bruchköbel

Soldaten ohne Meinungsfreiheit

Betr.: „Parteienwohl vor Gemeinwohl“ (Nr. 5)

Das beschriebene Problem begleitet die Bundeswehr von Anfang an. Ursächlich ist hierfür vermutlich die unberechtigte Bevorzugung der zivilen vor der militärischen Hierarchie in einer Demokratie. Die Innere Führung fordert den „Staatsbürger in Uniform“. Dies galt als Lehre aus der Vergangenheit, in der die Parteipolitik die Soldaten mißbraucht hatte. Die gleichen politischen Rechte und Pflichten für den Soldaten wie den Zivilisten ist die Forderung für den „Staatsbürger in Uniform“. Dazu gehört unter anderem die politische Meinungsfreiheit und diese auch äußern zu dürfen. Die Realität sieht bis heute leider anders aus. Führende Soldaten erliegen der Gefahr, ihre politische Meinung um ihrer Karriere willen nicht zu äußern und diese Verhaltensweise in den untergebenen Bereich weiterzugeben. Scheinheilig wird dies dann mit dem Primat der Politik begründet, als wenn Politik nur eine Sache der gewählten Politiker sei. In einer Demokratie hat jeder Bürger und jede Bürgerin die Pflicht, auch Politiker/in zu sein, das heißt, sich um die „res publika“ zu kümmern. Aufgrund einer undemokratischen Entwicklung im Verhältnis zwischen Zivilisten und Soldaten gehört heute seitens der Soldaten sehr viel Rückgrat dazu, die ihnen zustehenden politischen Rechte, wie zum Beispiel die Meinungsfreiheit, ungestraft, zum Beispiel durch „Zur Ruhesetzung“, auszuüben. Wer durch seine Befehlsgewalt auch über Leben und Tod entscheidet, sollte sich seiner Meinungsfreiheit nicht berauben lassen. Was unterscheidet ansonsten unsere jetzige Staatsform von der, die wir davor hatten?

Herbert Hedderich, Oldenburg

Preußen war bisher auf dem Index der deutschen Linken

Betr.: „Platzeck: Auf Preußen besinnen“ (Nr. 1)

Anständigkeit, Pflichterfüllung und Verläßlichkeit? Wo sollen die denn plötzlich herkommen? Preußische Tugenden waren bisher auf dem Index der deutschen Linken, und bei den C-Parteien waren sie auch nicht gerade gefragt. Die 68er, die heute noch immer in der deutschen Politik nicht ausgestanden sind, haben tiefgreifende Verwerfungen hinterlassen. Sie werden so schnell nicht wieder einzuebnen sein. Das betrifft die Familien wie alles, was mit Preußen und seinen Tugenden zu tun hat.

Schwer vorzustellen, daß Platzeck bei den Seinen und in der deutschen Öffentlichkeit Gehör findet. Gehört es denn nicht zum Anstand, aller Opfer des Zweiten Weltkrieges zu gedenken und jedes Unrecht zu benennen? Gehört es nicht zur Pflicht eines Politikers, dem Volk zu dienen? Und wie ist es um Verläßlichkeit bestellt? Der Fisch stinkt vom Kopf her. Seine Ausdünstungen haben inzwischen große Teile unseres Landes durchzogen. Hoffentlich folgt Platzeck nicht dem Koalitionspartner CDU bei der Leitkultur: auf den Busch klopfen und dann den Schwanz einziehen.

Kristin Ewert, Passau

Andreas Kosserts Buch »Ostpreußen« scheint die ostpreußische Geschichte polonisieren zu wollen

Betr.: Andreas Kossert (Nr. 50)

Das Buch des Herrn Kossert kenne ich inhaltlich nicht, wohl aber habe ich von dem Verfasser bereits mehrfach recht „zeitgemäße“ Äußerungen vernommen (wie auch von Academia Baltica, der er jetzt vorstehen soll). Ich meine feststellen zu können, daß versucht wird, die Geschichte unseres Landes zu polonisieren.

Zwar hört sich der Text gut an, bei genauerer Kenntnis der Tatsachen merkt man jedoch, daß deren Interpretation auf Äußerlichkeiten beruht, ohne die Hintergründe zu nennen (oder zu kennen?).

Es ist nie bestritten worden, daß Ostpreußen möglicherweise der ethnisch bunteste deutsche Landesteil gewesen ist (bei zirka 70 Prozent deutscher Herkunft). Nur waren die einst aus Litauen und Polen (Masowien) kommenden Bewohner trotz (früherer) sprachlicher Abweichung wirtschaftlich, politisch und konfessionell (wie die Religionsstatistik belegt) voll integriert und dachten nicht daran, sich im Sinne ihrer einstigen Herkunftsländer zu betätigen, wie die Volksabstimmung von 1920 auf für Polen geradezu blamable Art bewiesen hat. Weder wollten noch hätten sie etwas in diesem Sinne vortragen können, sie waren insofern völlig bedeutungslos. 1940 wohnte ich neun Monate in Bischofsburg, und auch später als Soldat hatte ich Gelegenheit, viele Landsleute aus den entsprechenden Gegenden kennenzulernen, doch ich habe niemanden getroffen, der die deutsche Sprache nicht einwandfrei beherrschte, auch andere Sprachenkenntnis minderte dies nicht. Der Anteil von Personen russischer Herkunft bewegte sich ja wohl weit unterhalb der Promillegrenze (nur die der Philipponen). Ganz im Gegensatz zu anderen Veröffentlichungen könnte man an Hand der Darstellung vermuten, es habe keine Juden gegeben. Laut Pr. Stat. Jahrbuch 1913 lebten am 1. Dezember 1910 in der Provinz 13 027, 1925 11 337 und 1933 8 388 unter uns (Stat. Jb. Ostpr. 1938, S. 38). Allerdings wurden diese bei uns anders als in Polen nie als Volksgruppe angesehen, sondern nach der Religionszugehörigkeit gezählt. Aber diese hatten, jedenfalls bis zu den ihnen entgegenstehenden Maßnahmen, Bedeutung.

Sucht man nach hervorragenden Personen aus den genannten Gegenden, stößt man fast ausschließlich auf deutsche Namen, die bedeutendste Ausnahme war wohl Walter Kollo (eigentlich Kolloziezski). Wie die während der Zwischenkriegszeit bereits vor 1939 zurückgehenden Abonnentenzahlen der Zeitungen in polnischer Sprache belegen, ergibt sich die Vermutung, daß jedenfalls Polnisch nicht mehr sonderlich gefragt war. Die Ereignisse ab 1914 dürften zur sprachlichen Eindeutschung maßgeblich beigetragen haben. Auch scheinen die schwierigen wirtschaftlichen und politischen Hintergründe der Provinz nicht beachtet oder behandelt worden zu sein.

Der Vergleich der Sprachenstatistik mit den konfessionellen Anteilen sowie den Wahlergebnissen 1932/1933 bringt die der „Zeit“-Rezension zu entnehmenden Behauptungen in die Nähe der Lächerlichkeit.

Gerhard Mannke, Elmshorn

»Unsinn«

Betr.: „Das Gesundheitswesen – ein todkranker Patient“ (Nr. 4)

Die *PAZ* zu loben, wäre „wie Eulen nach Athen zu tragen“.

Um so verwunderter war ich über Ihren Artikel. Darin heißt es: „... Solange wir nicht akzeptieren, daß die Gesundheit des Menschen höchstes Gut ist ...“ Dazu sagt M. Lütz in seinem Buch „Lebenslust“: „... leider ist eine solche Behauptung kompletter Unsinn ...“ Erstens gibt es keine gültige Definition über Gesundheit. Zweitens ist Gesundheit in vielen Fällen überhaupt nicht herstellbar (etwa Krebs, Aids, Unfallfolgen). Drittens offenbart sich in dieser Behauptung ein sehr fragwürdiger Wertebegriff. Es ist unbestreitbar, daß manche Geistesgrößen nur über eine angeschlagene Gesundheit verfügten. Umgekehrt offenbaren Gesundheitsvorbilder, personifiziert in Sportsuperstars, in Interviews und Talkshows einen IQ in der Nähe des Schwachsinns. Das höchste Gut also verbunden mit Idiotie? Das mußte gesagt werden.

Im übrigen vielen Dank für den Inhalt der *PAZ*! **Heinz Pertzborn, Neu-Ulm**



Foto: Franka Bruns

Soll der CDU in Berlin neuen Glanz verleihen und gegen den Regierenden Bürgermeister Wowereit antreten: Friedbert Pflüger

Unser Projekt

Betr.: „Deutschland voranbringen“ und „Zu früh gefreut? Zu früh getadelt?“ (Nr. 52)

Es scheint ja alles so zu sein: Die Lagebeschreibung über Deutschland Ende 2005 stimmt, aber wo bleibt die nüchterne Bilanz über Erfolge beziehungsweise künftige Chancen der Politik der Heimatvertriebenen? Wie steht es um das „Zentrum gegen Vertreibung“ in Berlin? Wem liegt es nicht am Herzen? Dazu hat sich an Weihnachten die BdV-Präsidentin Erika Steinbach in einem Rundschreiben an die Mitgliedsverbände geäußert. Es solle demnach trotz aller bekannten Anfeindungen mit dem Vorhaben vorangehen, schreibt sie. Sie meint sogar, daß das böse Zerwürfnis um den Berliner Kardinal Sterczinski überstanden sei. Möge es so sein, aber wenig spricht dafür, weitere Niederlagen dürften folgen, wenn jetzt nicht umgesteuert wird. Das „Zentrum“ muß allein unsere deutsche Mahnstätte sein. Und da unsere Parteien wenig Verständnis für deutsche Opfer zeigen, muß der BdV das Projekt allein errichten, ehe alle Kraft erlahmt.

Dietmar Neumann, Neu Wulmstorf

Waldarbeiter und Straßenfeger nicht vergleichbar

Betr.: „Bald nur noch 65 Millionen Deutsche“ (Nr. 52)

In der *PAZ* pflege ich Herrn Röhls Beiträge eigentlich immer mit Interesse zu lesen. In der Tendenz stimmen wir sicher fast nahtlos überein. Ihr oben angegebener Beitrag wich jedoch in seiner Klarheit und Eindeutigkeit etwas von seinen sonstigen Veröffentlichungen ab, aber das ist nicht der Grund meines Schreibens. Er bemerkt sehr richtig, daß das Gros der Immigranten nur zu ungelernter Arbeit in unserem Lande fähig wäre. In diesem Zusammenhang schreibt Röhl: „Es gibt auf unserem Arbeitsmarkt nicht einmal ein Angebot für Straßenfeger und Waldarbeiter.“

Hier mußte ich doch erheblich stutzen. Ich habe dafür Verständnis, daß die meisten Leute von der Waldarbeit keine Ahnung haben. Es ist zwar modern, ökologisch von Biotopen zu schwärmen, naturverbunden und waldfreundlich zu sein, aber die Bereitschaft, sich in dieser Hinsicht einmal etwas zu informieren, ist minimal. Und dann unterläuft einem gebildeten Mann wie Herrn Röhl der gravierende Fehler, einen Waldarbeiter – heute heißt er etwas hochtrabend Forstwirt – mit einem Straßenfeger gleichzustellen. Ein Waldfacharbeiter ist seit langen Jahren ein hochqualifizierter, sehr lange ausgebildeter Fachmann mit höchstem Facharbeiterverdienst. Kein Waldbesitzer und keine Forstverwaltung würde einen ungelernten Immigranten als Waldarbeiter einstellen. Die Gleichstellung mit einem Straßenfeger dürfte daher ein erheblicher Lapsus sein.

Dr. Richard Schute, Gersfeld

Was prädestiniert Pflüger fürs Bürgermeisteramt?

Betr.: „Schatten der Vergangenheit“ (Nr. 4)

Nun soll also der Hannoveraner Friedberg Pflüger der CDU in Berlin neuen Glanz verleihen. Die eigenen Matadore haben das Handtuch geworfen und damit ihre Unfähigkeit bestätigt, den Karren aus dem Dreck zu ziehen. Ob es nun der Außenseiter, der mit den Berliner Querelen nicht befaßt ist, also Herr Pflüger, schaffen wird, den schillernden Herrn Wowereit an der Spitze des Berliner Senats abzulösen, erscheint zumindest fraglich.

Ein Mann, der selbst einmal gegen die deutsche Wiedervereinigung war und der den Umzug des Bundestages und der Bundesregierung von Bonn nach Berlin ablehnte, kann doch nicht plötzlich ein eifriger Verfechter Berliner Interessen sein. Seine Differenzen mit seiner Ex-Frau seien nur nebenbei bemerkt.

Was prädestiniert also Herrn Pflüger für das angestrebte Amt? Seine Aufgaben als Redenschreiber für den ehemaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker können es wohl nicht sein. Hierbei hat er lediglich das zu Papier gebracht, was ihm vorgegeben war. Und sonst? Seine berufliche Laufbahn ist die eines Politikers, der nichts anderes gelernt hat, der aber noch keine bemerkenswerten Erfolge aufzuweisen hat. Bezeichnend ist auch, daß Herr Pflüger sich mehrere Hintertüren offen hält, durch die er gehen kann, falls er das Ziel in Berlin nicht erreicht. Man kann das auch als Opportunismus bezeichnen. So wird Berlin wohl auch mit Herrn Pflüger kaum eine politische Wende erreichen. Schade.

Walter Grubert, Hannover

»Die Frankfurter Schule und ihre zersetzenden Auswirkungen« sollte Pflichtlektüre sein

Betr.: „‚Kein Vorbild für unsere Generation‘“ (Nr. 1)

Wen halten denn die Herren Rupert Bischoff und Admiral a. D. Dieter Leder für ihre Vorbilder? Etwa die letzten Präsidenten der USA, die nach 1945 einen Krieg nach dem anderen vom Zaun gebrochen haben? Etwa die Regierungsmitglieder der US-Regierung 1945, auf deren Anweisung hin Millionen Deutsche verhungerten oder die planten, zeugungsfähige junge Deutsche sterilisieren zu lassen, um die „kriegerischen Gene“ der Deutschen auszurotten. Die Herren täten gut daran, einmal Bücher von einigen Deutschen, aber besonders ausländischer Historiker in die Hand zu nehmen und zu lesen. (Wenn sie es denn können und nicht schon der Pisa-Generation angehören)

Jeder Deutsche sollte als Pflichtlektüre Rolf Kosieks „Die Frankfurter Schule“ lesen müssen. Dann könnte er erkennen, wie weit die von den sogenannten „Befreiern“ durchgeführte Gehirnwäsche Erfolg gezeigt hat. Nachdem die Archive geöffnet werden mußten, stellte sich doch heraus, daß man nicht den Nationalsozialismus als den Feind bekämpfte, sondern nur das deutsche Volk.

Ich bin stolz Deutsche zu sein (Vertriebene), aber es ist ungeheuerlich, daß wir in Deutschland über 8 000 (achttausend) KZ-Gedenkstätten haben, aber kein Vertriebenendenkmal und, für die Erhaltung der Grabstätte Admiral Dönitz' die sogenannten früheren Feinde bezahlen. Was für eine erbärmliche Verhaltensweise.

Gerda Wittuhn, Hamburg

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Hans-Jürgen Mahlitz
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Sverre Gutschmidt (kommissarisch); **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.LM-Ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@LM-Ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@LM-Ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1551**

Der Geburtenrückgang ist ein Schritt in die richtige Richtung

Betr.: „Bald nur noch 65 Millionen Deutsche?“ (Nr. 52)

Klaus Rainer Röhl unterlegt seine Betrachtungen über die Entwicklung der globalen Population mit einer sehr interessanten Graphik. Dargestellt wird, wie die Weltbevölkerung von derzeit 6,3 Milliarden linear auf rund 9,3 Milliarden Menschen im Jahr 2050 ansteigt. Stellt man diese Anzahl rohstoffverbrauchender und nahrungsmittelbedürftiger Individuen den verfügbaren Ressourcen unseres Planeten gegenüber, wird deutlich, daß ein Leben in hier und heute gebräuchlicher Weise nicht fortgeführt werden kann. Ich will es nur am Problem der Welternährung deutlich machen:

Wie eingangs gesagt, verbrauchen zur Zeit 6,3 Milliarden Menschen das, was unsere Erde hervorbringt. Legt man für die Ernährung dieses Milliardenheeres täglich 2 500 Kalorien zugrunde, sind etwa 0,5 Hektar Ackerfläche je Person erforderlich. Also über drei Milliarden Hektar. Diese Fläche entspricht in etwa dem weltweit (noch) verfügbaren Ackerboden. Die Zunahme der Weltbevölkerung und jeder weitere Verlust an Anbaufläche, zum Beispiel durch Überbauung oder klimatische Turbulenzen, führt zu weltweitem Nahrungsmitteldefizit. Wir wissen, daß Millionen Menschen regional schon längst permanent unter Ernährungsmangel leiden.

Der Streit und womöglich die kriegerischen Auseinandersetzungen um die letzten lebenserhaltenden Ressourcen werden um so brutaler und niederträchtiger sein, je länger die Menschheit dem Popanz des Wirtschaftswachstums hinterherläuft. Wie Preisanstieg, Arbeitslosigkeit, Bevölkerungszuwachs wirtschaftlich, politisch, bevölkerungsstrategisch und organisatorisch zu bewältigen sind, darüber wird sich ein Weltgremium, zum Beispiel die UN, sehr bald in permanenten Diskussionen vertiefen müssen. Wie das ausgehen wird, kann ich nicht voraussagen. Nur eines ist sicher: Auf der Erde wird es erheblich weniger Menschen geben (müssen). Die zur Zeit etwas mehr als sechs Milliarden Menschen leben in unterschiedlicher Besiedlung. Deutschland ist dichter besiedelt als Polen. In Kanada leben weniger Menschen auf dem Quadratkilometer als in den Megametropolen Hongkong oder Tokio.

Wir, die Menschen des 21. Jahrhunderts, sind am Punkt der Umkehr angelangt. Unausweichlich ist, daß, wenn wir weiter wie bisher das bereits vorhandene Ungleichgewicht unserer Biosphäre stören, etwas eintreten wird, was wir alle nicht wollen. Nämlich der wirtschaftliche und kulturelle Niedergang, wie er uns aus der Antike bekannt ist. Bei den Szenarien die zur Abwehr dieser kritischen Situation diskutiert werden, erscheint immer wieder das Wort „Nachhaltigkeit“. In der Holzwirtschaft ist dieses Wort gebräuchlich. Es bedeutet, daß nur soviel Holz geschlagen werden kann, wie Bäume nachwachsen.

Heutzutage wird häufig vom richtigen Schritt in die richtige Richtung geredet. Ich greife dieses Zitat hier gern auf und sage, die in Deutschland beklagte Kaufzurückhaltung und der Geburtenrückgang sind solche Schritte. Enthaltung bedeutet Schonung der Ressourcen, Geburtenrückgang könnte den Gleitflug einleiten, hin zu einer Populationsgröße, die sich „nachhaltig“ zu Natur- und Umweltverträglichkeit verhält.

Nach den Lebenserfahrungen wird es wahrscheinlich weder per Gesetz noch durch Krieg erzwungen werden können, die Population der Menschheit zu beschränken. Ich vermute vielmehr, daß infolge veränderter Lebensbedingungen vor allem Menschen ausgeprägter Intelligenz, gepaart mit vitaler Anpassungsfähigkeit, die höchsten Überlebenschancen haben. Ob wir Deutsche dazugehören werden, hängt von unserem gemeinsamen Bestreben ab.

Peter Kopyciok, Kipfenberg

Das *Ostpreußenblatt* habe ich von Anfang an

Betr.: Flucht und Vertreibung

Am 26. Januar 1945 sind wir aus Königsberg / Ostpreußen geflüchtet. Jetzt nach über 60 Jahren wird wieder viel in Fernsehen und Zeitungen berichtet.

Aus abgeschossenen Flugzeugstücken wurden im Lager Aalborg (Dänemark) Kämme, Broschen und andere Sachen hergestellt. Aus bestickten Sackstücken wurden Gürtel gemacht. Ich habe diese Sachen noch.

Vom Auffanglager in Kopenhagen habe ich ein Bild. Es war die Schule in Stockholmsgade 59. Das *Ostpreußenblatt* habe ich so lange wie es diese Zeitung gibt.

Maria Thomas, Dorsten

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Wird aus dem Baby ein kleiner Einstein?

Fernsehen hat nicht immer einen positiven Einfluß auf die Entwicklung eines Kindes – Eltern zur Wachsamkeit aufgerufen

In einem amerikanischen Wohnzimmer läuft der Fernseher. Ein Baby sitzt auf dem Schoß der Mutter und schaut mit ihr gemeinsam auf den Bildschirm. Dort fließt gelbe Farbe ganz langsam von oben nach unten, dazu erklingt Musik von Mozart. Die Bilder wechseln und zeigen nun ein Sonnenblumenfeld als Realfilm. Die beiden schauen sich „Baby van Gogh“ in der Reihe „Baby Einstein“ an. Die Idee dieser Video- / DVD-Reihe geht auf Julie Clark zurück. Als die amerikanische Pädagogin ein Kind bekam, wollte sie ihm die allerbeste Förderung geben. Sie entschloß sich, für ihr Baby ein Video zu produzieren, um ihm auf geeignete Weise die Welt der Farben, Formen und vor allem der Musik zu eröffnen. Weitere Videos folgten, andere Eltern zeigten sich interessiert, und so gründete sie 1997 das Unternehmen „Baby Einstein“. Sie schrieb damit eine Erfolgsgeschichte. Vier Jahre später verkaufte sie ihre Firma an die Walt Disney Company und damit ging ihre Idee um die Welt: Baby-TV war geboren. Ihre Idee wurde vielfach kopiert und fand den Weg auch nach Europa.

In einem deutschen Wohnzimmer läuft der Fernseher. Ein Baby liegt auf einer Spieldecke zwischen Teddybären und anderen Stoffwesen und schaut auf den Bildschirm, auf dem eine Vorabendserie flimmert. Die Mutter versucht, die Aufmerksamkeit ihres Kindes abzulenken, spricht es an und hält einen Teddybären hoch. Da das Kind nicht reagiert, bewegt sie den Bären zwischen Bildschirm und dem Köpfchen des Kleinen. Das Kind dreht sich weg und versucht an dem Plüschtier vorbei auf den Bildschirm zu schauen. Entschlossen drückt die Mutter auf die Fernbedienung. Kaum erlischt der Bildschirm, fängt ihr Sohn an zu schreien. Da dies nicht das erste Mal geschieht, verbannt sie das Gerät aus dem Wohnzimmer, überzeugt davon, daß Fernsehen ihrem Kind irgendwie schaden könne. Noch Tage später sucht ihr Sohn nach der Fernbedienung. Ihm bleibt eine Affinität zu Spielzeug, das Geräusche von sich gibt, und ihr das schlechte Gewissen.

Der Umgang mit Fernsehen ist kulturell geprägt. Viele Eltern in asiatischen Ländern finden es großartig, ihre Babys vor die Flimmerkiste zu setzen, damit diese zusehen können, wie sich ein Kleinkind an- und wieder auszieht. In Deutschland ernteten die ersten Sendungen für Kinder Empörung, doch dann gewöhnte man sich an sie. Als die amerikanische Vorschulserie „Sesamstraße“ 1973 auf den dritten Programmen der ARD startete, gab es skeptische bis hin zu ablehnenden Reaktionen. Dabei zielte das Konzept der Sendung zunächst darauf, Kindern aus Ghettovierteln amerikanischer Städte mehr Bildung zu ermöglichen. Zwar belegten Studien später, daß die Sendung – falls überhaupt – Kinder aus bürgerlichen Familien fördert, weil diese gemeinsam mit ihren Eltern fernsehen und über das Gesehene sprechen, dennoch gehören Ernie und Bert heute zu den Klassikern.

Empörung gab es auch beim Start der Teletubbies, die 1999 auf dem KIKA, dem Kinderkanal von ARD und ZDF, erstmals ihr „Winke, winke“ in die deutschen Wohnzimmer brabbelten. Das von der BBC, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in England, auf die Wahrnehmung der Zwei- bis Vierjährigen zugeschnittene Format löste eine hitzige Diskussion über Verdummung der Kinder durch das Fernsehen aus. Heute sind die Teletubbies fester Bestandteil des Vorschulangebots des KIKA.

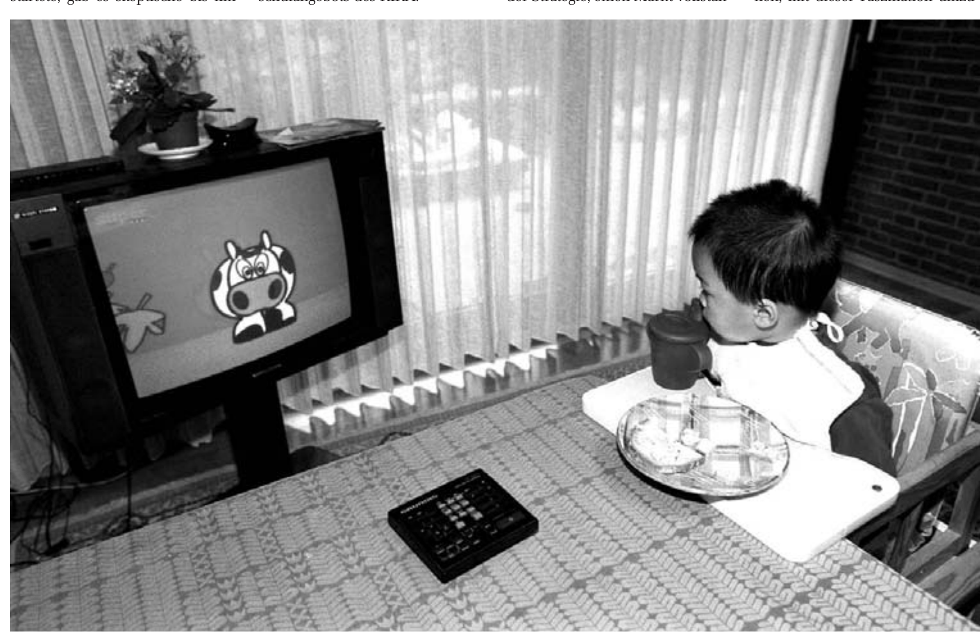


Foto: vario-press

Schon von Kindesbeinen an: Fernsehen in jeder Lebenslage. Das Kleinkind achtet nicht aufs Essen, sondern starrt fasziniert auf den Bildschirm.

Das Geschäft rund um Produktion, Ausstrahlung und Merchandising von Kinderprogrammen floriert. Als reiner Kindersender ging Super RTL vor zehn Jahren als Erster an den Start. Zwei Jahre später folgte als öffentlich-rechtliches Pendant der KIKA, und im September 2005 startete als dritter frei empfangbarer Kindersender Nick. Im Bezahlfernsehen können Eltern Kindersender wie den Disney Channel abonnieren.

Die Kabelgesellschaften bieten ebenfalls Programmangebote für Kinder wie den Vorschulkanal Playhouse Disney an. Hinzukommen zahlreiche Sendungen für Kinder als ein Teil des Angebotes auf anderen Sendern wie die „tivi“-Kinderprogramme des ZDF. Bei den Sendern herrscht ein erbitterter Wettbewerb um die Zuschauer, und ein Ende der Sendervielfalt ist nicht abzusehen.

Die Entwicklung hin zu einer immer jüngeren Zielgruppe folgt der Strategie, einen Markt vollständig zu durchdringen. Vier Prozent der Zwei- bis Dreijährigen haben in Deutschland einen eigenen Fernseher im Kinderzimmer, so eine 2003 durchgeführte Studie von ARD und ZDF zur Mediennutzung von Klein- und Vorschulkindern, und bei den Vier- bis Fünfjährigen sind es schon zehn Prozent.

Fernsehen ist bei den Jüngsten mit durchschnittlich 1,5 Stunden täglicher Verweildauer das mit Abstand meistgenutzte Medium. Damit übernimmt das Fernsehen für Kinder die Leitfunktion im Umgang mit Medien.

Sobald ein Kind das Fernsehen kennengelernt hat, zumeist wenn sich die Eltern abends vor dem Bildschirm entspannen, übt das Medium Faszination auf sie aus. Daher vertritt Maya Götz, Leiterin des Internationalen Zentralinstitutes für das Jugend- und Bildungsfernsehen (IZI), den Standpunkt: „Kinder müssen von Anfang an lernen, mit dieser Faszination umzugehen, und Eltern die Verantwortung übernehmen, ihnen Medienkompetenz zu vermitteln.“ Wichtigste Regel bleibt: lernen, das Gerät auszuschalten, um den endlosen Bilderfluß zu stoppen. In punkto Babysendungen ist die Institutsleiterin skeptisch, solange das Kind sich noch nicht von alleine bewegen und damit den Bildschirm selbst entdecken kann. Deutlicher wird die Entwicklungspsychologin Professor Lieselotte Ahnert von der Hochschule Magdeburg-Stendal, die ganz klar davon abrät, Kinder vor dem dritten Lebensjahr mit dem Medium Fernsehen zu konfrontieren. Neueste wissenschaftliche Studien ergeben, daß Kinder in den ersten Jahren auf eine soziale Vermittlung im Sinne einer partnerschaftlichen Beziehung angewiesen sind. Fehlt diese aktive Unterstützung, finden Sinneseindrücke keine kognitive Entsprechung und es können Defizite entstehen. Die aktive Entdekkungsreise ist daher jeglicher passiven Berieselung vorzuziehen, und Ahnert betont, diese könne den Kleinsten sogar schaden. Bei Kleinkindern spielt die Verbindung von Bewegung und Wahrnehmung eine entscheidende Rolle, daher sollten sie nicht wie angewurzelt auf den Bildschirm starren, sondern sich beim Fernsehen bewegen.

Die Initiative „Schau hin! Was Deine Kinder machen“, die von ARD und ZDF unterstützt wird, will Eltern motivieren, auf das Thema Medien und damit auch auf den Fernsehkonsum ihrer Kinder zu achten. Denn: Eltern können und sollten bestimmen, ab wann, was und wie lange ihre Kinder, die sie am besten kennen, fernsehen. Und sie sollten die Kleinsten dabei immer begleiten.

Ob schon Babys mit dem Medium konfrontiert werden sollten, ist letztlich eine Glaubensfrage. Baby-Formate werden einerseits von Wissenschaftlern mitentwikkelt, andererseits von Wissenschaftlern auch deutlich kritisiert. Die an die Programme gestellten Erwartungen in Bezug auf Bildung und Förderung sind kaum überprüfbar. Eines jedoch steht fest: Fernsehen ist in erster Linie ein Unterhaltungsmedium. Eltern kommen vor dem Kindergartenalter ihres Nachwuchses nicht umhin zu entscheiden, ab wann und wie sie das Medium einführen wollen. Für amerikanische Eltern gehört der Fernseher zum Alltag: Er steht in der Küche, im Schlaf-, Kinder- und im Wohnzimmer. Wundert es da, wenn manche sich mit ihren Babys spezielle Sendungen anschauen? In Deutschland hat Fernsehen das schlechte Image eines oberflächlichen Massenmediums, dessen negative Auswirkungen oft diskutiert werden. Dennoch steht das Gerät in jedem Wohnzimmer und schon in manchem Kinderzimmer.

Silke Häußler

Kluge Gefühle

Was ist wichtig für das Wohlbefinden?

Wie fühlst du dich?“ Diese häufig gestellte Frage im menschlichen Miteinander deutet bereits an, daß Gefühle für unser Wohlbefinden und unsere Gesundheit wichtig sind. „Kluge Gefühle“ heißt daher auch der Familienratgeber des bundesweit aktiven Vereins „Mehr Zeit für Kinder“ und der Barmer Ersatzkasse.

Die farbenfroh illustrierte Publikation beschäftigt sich auf 128 Seiten mit Gefühlen und ihren Auswirkungen auf die Gesundheit. Damit greift das Buch ein Thema auf, das lange Zeit kaum eine Rolle in wissenschaftlichen Untersuchungen spielte. Neuere Forschungen zeigten jedoch eindrucksvoll, daß Gefühle unverzichtbar für den menschlichen Geist und viele Eigenschaften des Menschen sind. So sind Denken und Kreativität auch von Gefühlen abhängig, denen ein Mensch gerade ausgesetzt ist.

In zehn Kapiteln beleuchtet das Buch die menschlichen Gefühle aus verschiedenen Blickwinkeln. Das Buch soll Eltern und allen, die Kinder beim Aufwachsen begleiten, helfen, die emotionale Intelligenz von Kindern zu fördern und ihnen den richtigen Umgang mit der Welt der Gefühle zu vermitteln.

Namhafte Experten und Wissenschaftler haben das Buch mit leicht verständlichen theoretischen Grundlagen und neuesten Forschungsergebnissen unterstützt. Daneben enthält das Buch Erfahrungsberichte von Eltern und viele praktische Anregungen und Tips, die sich im familiären Alltag direkt umsetzen lassen.

Für den Nachwuchs gibt es ein Extra-Kapitel in größerer Schrift und eine Kurzgeschichte zum Vorlesen oder zum Selbstlesen. Zahlreiche Literaturhinweise runden den Ratgeber ab. *mzf*

Das Buch ist zum Preis von 11,80 Euro zuzüglich Porto und Verpackung erhältlich über den Mehr Zeit für Kinder e. V., Fellnerstraße 12, 60322 Frankfurt / Main, Telefon (0 69) 15 68 96-13 oder im Internet unter www.mzfk.de.

Demut, aber keine Wehmut

Johannes Heesters Lebenserinnerungen sind jetzt auf CD zu hören

Die Kraft des Lebens ist nicht die Erinnerung, sondern das Leben selbst“, hat Johannes Heesters einmal gesagt. Der „älteste und aktivste Schauspieler der Welt“, so ist im „Guiness-Buch der Rekorde“ (2000) zu lesen, weiß, wovon er spricht, schließlich steht er mittlerweile im 103. Lebensjahr und hat das Leben ausgiebig genossen. Dennoch schwelgt auch er in Erinnerungen. „Auch hundert Jahre sind zu kurz“, so der Titel seiner Memoiren, die jetzt als Hörbuch bei Lübbe herausgekommen sind (5 CDs, Spieldauer 341 Minuten, 29,90 Euro). Gelesen werden die Texte meist von Richard Hucke, doch auch der Altmeister kommt zu Wort. Mit seinem unnachahmlichen Tonfall, den auch die Greisenstimme noch auszeichnet, ist Heesters präsent wie eh und je.

„Jopie“, der Star unvergessener Musikfilme, der Danilo, der auch heute noch die Damenwelt ins Schwärmen bringt, wenn er sie ins Maxim entführen will, nimmt die Zuhörer mit auf eine Reise in die geheimnisvolle Welt der Bühne und des Films, läßt sie hinter die Kulissen blicken und ein wenig Theaterluft schnuppern.

Geboren wurde Johan Marius Nicolaas Heesters 1903 als Sohn eines Kaufmanns im holländischen Amersfoort. Keiner dachte daran, daß er einmal die Bühnen in Deutschland und Österreich erobern, ja, daß er von Otto Preminger sogar nach Hollywood gerufen würde. Er selbst wollte Priester werden, doch schon mit 17 stand er erstmals in Amsterdam auf der Bühne. Eine erste Gesangsrolle übernahm er 1923 in Strindbergs „Traumspiel“. Viele sollten folgen: der „Bettelstudent“, mit dem er 1934 in Wien den Durchbruch schaffte, oder Hauptrollen in „Die lustige Witwe“, „Hochzeitsnacht im Paradies“, „Die Fledermaus“, „Bel ami“ ...



Theateraufführungen, Fernsehfilme und Shows bestimmten sein Leben. „Was bleibt“, so Heesters, „sind Lieder auf CD gepreßt, Filme und Fotos, gesammelte Geschichten, Erinnerungen und ein Buch.“ Aber auch die Liebe eines großen Publikums. Und das wird an einer Aufführung im Lessingtheater Wolfenbüttel seine Freude haben, wo am 16. März, 20 Uhr, „Johannes Heesters & Freunde – Lieder und Erinnerungen einer großen Karriere“ zu sehen sein wird (Ticket- und Info-Hotline 05 31 / 34 63 72)

„Ich habe manches kommen und gehen sehen“, so Heesters, „ein ganzes Jahrhundert, zwei Weltkriege, Schreckliches und Schönes, Ereignisse, die die Welt veränderten. Es gibt viele Erinnerungen, an die ich schmunzelnd zurückdenke, und manches, was mir Grund zu Dankbarkeit gibt, Grund zu Demut, aber nicht zu Wehmut, denn ich lebe in der Gegenwart, bin offen für die Zukunft. Ich denke nicht zuviel über das Ende nach. Ich bin ein glücklicher Mensch und habe jeden Tag 100 Gründe, mich am Leben zu erfreuen, und dessen überdrüssig zu werden, dafür sind auch 100 Jahre zu kurz.“ Eine Einstellung, die offensichtlich besonders gesund ist. *Silke Osman*

»Öffnet sich« Königsberg wirklich?

Buntes Programm aus Anlaß der Eröffnung der ersten direkten Fluglinie Berlin–Königsberg

Von Gerhard Prengel

Unter dem Motto „Das Gebiet Kaliningrad öffnet sich“ fand in Berlin am 31. Januar eine Reihe von Veranstaltungen statt, die vom Körber-Zentrum der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Zusammenarbeit mit der Gebietsverwaltung von Königsberg organisiert waren. Anlaß dafür war die offizielle Eröffnung der ersten direkten Fluglinie zwischen Königsberg und Berlin, die seit dem 28. Dezember von der russischen Fluggesellschaft „KDavia“ betrieben wird. (Die *PAZ* hatte bereits kurz darüber berichtet.)

Den Auftakt bildete die Eröffnung einer Ausstellung der „KDavia“ über die Geschichte des Königsberger Flughafens im Roten Rathaus in Berlin. Hier erfuhr der Besucher: Der nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Gelände des militärischen Luftstützpunktes in Devau erbaute und 1922 vollendete Königsberger Flughafen galt „als der beste in Europa“. Am 24. November 1921 wurde die deutsch-russische Luftfahrtsgesellschaft „Deruluft“ mit dem Stationsflughafen Königsberg gegründet. Am 1. Mai 1922 wurde die Linie Königsberg–Moskau eröffnet, die erste reguläre internationale Fluglinie Rußlands. Es war die längste Strecke für die Beförderung von Post und Passagieren in Europa. 1925 eröffnete die „Deruluft“ die Fluglinie Königsberg–Berlin, 1927 die Linie Moskau–Riga–Königsberg–Berlin und 1929 die Linie Königsberg–Riga–Reval–Leningrad. „Die reiche fliegerische Vergangenheit“, so ist in der Ausstellung zu lesen, „bildet ein Ganzes in der 750jährigen Geschichte von Königsberg-Kaliningrad. Unsere Airline fühlt sich diesem Erbe verpflichtet und führt die Tradition von den Leuten, die den ersten Flughafen Deutschlands aufgebaut haben, weiter.“

Eines der historischen Bilder zeigt die plakative Ankündigung der Landung des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ am 26. August 1939 auf dem Flughafen Devau. Ein sogenannter Gartensitzplatz, so kann man dem Plakat entnehmen kosetete drei Reichsmark, ein sogenannter Erster Platz, sprich Sitzplatz, eine Reichsmark und ein Stehplatz schließlich eine halbe Reichsmark.

Doch auch aus der neueren Geschichte erfährt man auf der Ausstellung Wissenswertes: Am 16. April 1992 erfolgte der erste internationale Flug von Königsberg über Hamburg nach Stuttgart und am 25. Oktober 1993 wurde die erste regelmäßige Fluglinie Kopenhagen–Königsberg eröffnet.

Zu der Ausstellung gibt es auch ein bebildertes Buch von W. Zwetkow mit dem Titel „Der Flug von Königsberg nach Kaliningrad – Geschichte und Gegenwart des ältesten Flughafens Europas“, das bei dieser Gelegenheit der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Es ist in deutscher und russischer Sprache verfaßt und zeigt das Königsberger Schloß als Titelbild. Es ist eine interessante Dokumentation wenig bekannter oder in Vergessenheit geratener Geschehnisse der Königsberger Luftfahrtgeschichte.

> Georgij Boos brachte nach Berlin einen »Bonbon« mit

Weitere Veranstaltungen aus Anlaß der Fluglinieneröffnung waren ein Empfang im Berliner Roten Rathaus, ein sogenanntes „Business-Forum“ und am Abend ein Empfang in der russischen Botschaft Unter den Linden. Teilnehmer dieser Veranstaltungen waren hochrangige Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus der Bundesrepublik Deutschland und dem Königsberger Gebiet, darunter der Gouverneur des Königsberger Gebietes, Georgij Boos, der EU-Beauftragte und Berater des russischen Präsidenten Putin, Sergey Jastrzhembskij, sowie der Bürgermeister von Königsberg, Jurij Sawenko. Ziel aller dieser Veranstaltungen, insbesondere des „Business-Forums“ war es, Möglichkeiten und Vorteile für Investitionen bundesdeutscher Unternehmer im Königsberger Gebiet aufzuzeigen. In allen Ansprachen und Referaten wurde der Wille deutlich, anknüpfend an die historischen Beziehungen das Königsberger Gebiet wirtschaftlich zur EU, besonders zur Bundesrepublik Deutschland, weiter zu öffnen, die schon heute der wichtigste Handelspartner Rußlands ist.



Gehörte auch zum Programm aus Anlaß der Fluglinieneröffnung: Der Gouverneur des Königsberger Gebietes trägt sich in das Goldene Buch Berlins ein. Foto: *PAZ*

Bei seiner Begrüßung wies Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit die Veranstaltungsteilnehmer darauf hin, daß seine Vorfahren, wie schon sein Name erkennen lasse, „in der Region Kaliningrad“ lokalisiert seien und er daher ein besonderes Interesse an dieser Region habe. Er gebrauchte wie auch die anderen bundesdeutschen offiziellen Vertreter stets den Namen „Kaliningrad“ statt „Königsberg“. Warum eigentlich?

Königsbergs Gouverneur Georgij Boos, dessen Vorfahren von Holland nach Bayern und zur Zeit Katharinas der Großen nach Rußland ausgewandert sind, erklärte, die Königsberger Region solle, so habe es Präsident Putin formuliert, Pilotprojekt für die Entwicklung des Verhältnisses Rußlands zur EU sein. Dazu bedürfe es der Klärung vieler Fragen. Aber „alles Neue ist im Prinzip vergessenes Altes“. Das Königsberger Gebiet sei ein Teil Rußlands mit deutscher Geschichte. Daher sei auch die Universität in Königsberg im letzten Jahr in „Kant-Universität“ umbenannt worden.

Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region Königsberg seien unter anderem stabile Gesetze, eine stabile Regierung, Vorteile für ausländische Investoren, einschließlich leichter Ein- und Ausreise, sowie das Vorhandensein qualifizierter Arbeitskräfte. Alle diese Voraussetzungen seien in Königsberg gegeben: Er habe eine junge, moderne Regierung. Die Gesetze seien stabil. Die wirtschaftlichen Regeln hätten sich nicht verschlechtert. Sie würden durch das neue Gesetz über die Sonderwirtschaftszone der Königsberger Region, das am 1. April dieses Jahres in Kraft trete, wesentlich verbessert: Es gewähre ausländischen Investoren sechs Jahre lang vollständige und weitere sechs Jahre lang hälftige Befreiung von der Gewinnsteuer. Jedes Unternehmen dürfe Arbeitskräfte frei einstellen. Ausländische Arbeitskräfte sollen in einem einfachen Verfahren eine Arbeitserlaubnis erhalten. Die Visaerteilung werde erleichtert. Und das bringe er als Bonbon mit: Künftig könnten Visa (auch für Touristen) auch direkt an den Grenzübergängen erteilt werden!

Der EU-Beauftragte und Berater Putins Sergey Jastrzhembskij ergänzte die Ausführungen von Boos. Er meinte, ein wichtiger Schritt sei der Bau der geplanten Gasleitung, die Rußland direkt mit Deutschland verbinden werde und auch eine Abzweigung nach Königsberg erhalte. Daß das Königsberger Gebiet isoliert innerhalb von EU-Staaten liege, stelle kein Problem mehr dar. Der Transit durch Litauen sei seit zwei Jahren geklärt. Es sei dabei bisher auch noch kein Fall einer illegalen Immigration eingetreten. Diese Gefahr solle auch für die anderen EU-Staaten durch ein bereits ausgearbeitetes Rükkführungsabkommen ausgeräumt werden. Angestrebt werde der weitere Ausbau der Transittrasse Riga–Königsberg–Danzig und eine gemeinsame Grenzabfertigung an den russisch-polnischen Grenzübergängen. Hierbei würden aber von der anderen Seite Schwierigkeiten bereitet. Angestrebt werde auch, daß das deutsche Konsulat in Königsberg Visa erteilen könne und daß die Bewohner des Königsberger Gebietes erleichtert Visa in das Gebiet des Schengener Abkommens erhalten.

In weiteren Beiträgen wurde dargelegt, daß auch Investitionen in die Landwirtschaft und auf dem Bausektor für ausländische Unternehmer lohnend seien. Die Bodenpreise seien niedrig. Ob auch Ausländer Grundstücke erwerben können, blieb offen. Der Ackerboden sei zwar seit zehn bis zwölf Jahren nicht bestellt worden, habe aber auch so lange Zeit keinen künstlichen Dünger gesehen. Er sei daher chemisch so sauber wie nirgendwo sonst in Europa und daher besonders für den Anbau von Bio-Produkten geeignet.

Auf dem Gebiet der Bauwirtschaft wurde das Projekt „Fischdorf“ vorgestellt. Auf dem 20000 Quadratmeter großen Gelände des früheren Fischmarktes soll eine Anlage mit Bürogebäuden, Restaurants, Hotels und Geschäften mit einem Investitionsvolumen von 82 Millionen Euro in einer dem gotischen Stil angepaßten Bauweise entstehen, in deren Mitte eine Kirche stehen soll. An der Stelle der früheren Königsbrücke sei bereits eine Fußgängerbrücke dorthin errichtet worden. Baubeginn soll der 1. März dieses Jahres sein. In den kommenden fünf Jahren soll auch der Wohnungsbau um das sieben- bis achtfache gesteigert werden. In konkreter Planung ist die Errichtung eines modernen Stahlwerkes durch die deutsche Firma Küttner Anlagenbau. Es soll mit Gas betrieben werden, und die anfallende Abwärme soll für andere Industriewerke genutzt werden.

Guido Herz, seit Oktober letzten Jahres deutscher Generalkonsul in Königsberg – auch er, der Repräsentant Deutschlands in Königsberg, kannte den deutschen Namen dieser Stadt offenbar nicht und sprach nur von „Kaliningrad“ –, meinte, es bestehe in der deutschen Öffentlichkeit eine Diskrepanz zwischen dem Ruf des Königsberger Gebiets und der Wirklichkeit. Dort boome die Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit betrage nur zwischen sechs und sechseinhalb Prozent. Dem Nachteil, eine Exklave der Russischen Föderation zu sein, stehe der Vorteil einer Enklave im Gebiet der EU, ohne deren Mitglied zu sein, gegenüber. Königsberg sei früher die östlichste Großstadt Deutschlands gewesen, heute sei es die westlichste Großstadt Rußlands mit 950000 Einwohnern.

> Viel wurde verheißen, doch die Realität ernüchtert

Er sei als deutscher Konsul in Königsberg „wunderbar aufgenommen worden“ mit dem Willen, mit ihm zusammenzuarbeiten. Daß das Generalkonsulat noch kein eigenes Gebäude habe (die *PAZ* hat das wiederholt kritisiert), sei ein „technisches Problem“, das nicht die dortigen Behörden zu verantworten hätten. Er hoffe sehr, daß der gegenwärtige Zustand – die Bürger des Königsberger Gebiets müssen sich wegen der fehlenden Räumlichkeiten des Generalkonsulats Visa für die Bundesrepublik Deutschland in St. Petersburg oder in Moskau beschaffen – bald beendet werde. An die russische Seite appellierte er, dafür zu sorgen, daß Touristen, die das Territorium der Russischen Föderation einmal verlassen haben, auch wieder einreisen können. Wer beispielsweise von Königsberg nach Nidden oder Memel reist, darf nicht wieder nach Königsberg zurückreisen. Jastrzhembskij meinte dazu, es müßte eigentlich auch jetzt schon ein sogenanntes Zweifach-Visum erteilt werden können. Er wolle sich darum kümmern.

In der Diskussion wurde von einem deutschen Unternehmer die Korruption der russischen Beamten kritisiert, der man trotz Einschaltung von Polizei und Staatsanwaltschaft machtlos gegenüberstehe. Auf meine Frage, wann an den russisch-polnischen Grenzübergängen, insbesondere bei Heiligenbeil, die unhaltbaren Zustände, nämlich die stundenlangen Wartezeiten und die Korruption der Grenzbeamten, die gegen Zahlung eines Eurobetrages eine bevorzugte Abfertigung versprechen oder auch gewähren, behoben werden, erklärte Boos, eine Änderung würde dann eintreten, wenn auf der polnischen Seite die Fahrzeuge schneller abgefertigt würden. Während die Straßen zur Grenze von Rußland ausgebaut würden, geschehe auf der polnischen Seite auf diesem Gebiet nichts. Indes, die Schuld an diesen Zuständen den Polen in die Schuhe zu schieben, ist eine recht dreiste Ausrede, die im Widerspruch zu dem tatsächlichen Geschehen steht. Die langsame Abfertigung geschieht nicht auf der polnischen, sondern auf der russischen Seite, Dasselbe ist an dem russisch-litauischen Grenzübergang auf der Kurischen Nehrung zu beobachten. Die Abfertigung auf der litauischen Seite dauert nur Minuten, auf der russischen kann man eine halbe oder auch eine Stunde warten müssen, auch wenn nur zwei oder drei Autos vor einem stehen.

Das Problem der Korruption, räumte Boos ein, sei sehr ernst. Es stamme aber nicht aus Rußland, sondern bestehe auch in anderen Ländern. Die Korruption werde auch bekämpft. Die Gehälter der Beamten seien verdoppelt und ihre Anzahl halbiert worden, Die Bezahlung sei jetzt angemessen. Die schlechte Bezahlung sei kein Argument mehr für die Korruption, und man könne jetzt (!) die Beamten zur Verantwortung ziehen. Seine Regierung wolle den Tourismus auf allen Gebieten fördern. Dazu gehöre auch der Wiederaufbau der deutschen Burgen und Schlösser. Jastrzhembskij setzte seine Hoffnung auf eine Verbesserung der Verhältnisse an den Grenzübergängen zum südlichen Ostpreußen auf ein neues Abkommen zwischen Rußland und Polen, das in Kürze unterzeichnet werden solle, versprach aber, sich mit diesem Problem zu befassen.

Das Fazit dieser Veranstaltungen könnte sein: Das Königsberger Gebiet ist eine ideale Region für Investitionen ausländischer Unternehmer, die auf der Grundlage eines stabilen, freiheitlichen Regierungs- und Rechtssystems viel Geld verdienen können. Die derzeitige Realität sieht dagegen in vielen Bereichen noch anders aus. Es bleibt noch viel zu tun, um dieses Gebiet zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort zu machen!

MELDUNGEN

Ausstellung

Saalfeld – Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen hat nach den Präsentationen in Stuhm und Heilsberg die dritte Dauerausstellung im südlichen Ostpreußen in der 1305 durch den Deutschen Orden gegründeten Stadt Saalfeld eröffnet. Das Jubiläum 700 Jahre Saalfeld gab den Anlaß zu der Ausstellung „Saalfeld – Geschichte der Stadt“. Diese Ausstellung soll in ihrer Zweisprachigkeit sowohl den vertriebenen deutschen Saalfeldern als auch den polnischen Bewohnern der Stadt die Stadtgeschichte näherbringen. Die Ausstellung zeigt die 700jährige Geschichte der Stadt von 1305 bis zum heutigen Tag und soll das kulturelle Erbe sowie die deutsch-polnische Verständigung im Rahmen des vereinigten Europas fördern. Die Kreisgemeinschaft Mohrungen ist davon überzeugt, daß die Zusammenarbeit des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen und der Stadt Saalfeld in Ostpreußen zu weiteren wertvollen Initiativen in der deutsch-polnischen Partnerschaft führen wird. Die Ausstellung wurde zwar durch das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen erarbeitet. Die Realisierung konnte jedoch nur gelingen durch die gute Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Mohrungen und der Gesellschaft der Freunde des Saalfelder Landes. Voraussetzung für das Projekt war die Zusage der polnischen Stadtverwaltung Saalfelds, diese Dauerausstellung zur Stadtgeschichte im historischen Turm der Pfarrkirche zu zeigen. Es wurden 26 Ausstellungstafeln mittels modernster Präsentationstechnik erstellt. Die einzelnen Tafeln schildern jeweils wichtige Ereignisse der 700jährigen reichen Stadtgeschichte. So entstand von neuem das Bild einer Stadt , die am Ende des Zweiten Weltkrieges in Schutt und Asche versunken ist. Neben der Ausstellung dient ein ebenfalls zweisprachiger Katalog den deutschen und polnischen Saalfeldern als illustrierter Begleiter durch die Stadtgeschichte. Er ist zum Preis von 2,50 Euro plus Porto beim Kulturzentrum Ostpreußen, Postfach 17, 91791 Ellingen zu bestellen.

Strategiearbeit

Allenstein – In Allenstein haben die Arbeiten für eine neue sogenannte Strategie zur Entwicklung der Stadt begonnen. Die jetzige aus dem Jahr 1998 gilt als überholt. Inzwischen ist Polen der Europäischen Union beigetreten und viele Vorschriften haben sich inzwischen geändert. An der Erarbeitung des 15-Jahres-Plans ist sowohl die Verwaltungsbürokratie als auch die politische Spitze der Stadt beteiligt. Die Ermländisch-Masurische Universität erarbeitete zu diesem Zwecke eine Diagnose, die die starken und schwachen Seiten Allensteins beschreibt. Als Stärken wurden dabei die Sehenswürdigkeiten mit ihrem touristischen Wert herausgearbeitet. Als Schwäche Allensteins erkannten die Wissenschaftler die nicht ausreichende Verkehrsinfrastruktur und den Mangel an Sozialwohnungen. Im April dieses Jahres sollen die Arbeiten an der Entwicklungsstrategie abgeschlossen sein.

Oberteich

Königsberg – Rußlands Präsident Wladimir Putin hat angewiesen, daß der Oberteich mitsamt seinem Ufer gereinigt und rekultiviert wird. Die Kosten werden auf 800 Millionen Rubel (knapp 24 Millionen Euro) geschätzt. Hinter der präsidialen Anweisung wird Putins Ehefrau vermutet.

Mathematiker von Weltrang

Was lange währt, wird endlich gut. So erschienen sieben Jahre nach den Jubiläumsfeierlichkeiten zum 200. Geburtstag des Mathematikers Franz Ernst Neumann in Königsberg und in München an der Ludwigs-Maximilians-Universität die für die Wissenschaft und die Geschichte Königsbergs gleich wichtige zweisprachige Dokumentation der auf dem Königsberger Seminar gehaltenen acht Vorträge zu Biographie und Wirken. Zusätzlich aufgenommen wurden zwei Manuskripte über den Akustiker Rudolph Koenig und Wasserbaudirektor Gotthilf Hagen, die beide mit Neumann verwandt waren. Fotos zeigen unter anderem Porträts Neumanns wie Bilder seiner Laboratorien. Den Abschluß des in Königsberg gedruckten Bandes bildet der Katalog der das Seminar begleitenden Ausstellung im Deutsch-Russischen Haus von Königsberg.

Die Königsberger Universität war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Zentrum mathematischer und physikalischer Forschung von Weltgeltung. Von dort nahm die mathematische Physik ihren Ausgang. Daran erinnern auch die nach der Wende in der Universität Königsberg aufgestellten Büsten von Bessel und Neumann (vgl. Nr. 29/05). Der 1784 in Minden geborene Astronom und Mathematiker Friedrich Wilhelm Bessel schuf die exakten Grundlagen für die Astrometrie, bestimmte als erster 1838 die Entfernung eines Fixsterns und lehrte als Professor in Königsberg, wo er auch 1846 starb. Neumann kam 1826 als Privatdozent nach Königsberg und blieb dort 69 Jahre. Erst spät wurde er mit dem Pour le Mérite geehrt. Im Rahmen seiner preußischen Bildungsoffensive hatte von Humboldt dafür gesorgt, daß besonders geniale Wissenschaftler an den Pregel geschickt wurden.

Bei den deutschen Autoren des Buches fällt auf, daß sie mit einer Ausnahme alle Ostpreußen oder Mitteldeutsche sind, ein neuer Beweis dafür, daß auch die heimatvertriebenen Wissenschaftler zu den Brückenbauern in die Vertreibungsgebiete gehören. Die russischen Autoren haben mit einer Ausnahme litauische Bezüge, kommen also auch aus der Nähe Königsbergs.

Der Emeritus Jürgen Batt (geboren 1937 in Gumbinnen) erinnert an das Wirken Neumanns im Bereich der Potentialtheorie und als Lehrer sowie an die Konzeption des mathematischen Seminars. K. K. Lavrinovic (verstorben 2002) – ihm ist dieser Jubiläumsband gewidmet – untersucht Neumanns Beiträge zur Kristallphysik, Elektrodynamik und Optik. Der Münchner Ordinarius-Ehrendoktor von Sofia und Königsberg Rudolf Fritsch (geboren 1939 in Johannisburg / Ostpr.) berichtet über die Mathematikerdynastie Neumann bis in die Gegenwart.

Wie einer seiner heutigen russischen Nachfolger festhält, war Neumanns „eindrucksvollste Entdeckung der Begriff des Vektorpotentials magnetischer Felder, der von ihm bei der Analyse des Gesetzes der elektromagnetischen Induktion eingeführt wurde.“ *Norbert Matern*

***Rudolf Fritsch und andere (Hrsg.): „Franz Ernst Neumann (1798–1895) – Zum 200. Geburtstag des Mathematikers, Physikers und Kristallographen“**, Terra Baltica, Königsberg und München 2005, 251 S., kart., 10 Euro, zu beziehen über Dr. Fritsch, Mathematisches Institut, Theresienstraße 39, 80333 München, www.mathematik.uni-muenchen.de*



Lewe Landslied und Familienfreunde,

unsere Ostpreußische Familie ist schon für viele Leserinnen und Leser zum Mittelpunkt geworden, mit Spannung wird – wie ich immer wieder in den Briefen lesen kann – an jedem Wochenende die *PAZ* erwartet, um zu erfahren, was sich da in unserm Familienkreis getan hat. Oder was man tun kann, denn die Hilfsbereitschaft ist wirklich großartig – auch das steht in vielen Leserbriefen. Auch wenn – noch – keine konkrete Lösung einer Frage erfolgt, tut doch schon ein Mitfühlen, Mitdenken, Mitbemühen gut. So wie **Waltraut Pfeffer** über den Anruf eines Lesers erfreut war, der sich auf ihre Suchfrage nach ihrem Urgroßvater **Gottlieb Skrzeba** aus Beutnerdorf meldete, da er bis zur Vertreibung in Ortelsburg gelebt hatte. Leider konnte er aber keine Angaben machen, die Frau Pfeffer weiterhelfen könnten, er konnte nur ihre bisherigen Erfahrungen bestätigen, aber allein das Gespräch tat gut. Nun hofft sie, daß doch noch weitere Meldungen kommen, denn manche Antworten verzögern sich, weil ja – leider – nicht alle Landsleute unsere Zeitung lesen und viele erst im Internet auf die dort veröffentlichten Wünsche und Fragen stoßen.

Da kann es dann schon vorkommen, daß sich erst nach Jahr und Tag ein Erfolg einstellt wie bei **Wolfgang Huwe**, dessen Wunsch wir vor sechs (!) Jahren brachten. Er suchte ein Buch, das sich – wie ich damals schrieb – nur schwer auffinden ließe, denn es handelte sich um einen Dokumentarbericht über die Erschließung des nördlichen Hinterlandes von Kamerun in den Jahren 1886 bis 1892. In dem 1895 erschienenen Buch von **Eugen Zintgraff** wird auch der Tod von Herrn Huwes Großonkel geschildert. Ich schien Recht zu behalten – bis jetzt! Denn nun teilte mir unser Leser mit, daß sich das Buch gefunden hätte – eine Bekannte war im Internet auf unsere Suchmeldung gestoßen und hatte weiter geforscht. Es fand sich sogar ein Exemplar des Originals, leider zu einem horrenden Preis (über 1000 Euro!), aber auch ein wesentlich preiswertere Reprint-Ausgabe, die Herr Huwe nun besitzt. Und damit glücklich ist! Was wir verstehen können.

Es ist leider aber auch so, daß sich Leserinnen und Leser bemühen, brauchbare Informationen zu den veröffentlichten Fragen zu geben und sie an die Suchenden senden, aber keine Antwort erhalten. Liebe Frau **Finckenstein**, ich danke Ihnen sehr für Ihre diesbezüglichen Bemühungen, die auch für mich sehr aufschlußreich sind, da sie viele Richtigstellungen beinhalten. Ich werde dieses spezielle Thema in einer anderen Ausgabe behandeln. Aber Recht haben Sie schon mit der Feststellung, daß es Leute gibt, die meinen, daß ihnen andere die Sucharbeit abnehmen und ihnen eine komplette Ahnentafel auf einem silbernen Tablett servieren sollen! Diese Klagen höre ich auch von anderen Leserinnen und Lesern, Na, mir sind diese Erfahrungen auch nicht gerade fremd. Trotzdem befasse ich mich mit jeder Zuschrift, denn ich weiß ja nicht, ob nicht auch Unvermögen, oft altersgemäß oder krankhaft bedingt, Ignoranz und Isolation durch Einsamkeit dahinter stekken. Deshalb gehe ich da etwas behutsamer mit diesem Problem um.

Deshalb freue ich mich, wenn mir auch kleine Erfolge gemeldet werden wie von unserm Leser **Heinz Bräuer**, der eine Frage hatte, die in die Vorkriegszeit zurückgeht. Es handelte sich um das Haus am Königsberger Steindamm, in dem die DEFAKA war. Er besitzt ein Foto, in dem über dem Schild mit der Leichtreklame ein großes T zu sehen ist, wie es vom Kaufhaus Tietz verwandt wurde. Er fragte deshalb, ob sich früher dort ein solches Kaufhaus befunden habe. Drei Anrufer konnten ihm das nicht bestätigen, auch Nachforschungen im Internet blieben erfolglos. Dafür ergab sich aber eine andere vermutliche Lösung: Es gab neben der DEFAKA eine Porzellanhandlung Tietz & Kranz, das T könnte also aus diesem Firmenzeichen stammen. Erscheint glaubhaft.

Einen Erfolg, an den ich kaum geglaubt hätte, konnte mir Herr Dr. med. **Kaiser** melden, Er hatte nach dem Ort „Klippenfeld“ gesucht, aus dem die Vorfahren einer rußlanddeutschen Krankenschwester stammen sollten. Eine Zwischenbilanz konnten wir bereits vor einem Monat bringen, da Dr. Kaiser mir mitteilte, daß diese von Katharina der Großen angeworbenen Deutschen im Südural angesiedelt wurden. Nur, wo der angeblich in Ostpreußen gelegene Ort „Klippenfeld“ lag, das blieb ein Rätsel. Aber dann erhielt Dr. Kaiser drei Zuschriften. Frau **Gertrud Bischof** konnte ihm mitteilen, daß die Siedler aus der Region Weichseldelta stammten und zur Glaubensgemeinschaft der Mennoniten gehörten. Als er dann mit Herrn **Walter Maus** durch eine andere, von diesem gestellte Suchfrage in Verbindung kam – auch da zeichnet sich Positives ab – konnte dieser Herrn Dr. Kaiser mit Unterlagen versorgen, die nun Folgendes ergeben: Den Ort Klippenfeld gibt / gab es tatsächlich. Es handelt sich um eine 1862 gegründete Mennonitenkolonie in Taurin (Ukraine). Die Siedler entstammten dem Marienburger und Elbinger Gebiet. Zwischen 1803 und 1805 wanderten 342 mennonitische Familien aus den genannten Regionen nach Südrußland aus. Es kann also durchaus möglich sein, wie die Krankenschwester behauptet, daß die Nachfahren noch heute diesen Dialekt sprechen. Bleiben aber weitere Fragen offen, denn die Zarin verstarb ja 1796 – gab es schon einen früheren Siedlerzug aus altpreußischen Gebieten? Da Herr Dr. Kaiser noch andere Informationen bekommen hat, ist dieses ein weiterer Zwischenbericht. Aber hochinteressant!

Erfolg und neue Wünsche gehen Hand in Hand. So wie bei **Alfred Stanschus**, der durch unsere Familie in Sachen Familienforschung ganz schön vorangekommen ist, woraus sich neue Fragen ergeben. Es geht um das Gut Adl. Schillgallen, den Heimatort seines Großvaters **Emil** Stanschus, der 1885 dort geboren wurde wie auch dessen Vater, der den gleichen Namen trug. Über das Gut Adl. Schillgallen möchte nun Herr Stanschus mehr erfahren. Als damaliger Besitzer wird **Franz Habedank** genannt. Das Gut lag zwölf Kilometer von Tilsit entfernt, gehörte vor 1939 zum Memelgebiet, dann zum Kreis Tilsit-Ragnit. Der Beruf von Großvater und Urgroßvater Stanschus wird mit „Schlachter“ angegeben. Das irritiert, denn konnte ein berufsmäßiger Schlachter – bei uns sagte man ja „Fleischer“ – auf einem Gut wohnen, oder führte er als Gutsangehöriger diese Tätigkeit nebenberuflich aus? Falls noch Nachkommen der Familie Habedank leben, bittet Herr Stanschus diese, sich bei ihm zu melden. Er ist an allen Angaben über das Gut interessiert und würde sich besonders über Fotos freuen (Alfred Stanschus, Simonswälder Straße 83 a in 79261 Gutach-Bleibach, Telefon 0 76 85 / 5 34, Fax 0 76 85 / 6 34, E-Mail: AStanschus@t-online.de).

Auch **Fridolin Herrgeist** ist in seinem Bestreben, die Reste seiner Sippe zusammen zu suchen, ganz schön weitergekommen, sogar mit überraschenden Erfolgen. Nur in Bezug auf zwei Schwestern seines Vaters gibt es bisher keine nennenswerten Ergebnisse. Daher drei neue Fragen. Bei Nr. 1 handelt es sich um die älteste Tochter von Herrn Herrgeists Großvater aus dessen erster Ehe, **Anna** Herrgeist, * 1888 in Dungallen. Sie hieß nach der Heirat Anna **Busching** und soll zuletzt in Thüringen gelebt haben. Hier werden Nachkommen gesucht. Bei Frage Nr. 2 handelt es sich um die dritte Tochter, **Elisabeth** Herrgeist, verheiratete **Gehlhaar**, * 1892 in Dungallen. Sie soll nach dem Krieg in Bremerhaven gewohnt haben und dort verstorben sein. Leben noch Nachkommen? Frage Nr. 3 betrifft eine Familie **Lyks**, die vermutlich in Rendsburg gelebt hat. Die Namen von drei Kindern sind bekannt: **Karl-Heinz**, **Ingeborg** und **Ursel** Lyks (Fridolin Herrgeist, Hartmannsgr. Straße 6 in 08233 Treuen).

Ja, erfüllte Wünsche bekommen Kinder. Seit **Ingrid Haase** las, daß **Armin Thiel** die erhofften Aufnahmen aus dem alten Königsberg – Lutherkirche, Haberberger Kirche, Ostpreußenhalle – erhalten hat, möchte sie diese auch bekommen, denn sie erwecken in ihr Erinnerungen an Familie und Kindheit. Besonders die Ostpreußenhalle hat es ihr angetan, denn dorthin nahm ihre Tante sie einmal zu einer Eiskunstlauf-Veranstaltung mit. Seitdem wollte sie auch eine zweite „Sonja Henie“ werden – na ja, das klappte ja leider nicht, nun wäre sie mit Fotos zufrieden. Wobei sie ihre Wünsche noch erweitert um Aufnahmen vom „Luna-Park“ oder von der Apotheke in Rosenau, denn in diesem Vorort wurde sie geboren. Wer besitzt noch alte Fotos (Ingrid Haase, Krauseplatz 2 in 07607 Eisenberg, Telefon 03 66 91 / 5 45 58)?

Überraschen möchte **Anita Wagener** ihre 1929 in Lyck geborene Schwiegermutter **Elfriede Okuniek**, verheiratete Wagner, mit alten Freundinnen und Freunden aus deren Schulzeit in Talussen. Sie träumt täglich von ihrer Heimat und sehnt sich nach alten Heimatgefährten

Sicher wird es noch Landsleute aus dem kleinen masurischen Dorf geben, die mit Elfriede Okuniek zur Schule gegangen sind. Für ihre Schwiegertochter wäre es eine große Freude, wenn sie sich bei ihr meldeten (Anita Wagener, c/o Reisebüro Weilke, Rathausstraße 21 in 48268 Greven, E-Mail: Anita Wagener@ Weilke-Reisen.de).

Was so gewöhnlich an Fragen nach ostpreußischen Spezialitäten an mich herangetragen wird, beantworte ich selber. Gerade habe ich die Rezepte von „Buttermilchkartoffeln“ und „Pflaumenkeilchen“ weitergegeben, da wird mir ein Leserwunsch vorgelegt, den ich beim besten Willen nicht erfüllen kann: Gesucht wird das Rezept von „Plamperntunke“. Es soll aus Ostpreußen stammen, aber ich kenne das Gericht nicht, habe nie davon gehört, finde es in keinem Kochbuch. Es hört sich auch gar nicht ostpreußisch an, ich denke da eher an Schlesien, denn zu den Zutaten sollen verschiedene Würste wie Krakauer und Oppelner gehören. Außerdem Frankfurter und Wiener Würste sowie Kassler – ganz schön deftig, diese „Tunke“! Wer kennt das Rezept (Zuschriften bitte an **Petra Lohmann**, Redaktion Leserservice „Onkel Max“, Kampstraße 84 b in 45772 Marl, Telefon 0 23 65 / 10 72 46, Fax 0 23 65 / 10 72 47, E-Mail: onkel-max@zb-marl.de)?

Jetzt müssen die Berliner hinhören, denn es geht bei der Suchfrage von **Johannes Krassowski** um drei Berliner Kinder, die ausgebombt waren und 1943/44 nach Ostpreußen verschickt wurden. Die **Schwarz**-Geschwister **Vera**, **Karl-Heinz** und **Erna** kamen nach Nickelshorst, Kreis Sensburg. Karl-Heinz Schwarz wurde von der Familie Krassowski aufgenommen. Alle drei besuchten die Volksschule in Nickelshorst. Es entwickelte sich eine enge Freundschaft, die auch nach dem Krieg Bestand hatte, denn Johannes Krassowski besuchte 1946 die Familie Schwarz in Berlin, die damals in der Frankfurter Allee 64 wohnte. Ein Jahr später kehrte Herr Krassowski in seine Heimat zurück, bis Ende 1948 bekam er noch Post, dann riß die Verbindung ab. „Es wäre so schön, ein Lebenszeichen von ihnen zu erhalten“, schreibt unser Landsmann, aber das dürfte schwierig sein, denn die Mädchen Vera und Erna Schwarz werden wohl durch Heirat ihren Namen gewechselt haben. Und es ist auch unwahrscheinlich, daß sie diese Zeilen lesen. Unser Landsmann würde sich freuen, wenn ihm unsere Familie bei der Suche hilft. Der erste Schritt ist jedenfalls getan, wir haben seinen Wunsch veröffentlicht (Johannes Krassowski, Höhfeldstraße 8 in 42553 Velbert).

Und dies noch in Kürze: „Wer kann Auskunft über den Verbleib unserer früheren Nachbarn, der Familie Will aus Pr. Eylau, Fritz-Schlegel-Straße 18 (Siedlung), geben?“ fragt unser Leser **Horst Straßmann**. Frau **Will** hieß mit Vornamen **Anna**, ihre Tochter **Inge**. Über eine Nachricht würde sich die Familie Straßmann sehr freuen (Horst Straßmann, Meteorstraße 16 in 25336 Elmshorn, Telefon 0 41 21 / 6 25 12).

Noch knapper: „Mein Vater **Franz Fleischer** aus Tolksdorf, Kreis Rastenburg ist seit unserer Flucht am 22. Januar 1945 verschollen, nach unserer Abfahrt ist er nirgends wieder aufgetaucht!“ So der Sohn Franz Fleischer, dessen Rückfragen im Kreis der Dorfgemeinschaft von Tolksdorf, wie auch Erkundigungen bei allen bekannten Suchstellen, ohne Erfolg blieben. Aber ob hier die Ostpreußische Familie helfen kann (Franz Fleischer, Hagener Allee 38 in 22926 Ahrensburg, Telefon 0 41 02 / 5 38 59)?

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



Ruth Geede Foto: privat

MELDUNGEN

Litauen kommt

Allenstein – Litauen eröffnet in der Hauptstadt der Woiwodschaft Ermland und Masuren ein Honorarkonsulat. Der Sitz wird in der Altstadt sein. Diese Entscheidung gab Litauens Botschafter in Warschau, Egidijus Meilunas, in Allenstein bekannt. Er begründete den Schritt seiner Regierung damit, daß die örtlichen wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte beider Länder einer institutionelle Förderung bedürften. Neuer Honorarkonsul der Republik Litauen im südlichen Ostpreußen wird voraussichtlich der Unternehmer Andrzej Banasiak, wohnhaft im nicht weit entfernten Landsberg.

See »gestohlen«

Lyck – Diebe haben in Masuren einen See fast zugeschüttet, um an die Fische in dem Gewässer zu kommen. In der Nähe Lycks schaufelten die Täter mit einem Bagger Erde ins Wasser. Der 30 Meter lange und zwei Meter tiefe See verwandelte sich dadurch in ein nur 30 Zentimeter flaches Becken. Die Fische konnten leicht gefangen werden und wurden wahrscheinlich bereits in der Vorweihnachtszeit verkauft. Entdeckt wurde der Diebstahl in dem abgelegenen Gewässer erst jetzt. „Als ich gehört habe, daß man unseren See gestohlen hat, glaubte ich an einen Scherz“, sagte Edward Kurylo, Mitarbeiter einer Schmalspurbahn, zu deren Grundstück der See gehört. Die Anlieger der Umgebung, die im Sommer reiche Beute in dem kleinen Gewässer fanden, müssen sich nun ein neues Revier suchen.

Neuer Chef

Allenstein – Inspektor Krzysztof Staranczak ist zum neuen Kommandanten der Polizei in der Woiwodschaft Ermland und Masuren ernannt worden. Er löst damit Inspektor Zdzislaw Gazda ab, der nach 37jähriger Dienstzeit in den Ruhestand geht. Wie Inspektor Gazda sagte, war die Arbeit bei der Polizei ein herrliches Abenteuer, aber es sei Zeit, Jüngeren Platz zu machen.

Inspektor Krzysztof Staranczak zeigte sich zwar überrascht über seine Berufung, betritt aber kein Neuland, denn der 45jährige arbeitet bereits seit 22 Jahren bei der Polizei und davon die letzten in der Woiwodschaft, deren Polizeikommandant er jetzt geworden ist. Vorher war er unter anderem Stadtkommandant in Elbing und Stellvertreter des Woiwodschaftskommandanten in Danzig. Er hat in der Obersten Kommandantur der Polizei in Warschau gearbeitet und Lehrgänge an ausländischen Polizeiakademien besucht. Auslandsreisen führten ihn in die Vereinigten Staaten und nach Frankreich. Unter den Polizeibeamten ist er als Krzysztof „ISO“ Staranczak bekannt, weil Elbing während seiner Amtszeit als erste Polizei-Einheit das Gütezertifikat der Internationalen Organisation für Normung ISO erhielt.

Die Ernennungsurkunde händigte ihm der Oberste Kommandant der Polizei, General Marek Bienkowski, aus. Während der Feierlichkeit aus Anlaß der Amtsübergabe teilte der General mit, daß bereits in allernächster Zeit etliche der besten Polizeibeamten aus Allenstein zur Obersten Kommandantur in Warschau delegiert würden, wo sie an einer nationalen Regelung der Arbeit der Polizeibeamten arbeiten werden. Nochmals unterstrich der General bei dieser Gelegenheit, daß die Hauptaufgabe der Beamten die Prävention sein werde, was sich auch im Straßenbild bemerkbar machen werde.



ZUM 100. GEBURTSTAG

Eske, Fritz, aus Kleinpreußenwald, Kreis Gumbinnen, jetzt Mühlenweg 11, 46519 Alpen, am 15. Februar

Schlemminger, Elfriede, aus Gutweide, Kreis Ebenrode, jetzt Altenwalder Chaussee, 27474 Cuxhaven, am 19. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Heck, Emma, geb. Alex, aus Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Wutachstraße 2 B, 79761 Waldshut-Tiengen, am 22. Februar

Waschk, Gertrud, geb. Bendzus, aus Hanffen, Kreis Lötzen, jetzt Aarzstraße 52, 31685 Langelsheim, am 21. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Eder, Frieda, geb. Westenberger, aus Lucken, Kreis Ebenrode, jetzt Peter-Rossegger-Straße 11, 40699 Erkrath, am 13. Februar

Grube, Frieda, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Ahornweg 2, 51766 Engelskirchen, am 20. Februar

Karkowski, Meta, geb. Kubillus, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, jetzt Hirtenweg 27, 25421 Pinneberg, am 23. Februar

Kraemer, Hilde, geb. Bunks, aus Pillau, jetzt Anebosweg 31, 76187 Karlsruhe, am 21. Februar

Segatz, Marie, geb. Wiezorrek, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, jetzt Bürgerbuschweg 16 B, 51381 Leverkusen, am 20. Februar

Stankewitz, Frieda, geb. Kalinna, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Danziger Straße 17, 79576 Weil am Rhein, am 26. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Wermke, Frieda, geb. Klein, aus Pompicken, Kreis Preußisch-Eylau, jetzt Rudolf-Breitscheid-Str. 17, 15562 Rüdersdorf, b. Berlin, am 24. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Aschmann, Margarete, geb. Siebert, aus Ostseebad Cranz, jetzt Falkenhorst 35, 22159 Hamburg, am 2. Februar

Cachandt, Elisabeth, geb. Schmidt, aus Lyck, Yorkstraße 10, jetzt Weddigenweg 15, 12205 Berlin, am 22. Februar

Kaltenbach, Herta, geb. Sumann, aus Danzig, jetzt Senioren-Wohnheim, 26419 Schortens, am 25. Februar

Krause, Ruth, aus Lyck, jetzt Hermannstraße 6, 32832 Augustdorf, am 23. Februar

Marquardt, Anna, geb. Conrad, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Von-der-Recke-Straße 5, 58089 Hagen, am 23. Februar

Matzen, Waltraud, geb. Bertram, aus Ortelsburg, jetzt Altenheim Nis Puk, 25924 Klaxbüll / Nordfriesland, am 20. Februar

Paykowski, Marie, geb. Brandt, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Steindamm 10, 25337 Elmshorn, am 23. Februar

Sowa-Zehm, Charlotte, geb. Murach, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Ziegeleiweg 40, 40551 Düsseldorf, am 21. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Balschun, Ernst Heinz, früher 3. N. 41 Königsberg, Hochflies (Augstupönen) und Tellrode, Kreis Gumbinnen, jetzt Sonnenweg 18, 35473 Herborn, am 20. Februar

Galla, Veronika, geb. Deptolla, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Heideweg 7, 67134 Birkenheide, am 23. Februar

Lange, Antonie, aus Gr. Rautenberg, jetzt Alexanderstraße 24, 06844 Dessau, am 25. Februar

Röder, Otto, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Siemensstraße 40, 21337 Lüneburg, am 26. Februar

Rubbel, Erich, aus Tilsit, jetzt Dietzgenstraße 28, 13156 Berlin, am 22. Februar

Schneidereiter, Helene, aus Göritten, Kreis Ebenrode, jetzt Flämische Straße 149, 28259 Bremen, am 4. Februar

Steinke, Herbert, aus Königsberg, Alter Garten 40, jetzt Kleinsiedlerweg 11, 22880 Wedel, am 25. Februar

Zagon, Martha, geb. Kolpak, aus Radegrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Theodor-Fliedner-Weg 6, 45699 Herten, am 22. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Achenbach, Paul, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, jetzt Schlierbacher Straße 55, 37235 Hessisch-Lichtenau, am 2. Februar

Joswig, Else, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Mattfeldstraße 26, 30455 Hannover, am 22. Februar

Grigoleit, Martha, geb. Hardt, aus Leegen, Kreis Ebenrode, jetzt Kastanienstraße 18, 24768 Rendsburg, am 9. Februar

Malien, Heinz, aus Balg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Lilienstraße 2, 66849 Landstuhl, am 20. Februar

Ollesch, Hildegard, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Mechtenbergstraße 73, 45884 Gelsenkirchen, am 26. Februar

Rimek, Fritz, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Kaiserstraße 214, 44143 Dortmund, am 25. Februar

Sassadeck, Heinz, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Neumarkter Straße 57, 90478 Nürnberg, am 25. Februar

Tanski, Friedrich, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Buschkrug-Allee 225, 12359 Berlin, am 20. Februar

Tolkmitt, Benno, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Tilsiter Weg 42, 58332 Schwelm, am 21. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bach, Gertrud, geb. Bendich, aus Jesken, Kreis Treuburg, jetzt Gerberweg 10, 32457 Porta Westfalica, am 25. Februar

Berger, Charlotte, aus Königsberg, Grolmannstraße 10, jetzt Velberter Straße 34, 40227 Düsseldorf, am 25. Februar

Blumreiter, Siegfried, aus Stobern, Kreis Ebenrode, jetzt Kohlerstraße 27, 12205 Berlin, am 25. Februar

Didlaukies, Otto, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, jetzt Harmsstraße 130, 24114 Kiel, am 17. Februar

Eberle, Erika, geb. Selleneit, aus Stucken, Kreis Elchniederung, jetzt Heideweg 5, 67659 Kaiserslautern, am 20. Februar

Fischer, Martha, geb. Murach, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Grindelberg 68, 20144 Hamburg, am 24. Februar

Kohlmeyer, Heinz, aus Stadtfelde,

Kreis Ebenrode, jetzt Remonterstraße 1, 92318 Neumarkt, am 13. Februar

Leonhardt, Erna, aus Lyck, jetzt Dalandweg 27, 12167 Berlin, am 20. Februar

Ott, Frieda, aus Pillau, Oberst-von Herrmann-Straße, Kreis Samland, jetzt Lessingstraße 8, 24536 Neumünster, am 23. Februar

Podzuweit, Irmgard, geb. Klimaschewski, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Spannskamp 20 b, 22527 Hamburg, am 25. Februar

Schmolke, Gerhard, aus Ortelsburg, jetzt Vorländerweg 19, 48151 Münster, am 22. Februar

Voesch, Emmy, aus Lyck, jetzt Stahlwerkstraße 12, 44145 Dortmund, am 23. Februar

Waltz, Heinrich, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Stolpstraße 25, 38124 Braunschweig, am 20. Februar

Winter, Erna, geb. Gerull, aus Gr. Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Pöppinghauser Straße 17, 32756 Detmold, am 25. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartel, Willy, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, jetzt Hauptstraße 37, 78073 Bad Dürrheim, am 25. Februar

Kargoll, Irene, geb. Plotzitzka, aus Roggenfeld, Kreis Treuburg, jetzt Höher Weg 5, 58511 Lüdenscheid, am 22. Februar

Karkowski, Erna, geb. Hempelmann, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Im Schieferfeld 12 b, 45702 Herten, am 23. Februar

Kindermann, Gertrud, geb. Schwarenberger, aus Neu-Trakehnen, jetzt Franziskastraße 16, 45131 Essen, am 24. Februar

Klein, Herta, geb. Zeranski, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, jetzt Wattstraße 7, 23566 Lübeck, am 26. Februar

Kratel, Edith, geb. Peter, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, jetzt Schwanenweg 1, 91220 Schnaittach, am 17. Februar

Langkau, Walter, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, jetzt Königsberger Straße 10, 36251 Bad Hersfeld, am 20. Februar

Lekies, Otto, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Gleinaer Straße 80, 01139 Dresden, am 20. Februar

Marche, Helga, geb. Prange, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, jetzt Göskenkamp 17, 49509 Recke, am 20. Februar

Mohr, Gertrud, geb. Stein, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode,

Vastorf, am 23. Februar

Wilzek, Irma, geb. Deben, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Goethestraße 30, 42499 Hückeswagen, am 25. Februar

Zeiner, Frieda, geb. Saborowski, aus Satticken, Kreis Treuburg, c/o Fam. Hirschmann, Hirschenzaun 29 b, 91126 Schwabach, am 21. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balczukat, Edith, geb. Eichholz, aus Memel, Große Sandstraße 8, jetzt Arnimer Straße 14b, 39576 Stendal, am 7. Februar

Buchholz, Traute, geb. Palkies, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Am Kahlen Lehn 9, 31303 Burgdorf, am 24. Februar

Chrzarnowski, Max, aus Neidenburg, Hindb.-Straße 49, jetzt W. Seelenbinder-Straße 25, 18069 Rostock, am 21. Februar

Derz, Lisbeth, geb. Goldbach, aus Horn/Bahnhof, Kreis Mohrungen, jetzt Kämpchenweg 66, 45468 Mühlheim, am 25. Februar

Dünnbier, Wolfgang, aus Ortelsburg, jetzt Schneidermühler Straße 43 A, 76139 Karlsruhe, am 22. Februar

Duscha, Max, aus Osterode, jetzt Diskaustraße 20, 04229 Leipzig, am 8. Februar

Behr, Grete, geb. Kristanaus, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Matthäuskirchstraße 46, 45355 Essen, am 26. Februar

Beyer, Kurt, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, jetzt Amehrberg 24, 37619 Bodenwerder, am 19. Februar

Fleitmann, Frieda, geb. Seller, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Thomas-Mann-Straße 2, 33719 Bielefeld, am 23. Februar

Haschke, Grete, aus Lyck, jetzt Wellington-Weg 3, 30163 Hannover, am 22. Februar

Herrmann, Karl, aus Bittkau, Kreis Treuburg und Wabbeln, Kreis Ebenrode, jetzt Saseler Redder 20, 24329 Grebin, am 22. Februar

Jührden, Margarete zu, geb. Schneidereit, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, jetzt Brokforster Weg 40, 26133 Oldenburg, am 23. Februar

jetzt Hesekielstraße 7 a, 39112 Magdeburg, am 18. Februar

Moschall, Elma, geb. Dauskardt, aus Sprosserweise, Kreis Elchniederung, jetzt Kellermannnsweg 64, 44795 Bochum, am 20. Februar

Noack, Martha, geb. Schwirblat, aus Rohre, Kreis Ebenrode, jetzt Hermannstraße 6, 66877 Ramstein-Miese, am 2. Februar

Raben, Erna, geb. Mertinat, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Friedhofstraße 6 b, 24937 Flensburg, am 24. Februar

Ragnitz, Otto, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt In der Blemke 11, 58840 Plettenberg, am 21. Februar

Reich, Lieselotte, geb. Albrecht, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, jetzt Mühlenberg 4, 25917 Leck, am 15. Februar

Rex, Hedwig, geb. Zacharzewski, aus Schiemanen, Kreis Neidenburg, Loh-Straße 25 b, 58553 Halver, am 26. Februar

Schrimpf, Hedwig, geb. Blumenstein, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Peiner Straße 40, 30519 Hannover, am 20. Februar

Staufenbiel, Hildegard, geb. Michalzik, aus Lissau, Kreis Lyck, jetzt Altjeßnitzer Straße 1, 06800 Jeßnitz, am 25. Februar

Ströhl, Gerhard, aus Wehlau, Freiheit, jetzt Lorentzenstraße 6, 23843 Bad Oldesloe, am 21. Februar

Tiedemann, Erna, geb. Schönwald, aus Lehmbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Andersenring 19, 23560 Lübeck, am 25. Februar

Wiechel, Erika, geb. Tietz, aus Konraden, Kreis Ortelsburg, jetzt Stange-Freerks-Straße 1, 21379

Eigenfeld, Hans, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, jetzt Dorfstraße 5, 26849 Filsum, am 23. Februar

Hellfritz, Erika, geb. Fischer, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, jetzt Wendekammer 4, 06679 Hohenmölsen, am 22. Februar

Hennig, Kuno, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Schubertstraße 37, 35452 Heuchelheim, am 19. Februar

Holfert, Martha, geb. Olschewski, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Gneisenaustraße 36, 99097 Erfurt, am 26. Februar

Hormel, Eva, geb. Annuß, aus Michelsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Weingartenstraße 23, 64546 Mörfelden-Walldorf, am 22. Februar

Junge, Irmgard, geb. Schulwitz, aus Neidenburg, jetzt Braukämperhof 17, 45899 Gelsenkirchen, am 22. Februar

Kähler, Horst, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Im Roggenkamp 5, 38304 Wolfenbüttel, am 25. Februar

Karig, Anni, geb. Nowohs, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Cauerstraße 5, 10587 Berlin, am 21. Februar

Karschau, Otto, aus Germau, Kreis Samland, jetzt Regerstraße 4, 78647 Trossingen, am 16. Februar

Kohtz, Günter, aus Lyck, jetzt Hofbachstraße 77, 57078 Siegen, am 22. Februar

Kunz, Bruno, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, jetzt Wilshornsfeld 15, 29229 Celle, am 21. Februar

Lange, Edith, geb. Kerbst, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Semmelweisstraße 13, 24537 Neumünster, am 26. Februar

Lepenies, Hans-Ulrich, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Am Rehbaum 78, 46282 Dorsten, am 23. Februar

Lobitz, Elfriede, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Bertolt-Brecht-Straße 12, 18106 Rostock, am 22. Februar

Lubitzki, Horst, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Siedlungsstraße 4, 32051 Herford, am 25. Februar

Milkereit, Kurt, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, jetzt Ostendorfstraße 19, 40239 Düsseldorf, am 20. Februar

Natusch, Margarete, geb. Sgries, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Händelstraße 33, 38440 Wolfsburg, am 23. Februar

Neunfinger, Erika, geb. Böhnke, aus Schönhöhe, Kreis Ortelsburg, jetzt Glockenspitz 415, 47809 Krefeld, am 26. Februar

Pasch, Ernst, aus Neidenburg, Töpferberg 3, jetzt Rethelstraße 55, 40237 Düsseldorf, am 20. Februar

Plickert, Hildegard, geb. Wendt, aus Ortelsburg, jetzt Kurvenstraße 28, 22043 Hamburg, am 22. Februar

Ragnitz, Erich, aus Griesen, Kreis Treuburg, jetzt Görlitzer Straße 4, 31246 Lahstedt-Oberg, am 25. Februar

Rattay, Willi, aus Auerswalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Krankenhausstraße 37, 41844 Wegberg, am 25. Februar

Schwarz, Ursula, geb. Heim, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, jetzt Frondsbergstraße 45, 72070 Tübingen, am 25. Februar

Sommer, Hildegard, geb. Lossau, aus Lyck, jetzt Dorfstraße 16, 23845 Bühnsdorf, am 20. Februar

Stolz, Alfred, aus Lyck, jetzt Poststraße 2, 17139 Malchin, am 23. Februar

Simmat, Gert, aus Lengfried, Kreis Ebenrode, jetzt Bünte 3, 21075 Hamburg, am 11. Februar

Strelski, Oskar, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt 252 Aest 63. RD. Ave Vancouver BC VX52J7, Canada

Thielert, Kurt, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Stinzingstraße 32, 91052 Erlangen, am 9. Februar

Trzaska, Otto, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Douaistraße 2 B, 45665 Recklinghausen, am 21. Februar

Walkenbach, Gertrud, geb. Thomzik, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, jetzt Ulmenstraße 1 F, 56070 Koblenz, am 21. Februar

Wilkens, Annemarie, geb. Grau, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, jetzt Scharnstedter Weg 55, 27637 Nordholz, am 10. Februar

Zander, Irmgard, geb. Kurbjuhn, aus Kreis Treuburg, jetzt Am Fürstenbrünnchen 25, 51429 Berg. Gladbach, am 22. Februar

Ostpr. Landesmuseum

Lüneburg – Dienstag, 21. Februar, 14.30 Uhr Führung „Goldene Gräber – Tiere im Bernstein“ in der Bernstein-Abteilung des Ostpreußischen Landesmuseums. Gezeigt werden Einschlüsse im Bernstein, ein Biologe stellt sich den Fragen der Besucher. Anschließend Kaffee und Gebäck (Eintritt 4 Euro). Kontakt: Telefon (0 41 31) 7 59 95.

Ostpreußen-Ferientreff

Seeboden – Sonnabend, 17. Juni bis Sonnabend, 24. Juni findet in Seeboden (Kärnten, Österreich) das 22. Ferientreffen der Ost- und Westpreußen sowie Pommern statt. Im Programm sind Tagesfahrten, Konzerte, Schiffsrundfahrten sowie Vorträge. Nähere Informationen bei Silvia Kabusch, Hauptplatz 1, A-9871 Seeboden, Telefon (00 43) 47 62-8 12 10.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 18. Februar, 15.15 Uhr, Arte: Die Gestapo. Doku

Sonnabend, 18. Februar, 17.15 Uhr, BR Alpha: Fernweh: Schlesien. Reisereportage

Sonntag, 19. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und neue Heimat. Magazin

Sonntag, 19. Februar, 18.30 Uhr, Deutschlandlied, Deutschlands Leid. Wie wir unsere Hymne singen. Doku

Montag, 20. Februar, 13.15 Uhr, 3sat: Wunder der Erde – Baltisches Gold. Bernstein-Doku

Dienstag, 21. Februar, 22.15 Uhr, NDR: Hitlers braune Bataillone. Geschichte der SA. Doku

Mittwoch, 22. Februar, 14.15 Uhr, HR: Wo in Polen Deutsche sind. Jugend-Doku

Donnerstag, 23. Februar, 22.15 Uhr, HR: Als die Deutschen weg waren (2). Doku

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 6 33 69 80

Schwenningen – Donnerstag, 9. März, 14.30 Uhr Seniorentreffen im Restaurant „Thessaloniki“. Es werden Frühlingsgeschichten aus Westpreußen und dem Baltikum vorgelesen.

Stuttgart – Dienstag, 7. März, 15 Uhr Monatsversammlung im Hotel „Wartburg“, Lange Straße 49. Es gibt einen interessanten Vortrag von Frau Sorg zum Thema „Der erste Atlantiküberflug von Ost nach West im Jahre 1928 mit dem Königsberger Ehrenfried Günther Freiherr von Hünefeld“. Kontakt: Helmut Urbat, Telefon (07 11) 72 35 80.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Amberg – Dienstag, 7. Februar, 14.30 Uhr Treffen im „Altstadthotel“, Batteriegasse 2 zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahl. Kontakt: Bruno Brückmann, Telefon (0 96 28) 3 37.

Bad Reichenhall – Beim heimatlichen Faschingsnachmittag begrüßte Max Richard Hoffmann als Ehrengäste Prof. Erhart Korkisch, Dr. Arndt Gerling, ein Ehepaar aus Westfalen und andere Gäste. Nach den Vereinsnachrichten gedachte Hoffmann der Geburtstage von Copernicus, Schopenhauer und des Todestages von Kant. Besonders muß immer die Vernichtung von Dresden vor 61 Jahren erwähnt werden, denn „Rächer sind Brüder der Mörder“, also nicht besser, so Hoffmann. Für die weitere Gestaltung des Heimatnachmittags brachte die zweite Vorsitzende Erika Gugg aus Berchtesgaden die ehemalige singende Wirtin Marita mit, eine Stimmungskanone. Ob Zitter oder Gitarre, beides beherrscht sie gekonnt, ob solo oder als Begleitung. Nach bekannten Melodien auf der Zitter spielte sie zum Tanz. Ein Höhepunkt: „Der Verführungswalzer“ von Paul Lincke, temperamentvoll vorgetragen von Erika Gugg. Danach folgten Schlager sowie Wiener Lieder, ausgezeichnet dargeboten von Marita. Bei der singenden Wirtin als Berchtesgaden durften Jodler nicht fehlen. Ihre kräftige, volle Stimme füllte den Raum voll aus. Mit „Sag beim Abschied leise Servus“ klang der besinnlich-heitere Nachmittag aus.

Erlangen – Donnerstag, 9. März, 18 Uhr Treffen im Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20 zum Dia-Vortrag von Prof. P. Bungartzi über seine Reise in die Kaschubei, Hinterpommern und bis Danzig.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 3. März, 14 Uhr Treffen der Gruppe und Jahreshauptversammlung im „Wirtshaus auf der Lände“.

Landshut – Kürzlich fand die Jahreshauptversammlung im Gasthof „zur Insel“ statt. Die Vorsitzende Ingrid Leinhäupl begrüßte die zahlreichen Mitglieder, die trotz Glatteises und starken Schneetreibens gekommen waren. Die Witterungsumstände ließen allerdings nicht zu, daß der Landesvorsitzende Böll Landshut erreichte. Ingrid Leinhäupl begann mit einem Rückblick auf die Veranstaltungen 2005 wie Hummel-Museum, Neuwahlen, Insel Mainau, kulturelle Vorträge, Herbstausflug Schliersee, Spitzingsee und Rotwand, Gedenken der verstorbenen Landsleute am Haupt- und Nordfriedhof durch Niederlegen von Rosen auf die Gräber, Besuch einer Holzschnitzerei in Loiching, Christkindlmarkt auf dem Blumenhof und die Weihnachtsfeier. Besonders ging sie dabei ein auf das Deutschlandtreffen in Berlin und den Tag der Heimat in Straubing. Dann bedankte sich die Vorsitzende bei allen Mitgliedern für deren Anregungen und Unterstützung. Schließlich stellte sie die Veranstaltungen in diesem Jahr unter den Leitsatz „Kultur pflegen und Kontakte zur Heimat erhalten“.

München – Sonnabend, 4. März, 14.30 Uhr Treffen im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München zur gemeinsamen Kaffeetafel und Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen. Anschließend zeigt Hansjürgen Kudczinski Dias von der mehrtägigen Reise nach Berlin zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen und der Tagesfahrt nach Straubing zur Teilnahme am dortigen Tag der Heimat.

Starnberg – Mittwoch, 8. März, 15 Uhr Jahreshauptversammlung im „Café Prinzeß“ im „Bayerischen Hof“. Anschließend gemeinsames Fischessen. Kontakt: Arnold Birk, Telefon (0 81 51) 74 44 58.

Weiden – Sonntag, 5. März, 14.30 Uhr Jahreshauptversammlung im „Heimgarten“. – Zu einer lustigen Versammlung in der Gaststätte „Heimgarten“ begrüßte der 1. Vorsitzende Hans Poweleit eine große Schar von Mitgliedern und Gästen, darunter auch die Vorsitzende des Seniorenkreises Kreuz Christi, Ilse Stark, die ein Grußwort sprach. Poweleit begrüßte außerdem zwei Neumitglieder. Anschließend gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald den im Februar geborenen Mitgliedern. Im Anschluß spielten der 2. Vorsitzende Norbert Uschald und seine Frau Anita heitere Stimmungslieder, die die Anwesenden teilweise gesanglich und musikalisch begleiteten. Uschald berichtete von der Tradition der Faschingskrapfen und gab ein Faschingsgedicht zum besten. Die Kulturwartin Renate Poweleit trug ein Gedicht über die „Wehwehchen“ im Alter vor und Ingrid Uschald erheiterte mit einem selbstgeschriebenen Gedicht die Landsleute.



BRANDENBURG

Landesvorsitzender: Horst Haut, Oranienburger Chaussee 7, 16515 Schmachtenhagen, Tel. und Fax (0 33 01) 80 35 27. Ehrenvorsitzender: Georg Vögerl, Buggestraße 6, 12163 Berlin, Tel. (0 30) 8 21 20 96, Fax (0 30) 8 21 20 99

Brandenburg – Dienstag, 28. Februar, 14 Uhr traditionelles Kappenfest mit ostpreußischen Motiven in der Kurstraße 17. Kontakt: Telefon (0 33 01) 80 35 27.

Oranienburg – Seit dem Frühsommer 1990 besteht der Kreisverband des BdV im damaligen Kreis Oranienburg. Zunächst als „Umsiedler Bund“ gegründet, ab April 1991 in „Bund der Vertriebenen umbenannt“. Dies hatte viele Gründe. Wie schwer es auch heute ist, unter diesem Namen die Gleichstellung der Vertriebenen in den alten und neuen Bundesländern durchzusetzen, beweisen die vergangenen Jahre. Es zeigt sich bis heute, daß das Thema Vertreibung von verschiedenen Politikern nach wie vor als tabu angesehen wird. Die Zusammenarbeit zwischen BdV und der Stadt Oranienburg verbesserte sich in den Jahren. So stellte die Stadtverwaltung mehrmals verschiedene Räume als Geschäftszimmer zur Verfügung – im BdV-Kreisverband haben sich die Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern, Weichsel / Warthe, Schlesien und Sudetendeutsche gebildet. Durch den großen Zulauf von Vertriebenen war dieser Schritt notwendig geworden. Die Interessen der Mitglieder konnten nun besser koordiniert werden. Vorsitzende der Ostpreußen war 1990 Frau Schories. Aus gesundheitlichen Gründen übergab sie bald den Vorsitz an Horst Haut. Die Satzung orientiert sich an der der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. mit Sitz in Hamburg. Diese wurde 1948 gegründet und ist eine Dachorganisation mit 16 Landesgruppen und 39 Heimatkreisgemeinschaften. Es gibt eine Landesgruppe Brandenburg. Die Oranienburger Gruppe ist die Kreisgruppe Oberhavel e.V. Sie konnte seit dem 18. September 1994 Gemeinnützigkeit nachweisen und darf sich bis heute Landsmannschaft Ostpreußen e.V. nennen. Die Gruppe besteht aus 85 Mitgliedern: eines in der Altergruppe bis 50 Jahre, zehn bis 65 Jahre, die anderen darüber. Das älteste Mitglied, Frau Zunker, ist 92 Jahre alt. Die Gruppe betreut weiter 62 Ostbrandenburger Vertriebene, die Mitglieder in der Landsmannschaft Ostbrandenburg e.V. in Berlin sind. Aufgrund der Entfernung nehmen die Landsleute gern im Kreis Oberhavel an Veranstaltungen teil. Die Frühlings-, Herbst- und Weihnachtsfeste sind immer gut bis sehr gut besucht. Mit voll besetzten Bussen fährt die Gruppe ins Blaue, Frauennachmittage werden gern angenommen und der Höhepunkt ist jedes Jahr das große Ostpreußentreffen. Wir bewahren Kultur, Sprache und Landeskunde. Im Regine-Hildebrand-Haus, Oranienburg, Sachsenhausener Str. 1 trifft sich jeden zweiten Donnerstag im Monat der Vorstand. Jeden ersten und dritten Donnerstag, 9 bis 12 Uhr, finden Sprechstunden im Regine-Hildebrand-Haus statt. Alle, die sich Ostpreußen und seiner Geschichte besonders verbunden fühlen, sind bei uns herzlich willkommen. Die Ostpreußen wurden 1945 in der großen Mehrzahl unter Bruch des Völkerrechts und Verletzung der Menschenrechte von ihrer angestammten Heimat getrennt. Sie leiden noch heute darunter. Wer seine Heimat liebt, ist noch lange kein Revanchist! Kontakt: Landesvorsitz (s.o.); Stellvertreter: Otto Steinbacher, 16562 Bergfelde, Hertastr. 11, Telefon (0 33 03) 40 91 06; Frauen: Eva Haut, (s.o.); Ostbrandenburger: Ingrid Epler, 16515 Oranienburg, R.–Koch-Str. 39, Telefon (0 33 01) 70 17 25.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 44 49 93, Mobiltel. (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Tel./Fax. (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Freitag, 17. März, 15 Uhr Jahreshauptversammlung der Landesgruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 1 (S-Bahn Stadthausbrücke). Alle Bezirksgruppen- und Heimatkreisgruppenleiter mit ihren Delegierten sind herzlich eingeladen.

HEIMATKREISGRUPPEN

Elchniederung – Mittwoch, 15. März, 15 Uhr Kulturnachmittag in den „ETV-Stuben“, Bundesstr. 96, Ecke Hohe Weide, Eimsbüttel (U-Bahn Christuskirche). Mit Rückblick auf das letzte Jahr und Entlastung des Kassenwarts. Wir möchten mit Musik, frohen Liedern und ein paar Vorträgen der Heimat gedenken und schon den Frühling begrüßen. Der Eintritt ist frei, Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Ruth Rehn (0 40) 7 50 97 47.

Gumbinnen – 5. Gumbinner Heimattreffen „im Norddeutschen Raum: Es sind nun einige Monate vergangen, seit die Norddeutschen Gumbinner im Hotel Tomfort in Hamburg ihr Heimattreffen feierten. Schon im Vorfeld hörte man begeisterte Stimmen von Landsleuten, die sich auf dieses Treffen freuten. Als es soweit war, trafen sich Landsleute nicht nur aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen, sondern auch aus anderen Teilen Ostpreußens zum heimatlichen Beisammensein. Von fleißigen Händen war der Saal mit Fahnen und Bildern der Heimat geschmückt, wobei hier einmal der Einsatz von Harald Tank und Dieter Dziobaka mit Ihrer Ausstellung über die Tätigkeit der Vereinigung der ehemaligen Angehörigen der Friedrichschule und Cecilien-

Ein echter Kenner

Zum Tod von Friedrich Borchert

Er kannte sich in der Geschichte Ostpreußens aus wie kaum ein anderer. Und er konnte anschaulich davon erzählen. Friedrich Borchert, in der Redaktion des *Ostpreußenblatts* nur als der „Burgen-Borchert“ bekannt, ist am 2. Februar in Stade nach kurzer schwerer Krankheit gestorben.

Wenn man ihn reden hörte, dann meinte man, mit einem waschechten Ostpreußen zu sprechen. Borchert aber erblickte am 30. Juli 1925 in Berlin das Licht der Welt. Erst im Alter von zehn Jahren wurde er nach Ostpreußen verpflanzt, genauer gesagt nach Königsberg, wo sein Vater beim Eichamt arbeitete. Friedrich Borchert besuchte die Burgschule und wurde nach dem Arbeitsdienst zur Marine eingezogen. Bei den Kämpfen im Zweiten Weltkrieg wurde er schwer verwundet. Doch Borchert ließ sich nicht unterkriegen. Er fand eine Anstellung bei der Bundesbahn und arbeitete lange Jahre in Frankfurt am Main.

Foto: privat

Viele Reisen führten Borchert durch die Welt, nach Kenia, in die USA und nach Skandinavien. Der Aufenthalt im eigenen Häuschen in Osttirol lieferte die notwendige Entspannung. Seine Leidenschaft aber galt Ostpreußen, der liebgewordenen Heimat. Immer wieder reiste Borchert mit seiner aus Königsberg stammenden Frau ins südliche Ostpreußen, wo sie gemeinsam den Spuren der Ordensritter nachgingen. Es entstanden Artikel über die Wehrbauten des Deutschen Ordens und über die Hochmeister für *Das Ostpreußenblatt* und zwei Bücher: „Burgenland Preußen“ und „Burgen Städte Deutsches Land“. Doch auch zu den jetzt dort lebenden Menschen bauten sie Kontakte auf und halfen bedürftigen Deutschen im Raum Allenstein.

Mit Friedrich Borchert ist wieder einer der unersetzbaren Wissensträger von uns gegangen. Mit seinen Büchern und Artikeln hat er sich selbst ein Denkmal gesetzt.

os

schule Gumbinnen e.V. erwähnt werden sollte. Die Vorsitzende der Kreisgruppe Gumbinnen, Mathilde Rau, hieß die zahlreich erschienenen Teilnehmer herzlich willkommen. Zeigt sich doch weiterhin das wachsende Interesse an dieser beliebten Veranstaltung. Organisator Günter Schattling hatte mit sehr viel freudigem Einsatz ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt. Der Ehrenvorsitzende des Salzburger Vereins e.V., Gerd Obersteller, eröffnete das Programm mit seinem Bericht über die Salzburger. In seinem sehr aufschlußreichen Vortrag berichtete Gerd Obersteller ausführlich über die Vertreibung der Salzburger in den Jahren 1731 /32. Das vom 1. Vorsitzenden der ehemaligen Friedrichsschüler, Harald Tank, aufgehängte Wandbild, eine Nachbildung des Wandgemäldes von Otto Heichert, das sich in der Aula der Friedrichschule in Gumbinnen befand, fügte sich sehr gut in den Vortragsrahmen von Gerd Obersteller. Nach der Mittagspause betrat dann einer der beiden Musikclowns, Heinz Grawitter, unter lautem Beifall die Bühne. Mit einer flotten, auf seinem Duddel gespielten Polka eröffnete er den nächsten Programmpunkt. Günter Schattling, mit seinem Duddel unterm Arm irrte noch derweil etwas schusselig und drollig durch den Saal und suchte wohl seinen Partner. Beide fanden dann doch zusammen und spielten bei kräftigem Mitsingen der Besucher flotte Weisen und auch einige tiefsinnige Heimatlieder. Nach einigen Zugaben wurden beide unter großem Beifall verabschiedet. Die aus Ostpreußen stammende Schriftstellerin Ruth Geede zog die Zuhörer durch Vorlesungen aus ihren überwiegend heiter und besinnlichen Geschichten in ihren Bann. Es ist immer wieder bewundernswert, wie Ruth Geede mit ihrer Vortragskunst die Besucher zum Zuhören fesselt. „Horch was kommt von draußen rein", erklang das Lied plötzlich aus dem Nebensaal und unter Beifall betrat der beliebte LAB Chor Fuhlsbüttel unter Leitung des Gumbinners Dieter Dziobaka den Saal. Das Spatzenkonzert auf der Flöte von drei Damen aus dem Chor gespielt, begeisterte das Publikum. Hier zeigte sich die engagierte Einstudierung durch Chorleiter Dieter Dziobaka. So klang der schöne Heimattag aus. Die Besucher freuen sich schon auf den nächsten Heimattag im Hotel Tomfort in Hamburg am 30. September 2006 zum 6. Mal im Norddeutschen Raum.

Insterburg – Freitag, 3. März, 14.30 Uhr Treffen der Gruppe zum Frühlingsanfang mit gemütlichem Beisammensein und Schabbern in der „Postkutsche", Horner Landstraße 208. Kontakt: Manfred Samel, Telefon (0 40) 58 75 85.

Königsberg – Mittwoch, 1. März, 14.30 Uhr Treffen im Alex (Alsterpavillon, Jungfernstieg) zum Klops-Essen / Kaffeetafel. Gastredner: Ehepaar Wolfram. Diese berichten aus ihrer Zeit in Königberg in den 90er Jahren als Pastor der ev.-luth. Gemeinde, Luise Wolfram liest aus ihrem Buch über diese Jahre. Gäste sind willkommen. Anmeldungen bitte schriftlich unter Angabe ob Teilnahme am Klops-Essen bis 24. Februar an Ursula Zimmermann, Klärchenstr. 21, 22299 Hamburg.

Osterrode – Sonnabend, 25. Februar, 15 Uhr Einladung zum Kappenfest im Restaurant „Krohn", Hamburg, Fuhlsbüttler Str. 757. Das Lokal liegt am U- und S-Bahnhof Ohlsdorf, die Buslinie 172 hält direkt vor dem Lokal. Bei Musik und Gesang wollen wir gemeinsam in froher Runde in den Karneval schunkeln. Kappen bitte mitbringen. Das Kaffeegedeck kostet sechs Euro, der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Günter Stanke, Telefon (0 41 09) 90 14.

Sensburg – Sonntag, 5. März, 15 Uhr Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Anregungen und Bedenken zu richten an Kurt Budszuhn, Friedenstraße 70, 25421 Pinneberg, Telefon (0 41 01) 7 27 67.

Ansichtssache



Foto: Archiv

Zwischen dem Kurischen Haff und dem Großen Friedrichsgraben: Die Kirche in Juwendt 1937 (ab 1938 Möwenort), Gemeinde Ludendorff. Die Kirche wurde nach dem Zweiten Weltkrieg als Lagerraum für Netze genutzt. Ende der 50er Jahre wurde sie abgerissen.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 7. März, 15 Uhr Treffen im Restaurant „Für'n Appel und 'n Ei", Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 27. Februar, 15 Uhr Heimatnachmittag im Lokal „Waldquelle", Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Die Gruppe feiert Fasching.

SALZBURGER VEREIN

Sonnabend, 18. Februar, 13 Uhr treffen sich Mitglieder und Gäste im Hotel „St. Raphael" in Hamburg, Adenauerallee 41, zwischen Hauptbahnhof und Bahnhof Berliner Tor. Die Salzburger informieren über ihre Vereinsjahrestreffen in Leogang und hören einen Vortrag von Elimar Labusch aus Lüneburg: „Der Elch – das heimliche Wappentier Ostpreußens". Kontakt: Gerd Obersteller, Telefon (0 40) 7 20 15 57.



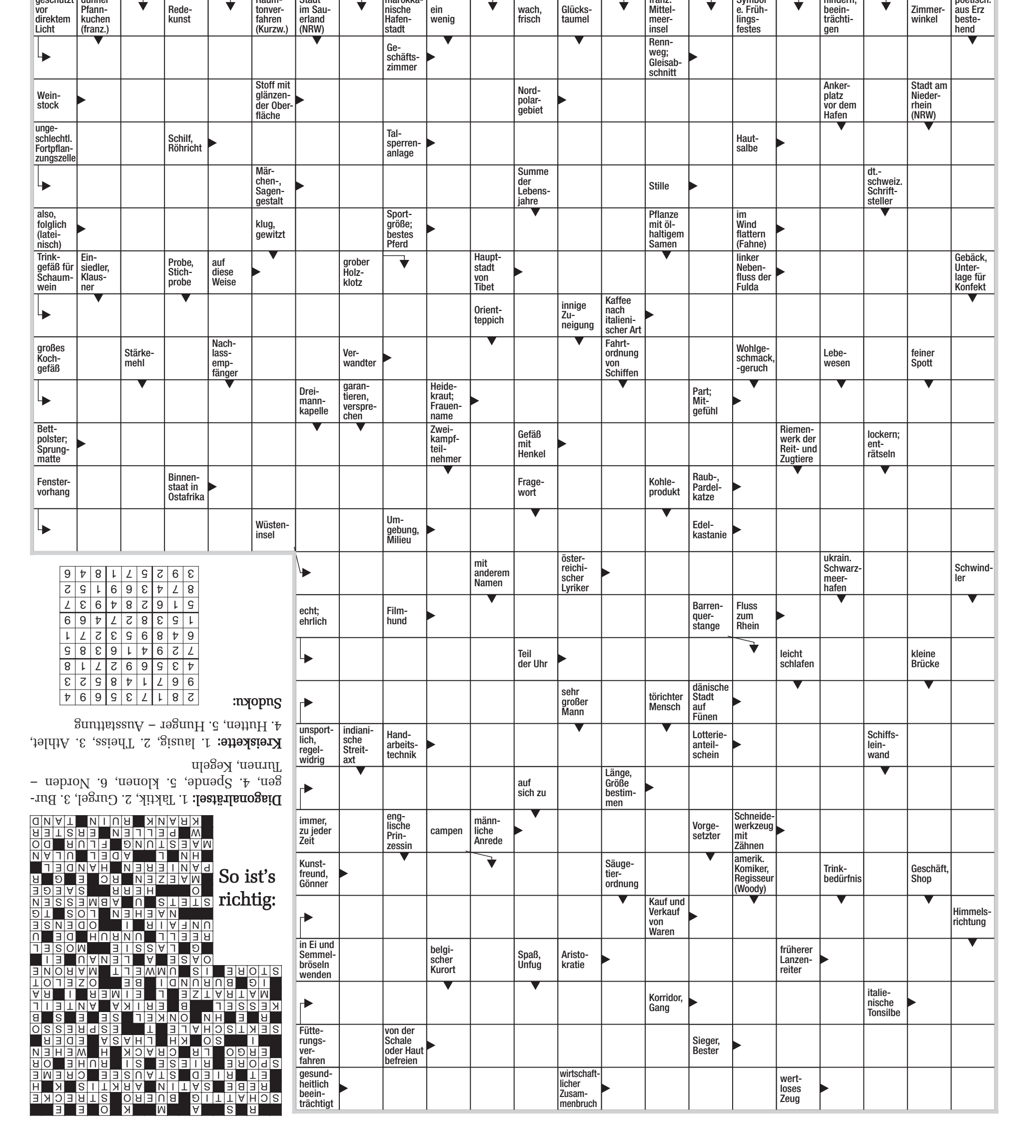
HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

LANDESGRUPPE

Landeskulturtage 2005 in Wiesbaden – Dr. Alexander Jehn eröffnete am Sonnabend die Kulturtage der Landesgruppe mit dem Vortrag „Flucht und Vertreibung in Schulunterricht". Dr. Jehn ist Leiter des Ministerbüros am Hessischen Kultusministerium und aufgrund seiner Wurzeln im Hugenottischen, Oberschlesischen sowie Sudetenland für das Thema prädestiniert. Laut Jehn ruft das Thema Vertreibung heute bei vielen jungen Menschen großes Interesse hervor. Der Bedarf an Aufarbeitung der Vergangenheit sei nach wie vor hoch, besonders in den neuen Bundesländern, wo das Thema jahrzehntelang nicht angesprochen werden durfte. In Hessen wird die Thematik im Rahmen der Folgen des Nationalsozialismus im Schulunterricht behandelt. Die Schüler sollen erkennen, daß Umsiedlungen und Vertreibungen zur Lösung von Konflikten Irrwege sind. Zur Unterstützung der Lehrkräfte hat das hessische Kultusministerium je zwei CD-Rom „Gegen das Vergessen – die große Flucht" den Schulen zur Verfügung gestellt. Außerdem wird eine Handreichung für den Unterricht zu „Flucht und Vertreibung" erarbeitet. In Zusammenarbeitung mit den Vertriebenenverbänden ist eine Broschüre entwickelt worden, die Sachtexte, Quellen- und Bildmaterial, sowie didaktische Hinweise für Lehrkräfte enthält. Die Materialien sollen helfen mögliche Lücken zu schließen, die viele Schulbücher in Bezug auf diese Zeit haben. Anschließend referierte Dr. Hans-Werner Rautenberg über „750 Jahre Königsberg". Am Nachmittag trafen sich die Leiterinnen der hessischen Frauengruppen der Ostpreußen mit Lan-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Sudoku

Erraten Sie das japanische Zahlenspiel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes 3 x 3-Quadrat die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.

	8			3			9	
9			1		8			3
		5	6		2	7		
	2	9	4			3	8	
6								1
	5	3			7	4	6	
		6	2		4	9		
8			3		9			2
	9			7			4	

Diagonalrätsel

1
2
3
4
5
6

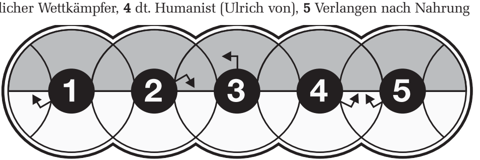
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Sportarten.

1 kluge Berechnung, **2** Kehle, **3** Festungen im Mittelalter, **4** Gabe, Schenkung, **5** Lebewesen genetisch kopieren, **6** Himmelsrichtung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Ausrüstung, Inneneinrichtung.

1 schlecht, unangenehm (ugs.), **2** längster Nebenfluss der Donau, **3** sportlicher Wettkämpfer, **4** dt. Humanist (Ulrich von), **5** Verlangen nach Nahrung



desfrauenreferentin Karla Weyland. Die Damen berichteten von Ihrer Arbeit. Die im Vorjahr angedachte Verkaufsveranstaltung wurde dank tatkräftiger Mithilfe einiger Frauengruppen mit großem Erfolg durchgeführt. Karla Weyland bedankte sich für die gute Zusammenarbeit Mit dem Referat „Die Vertreibung der Ostdeutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges aus völkerrechtlicher Sicht" setzte Dr. De Buy die Vortragsreihe fort. Er führte aus: Wenn die Vertreibung der Deutschen als Preis für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges durch die Deutschen angesehen würde, geschehe dies aus sehr verkürzter Sicht der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges. Als zweiten Vortrag, verbunden mit einer entsprechenden Ausstellung, hörten und sahen die Tagungsteilnehmer von Charlotte Kaufmann den Vortrag zur Ausstellung „Bernstein – Schatz in Blauer Erde". Landsmann Schetat dankte ihr und begleitete den Vortrag mit passenden Dias. In ihrem Referat berichtet Charlotte Kaufmann über ihre Erlebnisse mit Bernstein in ihrer Heimat Elbing 1937 bis 1945. Ihre Eltern retteten 1945 nichts als das, was sie am Körper trugen. Am Abend hielt Lothar Hoffmann einen Dia-Vortrag zum Thema „Mit Pferd und Postkutsche nach Danzig". Er behandelte dabei einen Bericht Daniel Chodowieckis über eine Reise von Berlin nach Danzig im Jahre 1773. Zum Abschluß seines Vortrages zeigte und erläuterte Hoffmann sechs Dias von Frau von Schaewen-Scheffler von Danzig. Nach Einführung von Dietmar Strauß hielt am Sonntagmorgen Pfarrer Klaus Plorin sein Referat „Erlebnisse in Königsberg bis 1947". Den Vortrag seiner eigenen Erlebnisse ordnete er fünf Themenkreisen unter: 1) Zerstörung, 2) Hunger, Seuchen, Tod, 3) Kultur, 4) Russen, 5) Auswanderung. Als am 17. Juni 1945 der damals achtjährige Klaus Plorin mit seiner Mutter und seinem jüngeren Bruder wieder nach Königsberg kam, war die Zerstörung schlimmer, als sie sich es vorgestellt hatten. Wo einst das Elternhaus stand, war nur ein tiefer Krater, somit auch keine Nachricht vom Vater mit Kreide angeschrieben. Im Frühjahr 1947 standen die drei Plorins endlich vor dem russischen „Auswanderungsbüro" nach Deutschland Als alle im oben offenen Waggon die russisch-polnische Grenze überquerten, hatten sie das Gefühl der Hölle entronnen zu sein, und sangen (teilweise weinend) „Nun danket alle Gott". Als letzten Vortrag hörten die Teilnehmer von Dr. Horst Gerlach „1945 – Militärische Operationen in Ost- und Westpreußen, Evakuierung, Flucht, Vertreibung". In der Zusammenfassung dankte Margot Noll den Referenten und Zuhörern für ihre Beiträge zur gelungenen Veranstaltung und teilte den Termin für die nächste Kulturtagung mit: 13. bis 15. Oktober dieses Jahres. Sie dankte ausdrücklich den Landsleuten Schetat und Kutz sowie den vielen freiwilligen Helfern. Karla Weyland überreichte Schatzmeister Kutz den Erlös von Ausstellung und Verkauf der ostdeutschen Handarbeiten der Frauengruppen. Zuletzt überreichte Dietmar Strauß im Namen der Teilnehmer der Kulturtagung mehreren Mitgliedern des Vorstandes kleine Geschenke als Dank für ihre Arbeit.

Erbach – Sonnabend, 18. Februar, 14.30 Uhr Monatstreffen in Erbach im „Vereinshaus", Jahnstr. 32. Es werden Kaffee und Kräppel gereicht. Unser Thema: Dietrich Schiweck wird uns an dem Tage einen Bilderbericht machen über seinen Urlaub im Sommer 2005 in Ostpreußen. Kontakt: Gabriele Fischer, Telefon (0 60 61) 22 11.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe. Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Tel. (0 51 36) 43 84

Osnabrück – Zur Jahreshauptversammlung kamen zahlreiche Mitglieder und Gäste, die vom Vorsitzenden Alfred Sell herzlich begrüßt wurden. Zunächst gedachte der stellv. Vorsitzende Gerhard Reihs der Mitglieder, die im Zeitraum Februar 2005 bis Januar 2006 verstorben sind. Für Treue zur Heimat erhielten Rosemarie Kleine, Helga Kühn, Carla und Joachim Marquardt sowie Margarete und Herbert Penner eine Treueurkunde. Dazu führte Sell aus, daß der Verein nur durch die Treue seiner Mitglieder Bestand habe. Anschließend berichteten die Mitglieder des Vorstandes über ihre Aufgaben. Dem Schatzmeister Heinz Bruweleit konnte für ordnungsgemäße Kassenführung Entlastung erteilt werden. Frauenreferentin Marianne Regier berichtete über die Treffen der Frauengruppe, die einmal im Monat stattfinden. Themen waren die Feiern zum 750. Stadtjubiläum Königsbergs sowie das Gedenken an Flucht und Vertreibung. Kulturreferentin Gertrud Franke gab einen Überblick über die Veranstaltungen 2005. In ihrem Bericht wies sie darauf hin, daß der Kreis der Erlebnisgeneration immer kleiner werde und man daher unermüdlich Kultur- und Liedgut, Sitten und Bräuche pflegen müsse, um sie an folgende Generationen weiterzugeben. Allen, die am Jahresprogramm 2005 mitgewirkt haben, sprach Gertrud Franke ihren Dank aus. Besonderer Dank galt Adelheid und Wilhelm Holtmann, die seit Jahren sehr erfolgreich den Literaturkreis leiten. Die Referentin für Presse, Freizeit und Hobby, Barbara Kleine, berichtete kurz über ihre Arbeit und die Aktivitäten des Kegelclubs „Marjellchen und Lorbasse". Ergebnis der Vorstandswahlen: Heinz Bruweleit (Schatzmeister), Gertrud Franke (Kultur), Marianne Regier (Frauen) und Gertrud Reihs (stellv. Vorsitzende); Kassenprüfer: Ewald Kleine, Ilse Knöschke und Peter Reimer. Nach Ost- und Westpreußenlied fand das traditionelle Grützwurstessen statt, das wieder allen sehr gut mundete.



NORDRHEIN-WESTFALEN

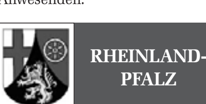
Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Donnerstag, 2. März, 15 Uhr Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Gevelsberg – Sonnabend, 18. Februar, 17 Uhr Karnevals-Kostümabend mit Musik, Tanz und Vorträgen in der Gaststätte „Keglerheim", Hagenerstraße 78. Gäste sind herzlich willkommen. Am 1. Juni macht die Gruppe einen Tagesausflug mit dem Bus in das Sauerland. Informationen und Anmeldungen am Heimatabend. Kontakt: Emil Nagel, Telefon (0 23 32) 8 09 98.

Köln – Dienstag, 7. März, Heimatnachmittag im Kolpinghaus in Köln St. Apern, Helenenstr. 32. Im Hauptprogramm hat die Gruppe einen Bericht von einem Wolfskind (Frau Friedensstab). Im Februar gab es ein Nachmittagstreffen mit Fasching auf ostpreußisch mit Landsmann Chaymowski und mit vielen Heimatklängen mit dem Duo Brenner. Es war sehr humoristisch und die Stunden vergingen wie im Fluge. – Vorankündigung: Freitag, 21. April, 18.30 Uhr V. Preußische Tafelrunde. Thema ist Bismarcks Frankreichpolitik, vorgetragen von Prof. Dr. Dr. h.c. Malettke aus Marburg. Es gibt Mozartmusik am Flügel. Essen auf eigene Rechnung. Anmeldung bei Landsmann Taruttis, Telefon (02 21) 79 16 16.

Neuss – Die Jahreshauptversammlung der Gruppe Neuss fand am 5. Februar erstmalig im Marienhaus auf der Neusser Kapitelstraße statt. Nach dem gemeinsamen Lied „Land der dunklen Wälder" wurde in einer Schweigeminute der Toten der Gruppe gedacht und derer, die durch Vertreibung, Flucht, Krieg, Naturkatastrophen oder Konstruktionsmängel ihr Leben verloren haben. Die Begrüßung durch den Vorsitzenden Peter Pott erreichte unter anderem die Ehrenmitglieder, den Vorsitzenden des Eifelvereins und den Vorsitzenden der KG Rößel. Nach der Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung wurden im ausführlichen Jahresbericht die 19 Veranstaltungen des vergangenen Jahres genannt, wobei die Busreise nach Ostpreußen, der Liedernachmittag und der Tag der Heimat als Highlights herausgehoben wurden. 168 Mitglieder wurden als aktueller Bestand genannt. Der Kassenbericht erbrachte schwarze Zahlen, die durch die Kassenprüfer bestätigt wurden. Die Neuwahl eines Kassenprüfers fiel einstimmig auf Klaus Danneberg. Agathe Skirlo ist nunmehr neue Vorsitzende der Frauengruppe der Gruppe, Stellvertreterin ist Inge Sandt. Bei dem anschließenden geselligen Beisammensein mit dem traditionellen Grützwurstessen bezauberten Ecardo und Christine in einer Zauberdarbietung die zahlreichen Anwesenden.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Mainz – Sonnabend, 4. März, 14.30 Uhr Heimatnachmittag im Blindenzentrum, Untere Zahlbacher Str. 68. Landsmann Zachau zeigt Fotos von der Busreise nach Ostpreußen, die im September 2005 stattfand und berichtet darüber, anschließend Königsberger-Klopse-Essen. Kontakt: Johannes Freitag, Telefon (0 61 31) 33 13 47.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Dessau – Montag, 6. März, 14.30 Uhr Singegruppe in der „Begegnungsstätte Heinz Rühmann", Dessau.

Magdeburg – Zum Auftakt der diesjährigen Vereinsarbeit fand am 5. Februar die Wahlversammlung statt. Der Einladung des Vorstandes waren 72 Landsleute gefolgt. Von besonderer Bedeutung waren nach zweijähriger Legislaturperiode der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden, der Revisionskommission, der Schatzmeisterin und die Neuwahl des Vorstandes. Nach der Begrüßung durch Landsmann Trimkowski sowie gemeinsamen Liedern hatte der Chor wiederum die Umrahmung übernommen. Nach der Bekanntgabe der Tagesordnung, Ehrung der Geburtstagsjubilare sowie Informationen trat die Gruppe in eine Pause, in der die Mitgliedsbeiträge entrichtet werden konnten. Im zweiten Teil der Tagesordnung erfolgte die Wahl des Vorstandes und die Rechenschaftslegung mit anschließender Aussprache. Bereits auf der vorausgegangenen Vorstandssitzung hatten sich schon die bisherigen Mitglieder zur Kandidatur bekannt. Der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden hatte sehr viel Interessantes zum Inhalt. So waren seine Ausführungen zur Vereinsgründung vor 15 Jahren bis zum heutigen Tag äußerst bedeutungsvoll. Der Bericht war voll und ganz auf die geleistete kulturpolitische Arbeit der letzten zwei Jahre ausgerichtet. Die Mitglieder stimmten dem Bericht voll zu. Revisionskommission und Schatzmeister legten ebenfalls Rechenschaft ab und bestätigten eine vernünftige und solide Finanzpolitik. Die bisherige Arbeit der Vorstandsmitglieder wurde mit Darlegungen des Vorsitzenden und Überreichung von Blumen gewürdigt. Edith Baumgarten als Gruppenleiterin der Stickerchen sprach anerkennende Worte über die Verdienste des Vorsitzenden. Höhepunkt der Versammlung war die Vorstandswahl. Durch anhaltenden Beifall hatte die Versammlung den bisherigen Vorstand im Amt bestätigt. Der Wahlleiter bestätigte Einstimmigkeit. Der Vorstand: 1. Bruno Trimkowski (Vorsitzender), 2. Hans Lenkeit (Stellvertreter), 3. Waltraut Maluck (Schatzmeisterin), 4. Edith Baumgarten, 5. Werner Schüler (Schriftführer). Die bisherige Verantwortliche für besondere Aufgaben, Ingrid Ambrassat, hatte aufgrund ernsthafter Erkrankung um Verabschiedung gebeten. Auch ihre Mitarbeit wurde angemessen gewürdigt, die Funktion nicht mehr besetzt. Nach Ende des offiziellen Teils kam karnevalistische Stimmung auf. Der Chor trug lustige Lieder vor. Die Landsleute hatten Zeit zum Plachandern. Fröhlich klang der Nachmittag aus, die Betreuung durch das Gaststättenpersonal trug wesentlich zum Gelingen bei. Kontakt: Bruno Trimkowski, Telefon (03 91) 7 33 11 29.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Neumünster – Mittwoch, 8. März, 15 Uhr Treffen im „Restaurant am Kantplatz". Egon Wriedt hält einen interessanten Vortrag über Leben und Wirken von Caspar von Saldern. – Beim traditionellen Königsberger-Klops-Essen begrüßte die 1. Vorsitzende Brigitte Profé die vielen Teilnehmer in der Stadthalle und erfreute alle mit einem ihrer Gedichte. Die Geburtstagskinder wurden mit Ständchen bedacht. Die Königsberger Klopse waren den Köchen sehr gelungen. Es schmeckte allen hervorragend. Traute Weber versorgte die sangesfreudigen Ostpreußen mit Liedtexten und Nora Kawlath begleitete den Gesang auf dem Akkordeon. Besinnliche und heitere Vorträge, vorgetragen von Nora Kawlath, Hildegard Podzuhn, Brigitte Profé, Friedhelm Pohlmann, Gerd Höpfner und Landsmann Rudat, sorgten für Heiterkeit. Gegen 20.30 Uhr endete der vergnügte Abend.

Schwarzenbek – Freitag, 24. Februar, 18 Uhr traditionelles Wurstessen in „Schröders Hotel". Zur Wahl stehen ostpreußische Wurstplatte oder Frikassee (11 Euro / Person). Anmeldungen bis 20. Februar unter Telefon (0 41 51) 26 14 oder (0 41 51) 8 11 08. Weiter im Programm: ein Vortrag von Prof. Dr. Siegfried Werner „Erinnerungen an preußische Mundarten". Weiteres freiwilliges Vortragen ist erwünscht. Bitte kommen Sie recht zahlreich. Freunde sind herzlich willkommen.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-W. Sadowski. Geschäftsst. und Archiv: Bärbel Lehmann, Tel. (0 42 61) 80 14, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg

Goldene Konfirmation – In der evangelischen Kirche in Lötzen wird am 4. Juli die goldene Konfirmation gefeiert. Die Feier wird gemeinsam für Angerburger und Lötzener von Pfarrer Daniel Ferek abgehalten. Dazu werden alle Landsleute aus Angerburg und den umliegenden Gemeinden herzlich eingeladen, die in der Heimat 1955 und 1956 oder früher konfirmiert wurden. Bekanntlich werden die ev. Christen aus Stadt und Kreis Angerburg heute von der ev. Kirchengemeinde in Lötzen betreut. Leider sind Namen und Anschriften der damaligen Konfirmanden nicht bekannt, um diese persönlich einzuladen. Anmeldungen werden an Dietmar Jopp, Häuserweg 14, 76698 Ubstadt-Weiher, Telefon (0 72 51) 64 12 erbeten, der weitere Auskünfte erteilt. – **Veranstaltungen dieses Jahr**: Das 9. Angerburger Heimattreffen in Güstrow findet am 24. und 25. Juni wieder im Bürgerhaus statt. Die 52. Angerburger Tage finden eine Woche später als üblich am 16. und 17. September in gewohnter Weise in Rotenburg (Wümme) statt. Vom 28. April bis 1. Mai treffen sich in Wald-Michelbach die Schüler der Volksschule Angerburg. Anmeldungen und Zimmerreservierung direkt im Hotel „Birkenhof" (Familie Bickel), Telefon (0 62 07) 22 97, Fax (06207) 81961 erbeten. Die Schüler der Hindenburg und Friede-Jung-Schule treffen sich vom 19. Mai bis 21. Mai in Rotenburg (W.). Irene Wilimzik und Bruno Ladda haben dazu ein interessantes Programm erstellt. Sie würden sich freuen, viele Ehemalige und Ehepartner zu begrüßen.



HEILSBERG

Kreisvertreter: Aloys Steffen, Telefon und Fax (0 22 34) 7 19 06, Am Clarenhof 18, 50859 Köln

50 Jahre Patenschaft Landkreis Emsland – KG Heilsberg – Das 50. Jubiläum wurde feierlich in Meppen begangen. Hotels waren gebucht und ein Buspendelverkehr stand an den drei Tagen zur Verfügung. Am Freitag trafen sich die Teilnehmer zur Busfahrt nach Sögel. Dort wurde unter fachkundiger Führung des Museumsdirektors Wagner, geboren in Insterburg, das Schloß Clemenswert besucht. Um 16 Uhr erfolgte die Weiterfahrt nach Werlte. Die Gemeinde hat einen Teil der Patenschaftsaufgaben für den Kreis Emsland übernommen. Die Gemeinde ist als Angehörige des Altkreises Aschendorf dem Patenschaftsvertrag in besonderer Weise verbunden. So kam es dort zur Errichtung einer Heimatstube. Initiator dafür war der damalige stellv. Landrat Hanekamp, der auch Bürgermeister von Werlte war. Ihm und den derzeitigen Gemeindevertretern, Bürgermeister Lübs und Gemeindedirektor Gerdes, die der KG aus Anlaß des Jubiläums das Gastrecht gewährt haben, sei herzlich gedankt. In Werlte wurde zur üppigen Kaffeetafel eingeladen. Günther Krause führte, bestens mit Kultur und Geschichte des Emslandes vertraut, die Besucher durch „seine" Kreutzmann-Windmühle. Hanekamp mit seinen zwei „Gehilfen" setzte die Windmühle zur Freude der Teilnehmer in Bewegung. Am Sonnabend fanden als Höhepunkte der Feiern mehrere Veranstaltungen statt. Um 9.30 Uhr begann ein feierlicher Gottesdienst in der Gymnasialkirche in Meppen. Hauptzelebrant war Pfarrer Dr. Klaus Fischer, Sohn des letzten Landrates in Heilsberg vor der Nazizeit, nach dem Oberkreisdirektor in Aschendorf-Hümmling. Die Festpredigt hielt Pfarrer Reinhold Rohwedder, aus Guttstatt, heute Pfarrer in Paderborn. Weitere Zelebranten waren Dechant Blank, erst kürzlich zum Domherrn der Diözese ernannt, sowie Pfarrer Oskar Müller, in Liewenberg geboren, heute Pensionär in Coesfeld. Rohwedder wies in der Predigt auf die enge Verbindung Emsland-Ermland hin. Von der in 50 Jahren gewachsenen Verbindung lenkte er das Augenmerk auf das Zusammenwachsen der Europäischen Union. Eine tiefe Deutung widmete er der Europafahne. Ihr Logo hat seinen Ursprung in dem Kranz aus 12 goldenen Sternen, den die Gottesmutter in künstlerischen Darstellungen ums Haupt gewunden trägt. Nach Ablehnung eines christlichen Gottesbezuges im EU-Verfassungstext hat dieser durch das tief christliche Fahnenlogo doch eine religiöse Komponente erhalten.
(Fortsetzung nächste Ausgabe)



LYCK

Kreisvertr.: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellv.: S. Czerwinski, Tel. (0 22 25) 51 80, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: A. Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg

Neuer Bezirksvertreter Bezirk XIII Scharfenrade – Der Kreisausschuß hat am 4. Februar als Nachfolger für Alfred Masuhr gemäß Paragraph 7, Absatz 2, Satz 2 der Satzung für den Rest der Amtszeit (bis 2008) Hans Vogel (Lindenfließ), Am Hasenberge 10, 22335 Hamburg, Telefon (0 40) 59 24 32 gewählt. – **Neue Ortsvertreter**: Für 048 Hansbruch und 051 Hennenberg ist Erna Haack, geb. Rosteck, Blumenstr. 2, 58762 Altena, Telefon (0 23 52) 2 16 61, für 082 Lindenfließ ist es Hans Vogel, Am Hasenberge 10, 22335 Hamburg, Telefon (0 40) 59 24 32.



OSTERODE

Kreisvertreter: Günther Behrendt, Qualenriethe 9, 31535 Neustadt, Tel. (0 50 32) 6 16 14, Fax 94 92 72. Geschäftsst.: Martin-Luther-Platz 2, 37520 Osterode am Harz, Tel. (0 55 22) 91 98 70. KGOeV@t-online.de

Hauptkreistreffen am 2. und 3. September in Osterode (Ostpreußen) – Die Kreisgemeinschaft (KG) hat sich nach Eingang vieler Teilnehmerzusagen und im Einvernehmen mit den polnischen Behörden entschlossen, das diesjährige Hauptkreistreffen in der Heimatstadt Osterode in Ostpreußen zu veranstalten. Mit großer Freude und voller Erwartung sieht die KG den Tagen der Begegnung in der Heimat entgegen. Das Programm mit der Einweihung der wiederaufgebauten Marienfelder Kirche mit der Gedenkstätte für die deutschen Einwohner des Kreises Osterode, der Feierstunde in der Evangelischen Stadtkirche Osterode mit dem Geläut ihrer Glocken und dem Beisammensein in der Osteroder Sporthalle soll ein großes Erlebnis werden. Das Programm wird in der nächsten Ausgabe der Osteroder Zeitung veröffentlicht. Für Landsleute, die zum Kreistreffen nicht privat reisen können oder möchten, werden Busreisen mit Hotelunterkunft geboten. Setzen Sie sich, soweit Sie nicht gebucht haben, mit Günther Behrendt, Qualenriethe 9, 31535 Neustadt, Telefon (0 50 32) 6 16 14, Fax (0 50 32) 94 92 72 oder Dieter Malter, Hinseler Hof 129a, 45277 Essen, Telefon und Fax (02 01) 6 46 22 91 in Verbindung. Bei der Quartiersuche ist auch Heinrich Hoch, Deutscher Verein Tannen, ul. Herdera 7, 14-100 Ostroda, Polen, Telefon (00 48) 8 96 46 70 21, Fax (00 48) 8 96 46 03 53 behilflich. Für alle stehen Reisemöglichkeiten und Unterkünfte zur Verfügung. Nehmen Sie teil am einmaligen Treffen in der Heimat.

Masuren-Vortrag

Bremerhaven – Dienstag, 14. März, 19 Uhr Dia-Vortrag „Bilderreise ins Naturparadies Masuren" im Deutschen Schiffahrtsmuseum Bremerhaven. Kontakt: Telefon (0471) 482070

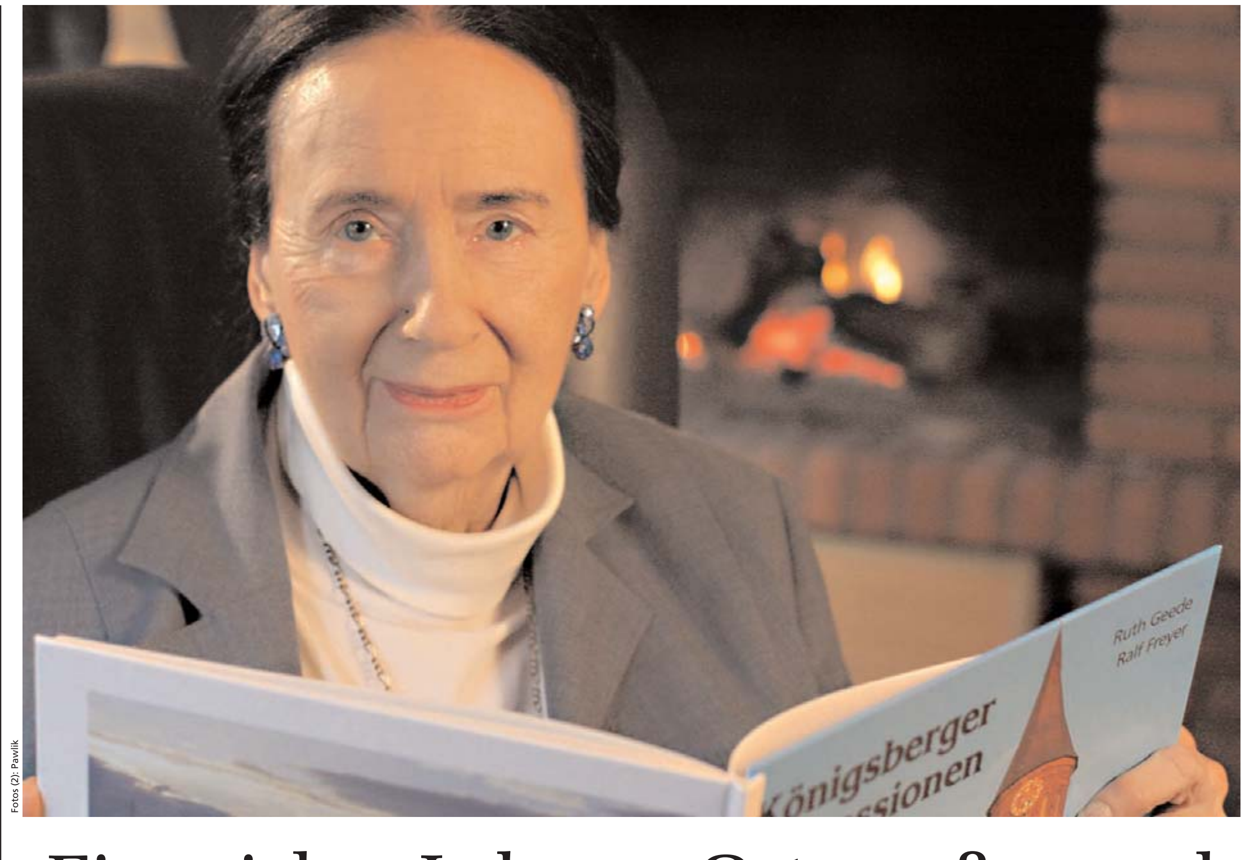
Ruth Geede zum 90. Geburtstag

Im Kreis ihrer Familie, Freunde und Wegbegleiter feierte Ruth Geede, Autorin der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* und Trägerin des Bundesverdienstkreuzes ihren 90. Geburtstag. Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, würdigte ausdrücklich die besonderen Verdienste der Jubilarin (siehe nebenstehende Rede).

Im Kriegswinter 1916 kam sie in Königsberg als „Frühchen" zur Welt, entwickelte sich aber bald zu einer prächtigen Marjell. Mit 17 Jahren veröffentlichte sie ihren ersten Text, mit 18 prägte sie eine Begegnung mit der großen ostpreußischen Schriftstellerin Agnes Miegel, mit 19 kam das erste Buch heraus mit plattdeutschen Erzählungen. Ihre journalistische Karriere begann sie mit Hörspielen und Bühnenstücken, einige wurden später vom Hamburger Ohnsorg-Theater aufgeführt. Sie wirkte als freie Mitarbeiterin beim Rundfunk in Königsberg und setzte sich verstärkt für den Erhalt der ostpreußischen Mundart ein. Nach Flucht und Vertreibung war der Neubeginn im Westen nicht leicht – als Volontärin mußte die inzwischen erfolgreiche Jungschriftstellerin bei der „Lüneburger Landeszeitung" „von vorne anfangen". Bis 1995 blieb sie der Landeszeitung treu, versorgte aber auch das *Ostpreußenblatt* mit wertvollen Beiträgen und betrieb erfolgreich verschiedene eigene Pressedienste. Den Lesern ist sie besonders als „Mutter" der „Ostpreußischen Familie" bekannt, einem Ressort, das wie sie selbst viel Zuspruch erhält und mit dem sie auch 60 Jahre nach Flucht und Vertreibung immer noch Menschen zusammenführt.



Die DVD oder das Video „Ruth Geede – aus dem Leben einer Ostpreußin" ist ab 1. März beim Ostpreußen-Video-Archiv, PF 100164; 04001 Leipzig, für 14,95 zuzüglich 3,95 Euro Versandkostenpauschale zu bestellen.



Fotos (2): Pawlik

Ein reiches Leben – Ostpreußen und seinen Menschen gewidmet

LO-Sprecher Wilhelm v. Gottberg, würdigt Ruth Geede zu ihrem 90. Geburtstag

Verehrte gnädige Frau, liebe Frau Geede,

zur Vollendung des 90. Lebensjahres überbringe ich Ihnen herzliche Glück- und Segenswünsche des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen. Natürlich reihe ich mich gern ein in die große Schar der Gratulanten und gratuliere ebenfalls herzlich zum heutigen Tag. Meine Teilnahme an dieser Geburtstagsfeier bedeutet für mich eine Ehre.

Ich möchte an dieser Stelle nicht die beeindruckende Lebensbilanz des Geburtstagskindes numerisch auflisten. Diese ist in diesem Kreis hinreichend bekannt. Schon vor 21 Jahren erhielt Frau Geede das Bundesverdienstkreuz. 1991 verlieh ihr die Landsmannschaft Ostpreußen ihren Kulturpreis, und vor fünf Jahren wurde sie mit der höchsten Auszeichnung der Landsmannschaft Ostpreußen, dem Preußenschild, geehrt. Ich will aber einige Punkte aus Ihrem Leben, verehrte gnädige Frau, in Erinnerung rufen, die mich besonders beeindruckt haben und die einzigartig zu nennen sind.

Sie waren 17 und noch Schülerin, als erste Texte von Ihnen veröffentlicht wurden, die bereits über die Grenzen Ihrer Vaterstadt Königsberg hinaus Beachtung fanden. Sie waren 19, als Ihr erstes Buch erschien. Mir ist in meinem Leben kein ähnlicher Fall bekannt, wo eine Jugendliche literarisch so früh und so eindrucksvoll in Erscheinung trat. Ihre literarische Schaffenskraft hält nun seit 73 Jahren an, und sie war vornehmlich Ostpreußen und seinen Menschen gewidmet. 73 lange Jahre! Um diese Zeitspanne eindrücklicher bewußt zu machen, halbiere ich die Zahl 73 und komme so auf 36,5 Jahre. Meine Damen und Herren, Millionen Bundesbürger würden sich glücklich schätzen, wenn sie heute 36,5 Jahre in ihre persönliche Rentenversicherung einbringen könnten. Und Gott lob ist Frau Geede als Autorin weiterhin ertragreich.

Sie waren bei unserer Zeitung, der *PAZ/OB*, von Anfang an dabei. Ja, schon beim Vorläufer des Ostpreußenblattes wirkten Sie seit 1948 mit. Deutlich über 1000 liegt die Zahl Ihrer Beiträge, die Sie seit 1950 für das *Ostpreußenblatt* geschrieben haben. Wer diese Leistung nachvollziehen will, fertige einmal selbst einen Beitrag, etwa von dem Umfang und dem Inhalt, wie er regelmäßig aus der Feder unseres Geburtstagskindes fließt.

Bei ihrer Arbeit für das *Ostpreußenblatt* hat Frau Geede stets die Zukunftsperspektive für die Zeitung im Blick gehabt. So ist es maßgeblich ihr Verdienst, daß die Zeitung seit drei Jahren mit dem Titel *Preußische Allgemeine Zeitung* und dem Untertitel *Das Ostpreußenblatt* erscheint. Mit der Wochenzeitung *Preußische Allgemeine Zeitung* geben Herausgeber und die an der Zeitung mitwirkenden Autoren und Redakteure einen Hinweis auf preußische Werte und Tugenden. Eine Rückbesinnung auf dieses Gedankengut wäre für unsere Gesellschaft segensreich, damit ließe sich die Zukunft erfolgreich bewältigen. Mit dem neuen Titel ist für unsere – und ich füge hinzu, für Ihre Zeitung, sehr verehrte Frau Geede – eine Zukunftsperspektive eröffnet. Es lag auf der Hand, daß der alte Titel *Das Ostpreußenblatt* in der Öffentlichkeit zu sehr als Verbandsorgan wahrgenommen wurde. Neue Leser waren für das *Ostpreußenblatt* kaum noch zu gewinnen.

Besonders würdigen möchte ich Ihre wöchentlichen Beiträge für „Die ostpreußische Familie". Es gibt eine nicht unerhebliche Zahl von Abonnenten, die die *PAZ* nur wegen dieser Serie abonniert haben. Größere Bedeutung hat für mich allerdings die Tatsache, daß Sie mit dieser regelmäßigen Veröffentlichung segensreich wirken. Eine größere Anzahl Menschen hat nach jahrzehntelanger Trennung, im Einzelfall nach über 50jähriger Trennung, wieder zueinander gefunden. Damit konnten menschliche Tragödien, hervorgerufen durch die Zäsur, die die Deutschen ab 1945 haben hinnehmen müssen, glücklich beendet werden. Auf diesem Gebiet haben Sie, verehrte gnädige Frau, als Samariterin im biblischen Sinne gewirkt.

Ich möchte abschließend ein Beispiel aus der Welt der Bergsteiger sinnbildlich anführen. Frau Geede hat das neunte Lebensjahrzehnt vollendet. Damit hat sie – jenseits aller geographischen Möglichkeiten – einen Neuntausender-Gipfel bezwungen, nachdem sie schon vor zehn Jahren den „Achttausender" erklommen hatte. Die allermeisten Menschen kommen nicht an diese Lebensmarke, aus welchen Gründen auch immer. Der Aufstieg zum „Neuntausender" hat Kraft gekostet. Aber die Jubilarin kann nun sehr weit sehen, weiter als wir alle es vermögen. Sie kann Zusammenhänge des menschlichen Miteinanders besser überschauen, und ihre Lebenserfahrung ist ein Schatz, der uns allen Orientierungshilfe sein kann.

Verehrte Frau Geede, Sie werden noch gebraucht. Wie schön, das Ihr Wirken noch nicht zu Ende ist. Ich wünsche Ihnen noch erfüllte Jahre. Im Wissen um die Endlichkeit des menschlichen Lebens wünsche ich ebenfalls, daß die Beschwerden des Alters für Sie erträglich bleiben mögen. Schließlich wünsche ich Ihnen für den heutigen Tag und das nun beginnende zehnte Lebensjahrzehnt Gottes Segen.



Enthüllung: *Herausgeber v. Gottberg, Chefredakteur Mahlitz und das Geburtstagskind beim Auspacken des Redaktionsgeschenkes*

»Dank und Respekt«

Grußwort von *PAZ*-Chefredakteur H.-J. Mahlitz

Liebe Frau Geede,

ich weiß, daß mit zunehmendem Alter Zeit immer kostbarer wird; daher will ich Ihre Zeit nicht über Gebühr beanspruchen und hier keine lange Rede halten. Ich will Ihnen auch kein Gedicht aufsagen; das können Sie selber viel besser, und im edlen Dichterwettstreit mit Ihnen würde ich ziemlich schwach aussehen.

Ich will auch nicht im Detail Ihre Leistungen für Preußen und Ostpreußen würdigen; dazu sind andere berufener, vor allem der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen. Ich möchte nur auf einen Aspekt hinweisen: Die Zeitzeugen werden immer weniger, und unter diesen wenigen sind Sie, liebe Frau Geede, etwas ganz besonderes. Sie haben nicht nur Flucht und Vertreibung erlebt und erlitten, Ihnen ist Ostpreußen auch noch als blühendes Land bewußt in Erinnerung, jene schöne Zeit vor den Schrecken des Krieges. Sie haben sich bis heute die Gabe bewahrt, in Ihrem journalistischen und schriftstellerischen Wirken diese beiden Pole, Glanz und Schönheit wie auch Leid und Elend, uns Jüngeren lebendig zu vermitteln. Dafür danke ich Ihnen von Herzen.

Danken möchte ich Ihnen auch ganz persönlich. Mit meinen knapp 40 Redakteursjahren kann ich nur mit allergrößtem Respekt auf Ihre sieben Berufsjahrzehnte als Journalistin und Schriftstellerin hochblicken. Daß ich Sie auf einem kleinen Stück dieses imposanten Lebensweges begleiten durfte, empfinde ich als Ehre und Bereicherung. Und daß wir mit dem Titel „Preußische Allgemeine Zeitung" ein „gemeinsames Kind" haben – mit einem Herausgeber, der weit mehr als ein einfacher Taufpate ist –, sehe ich als Höhepunkt dieses gemeinsamen Weges.

In der *PAZ*-Redaktion haben wir uns lange den Kopf zerbrochen: Was kann man einer Ruth Geede zu einem solchen Ehrentag schenken? Außergewöhnliche Persönlichkeiten haben Anspruch auf außergewöhnliche Antworten – hier die unsere: Wir schenken Ruth Geede **unser** Bild von Ruth Geede. Unser Bild im wörtlichen Sinne: ein kunstvoll gestaltetes Porträt, das wir von dem Hamburger Photographen Christoph Pawlik erstanden haben. Unser Bild von Ruth Geede aber auch im übertragenen Sinne: Es zeigt sie so, wie wir sie sehen – ein Gesicht von zeit- und altersloser Ausdruckskraft, das Gesicht einer Frau, die eine unglaublich lange Zeit mit weit offenen Augen durch ein außergewöhnlich bewegtes Leben gegangen ist, ein Gesicht voller Wissen um die wirklich wichtigen Dinge des Lebens, vor allem aber voller Güte. Den vielen Menschen, denen sie, die Mutter der „Ostpreußischen Familie" hat helfen können, braucht man nicht zu erklären, was damit gemeint ist.

Karl Arnold: Als Ministerpräsident von NRW Foto: DHM

Probelauf

Vor 50 Jahren wurde Karl Arnold gestürzt

Von MANFRED MÜLLER

Aus bundespolitischen Gründen stürzten SPD und FDP vor 50 Jahren im Düsseldorfer Landtag den populären Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens Karl Arnold und drängten so die CDU in die Opposition. Es begann der Probelauf einer sozialliberalen Koalition, die dann ab 1969 für viele Jahre die Geschicke der Bundesrepublik Deutschland bestimmen sollte. Im Landtagswahlkampf des Sommers 1958 war der Ex-Ministerpräsident Arnold ständig unterwegs, sprach Abend für Abend in den Städten seines Bundeslandes. Den Strapazen dieses Wahlkampfes war der 57jährige Politiker nicht mehr gewachsen. Nach einer Kundgebung starb er am Abend des 29. Juli 1958, eine Woche vor der Landtagswahl. Die CDU profitierte vom Arnold-Bonus und errang in dieser Wahl die absolute Mehrheit im neuen Landtag.

Was vor 50 Jahren geschah, hatte auch eine gesamtdeutsche Dimension, die heute weithin in Vergessenheit geraten ist. Der in Schwaben geborene, aus der christlichen Gewerkschaftsarbeit kommende Karl Arnold hatte ein Nationalbewußtsein, das sich aus Traditionen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation speiste, aber auch das Bismarck-Reich positiv einordnete und jede „rheinbündlerische“ Verengung mied. Während viele in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts schon nicht mehr vom „Reich“ sprachen, benutzte Arnold noch bis zu seinem plötzlichen Tod diesen Terminus in den Kundgebungen. Ganz offensichtlich war ihm die Reichseinheit eine Herzensangelegenheit.

Nordrhein-Westfalen hatte damals in seiner Bevölkerung einen hohen Anteil an Heimatvertriebenen und Flüchtlingen. Wenn Arnold sich für deren Belange einsetzte, so hatte das durchaus auch wahltaktische Gründe, aber es entsprach eben auch dem betont deutschen Empfinden dieses Politikers. Nach seiner Auffassung war den Heimatvertriebenen „ungeheuerliches Unrecht angetan worden“. Am 11. August 1949 sprach er in diesem Zusammenhang von einer „ungeheuren Barbarei“ und betonte: „Königsberg, dessen möge man sich im Kreml sicher sein, wird im deutschen Bewußtsein immer Königsberg bleiben und niemals Kaliningrad werden.“

Breiten Raum nahm das Vertriebenenproblem in Arnolds Festrede beim Internationalen Kolpingtag 1949 in Köln ein. Hier wandte er sich gegen den falschen Gebrauch des Wortes „Ostzone“ und stellte klar: „Ostzone ist das Gebiet jenseits von Oder und Neiße.“ Unter starkem Beifall rief er aus: „Ich weiß, wie sehr der Schlesier, der Pommer, der Danziger und der Ostpreuße an seiner angestammten Heimat hängt, die durch Jahrhunderte lange Arbeit seiner Vorfahren der europäischen Geistesart erschlossen worden ist ... Das deutsche Volk wird die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht freigeben.“ Arnold wollte aber ausschließen, „daß der Streit um das Land wiederum zu einer blutigen Auseinandersetzung führt“, und er wollte auch keinem „Nationalhaß“ das Wort reden. Was er dann andeutete, lief auf ein Zusammenleben von Polen und Deutschen hinaus in Provinzen, deren Verwaltung wieder deutsch sein würde: „Die Ostgebiete unseres deutschen Vaterlandes sind, wie jeder weiß, der die Verhältnisse einigermaßen kennt, nur sehr oberflächlich und unorganisch von neuen Siedlern polnischer Abstammung unter den Pflug genommen worden. Sollte sich nicht eine Lösung finden lassen, die eine echte Wiederbesiedlung dieses Bodens ermöglicht, ohne daß wiederum Millionen Menschen unglücklich gemacht werden?“

Karl Arnold folgte eine Koalition aus SPD und FDP

Als 1990 im Zuge der Wiedervereinigung die Frage der deutschen Ostgebiete einer Entscheidung zugeführt wurde, kommentierte Kanzler Kohl die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mit der Bemerkung, er sei stolz darauf, den Deutschen Bundestag zu dieser Entscheidung gebracht zu haben. Hätte Arnold zu diesem Zeitpunkt noch gelebt, wäre es höchst reizvoll gewesen, zu erfahren, was er dazu zu sagen gehabt hätte.

Dona und Willy werden ein Paar

Vor 125 Jahren heiratete Prinzessin Auguste Viktoria Prinz Wilhelm von Preußen

Von MANUEL RUOFF

Daß Prinzessin Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, im Familienkreis „Dona“ genannt, und Prinz Wilhelm, der spätere Kaiser und König Wilhelm II., ein Ehepaar wurden, lag nicht zuletzt an Queen Victoria. Die sogenannte Großmutter Europas war mit beiden verwandt. Wilhelm war der Sohn ihrer Tochter Victoria und damit ihr Enkel. Und Auguste Viktoria war die Enkelin ihrer älteren Halbschwester Feodora. Queen Victoria entstammte der Ehe zwischen ihrem Vorgänger auf dem britischen Thron, König Georg III., und dessen Frau Prinzessin Viktoria von Sachsen-Coburg. Diese sächsische Prinzessin war allerdings vor ihrer Heirat mit Queen Victorias Vater bereits mit dem Fürsten zu Leiningen verheiratet gewesen, und aus dieser Ehe war Queen Victorias Halbschwester Feodora hervorgegangen, Auguste Viktorias Großmutter.

Im Jahre 1868 waren sich die 1858 geborene schleswig-holsteinische Prinzessin und der einige Monate jüngere preußische Prinz als Gäste der Queen auf deren deutschem Sommersitz im thüringischen Reinhardsbrunn begegnet. Am Hof der Queen gab es dann ein Wiedersehen. Zu Begegnungen bedurfte es jedoch nicht der britischen Herrscherin, denn Auguste Viktorias und Wilhelms Eltern waren befreundet. Immerhin waren Wilhelms Eltern Auguste Viktorias Taufpaten und ihren zweiten Namen hatte Auguste Viktoria von Wilhelms Mutter Victoria. Die Freundschaft der Paare wurzelte in der Freundschaft der Männer. Die beiden Friedrichs hatten gemeinsam in Bonn studiert und beim 1. Garderegiment zu Fuß in Potsdam gedient. Der liberale Preuße schätzte an seinem schleswig-holsteinischen Freund und Namensvetter, daß dieser „so vernünftig und freidenkend“ sei. Angesichts dieser Freundschaft und Seelenverwandtschaft lag der Gedanke nahe, die verwandtschaftlichen Bande mittels der nächsten Generation enger zu knüpfen. Dabei war anfänglich noch unklar, ob zu Prinz Wilhelm nun Auguste Viktoria oder deren lebhaftere und vom Alter her eigentlich besser zu ihm passende wenige Jahre jüngere Schwester Karoline Mathilde die geeignetere Partnerin war.

Wilhelm entschied sich für die Ältere. Er formulierte es wie folgt: „Im April 1879 begab ich mich nach Görlitz zur Auerhahnjagd und nutzte die Gelegenheit, um die herzogliche Familie in dem unweit gelegenen Primkenau aufzusuchen ... Bei diesem Besuch wurde mein lange im stillen gehegter Wunsch in mir zum festen Entschluß.“ Als er daraufhin Auguste Viktoria einen Heiratsantrag machte, nahm sie überglücklich an.

Auch die Eltern waren mit der Wahl ihrer Kinder zufrieden, aber das reichte noch nicht. Wilhelm I. war nicht nur Kaiser und König, sondern auch Chef des Hauses Preußen. Wilhelm I. war zwar wie sein Sohn ebenfalls Taufpate Auguste Viktorias und von seiner Gattin Augusta hatte die Schleswig-Holsteinerin ihren ersten Namen bekommen, doch gab es politische Erwägungen, die den Kaiser und seinen Kanzler reserviert reagieren ließen. Auguste Viktoria schien keine „brillante Partie“ zu sein. Sie war in vergleichsweise bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen, denn ihr Vater war nämlich ein Herzog ohne Herzogtum, ein Fürst im Exil.

Bis 1864 waren dafür die Dänen verantwortlich gewesen, welche die Familie des Landes verwiesen hatten, um unter Bruch der Erbfolgeregelung die Elbherzogtümer selber zu regieren. Doch nach der Niederlage gegen die Preußen und Österreicher im Deutsch-Dänischen Krieg hatten sie die Herzogtümer Schleswig und Holstein an die Sieger abtreten müssen. Daß es zwei Jahre später zum Bruderkrieg zwischen den Siegern kam, lag zumindest vordergründig auch an der Uneinigkeit über die Behandlung der Kriegsbeute. Während Österreich Schleswig-Holstein in die Selbständigkeit entlassen wollte mit Auguste Viktorias Vater als regierendem Herzog, wollte Preußen, in concreto Wilhelms I. Ministerpräsident Otto von Bismarck, die Annexion als preußische Provinz. Preußen gewann den Krieg und Friedrich war damit nach einem kurzen Stelldichein in Kiel wieder Herzog im Exil. Preußen hatte versucht, ihn mit Geld zum freiwilligen Thronverzicht zu bewegen, doch dieser hatte brüsk abgelehnt. Er sei nicht gewillt, einer Regelung zuzustimmen, die nicht auch die Interessen der Herzogtümer selbst einbeziehe, lautete seine Begründung. Mehr wert als die ihm offenbarten Millionen sei ihm die Überzeugung der Schleswig-Holsteiner, daß sein Haus bis zuletzt treu und ohne Selbstsucht zum Lande und dessen Recht gestanden habe.

Verständlicherweise hatte die preußische Staatsspitze Probleme mit der Vorstellung, die Ehe des zukünftigen Königs Wilhelm mit der Tochter eines Mannes gutzuheißen, der die territoriale Integrität Preußens in Frage stellt. So sah Friedrich sich abermals genötigt, zur Frage seiner Ansprüche gegen Preußen Stellung zu nehmen. Diesmal fiel seine Stellungnahme konziliant aus. Erleichtert wurde ihm dieses dadurch, daß die Schleswig-Holsteiner angefangen hatten, sich mit der preußischen Herrschaft zu arrangieren und deren Vorteile zu erkennen. Er schrieb an den preußischen Kronprinz: „Würde Schleswig-Holstein wie vor 16 Jahren unter fremder Herrschaft stehen und nicht im Laufe der Ereignisse an Preußen und dadurch an Deutschland gekommen sein, so würde nichts mich abhalten, mit allen erlaubten Mitteln die Losreißung desselben vom Auslande und die Vereinigung desselben mit Deutschland zu erstreben. Das Land gehört aber jetzt völkerrechtlich anerkannt und in fester Verbindung zum deutschen Reiche, und die Macht seiner Majestät des Kaisers und Königs sichert diese Zusammengehörigkeit. Was ich darüber hinaus erstrebte, habe ich immer dem nationalen Gedanken untergeordnet. Um so weniger würde ich in Zukunft, wo uns, wie wir hoffen, noch ein innigeres Familienband als bisher verknüpfen wird, es vor meinem Gewissen rechtfertigen können, das damals nicht Erreichte unter Gefährdung des Wohles und der Ruhe Preußens und des Deutschen Reiches und in Gegnerschaft zu demselben zu erstreben.“

Diesen Verweis auf übergeordnete Erwägungen darf man Friedrich wohl abnehmen. Zum einen ist es typisch liberal, die Interessen der Nation über jene der Dynastien zu stellen – sein Freund Kronprinz Friedrich ist dafür das beste Beispiel. Zum anderen hatte der Schleswig-Holsteiner auch schon früher in vergleichbarer Weise Prioritäten gesetzt, als von seiner Stellungnahme noch nicht das Eheglück seiner Tochter abhing. So hatte er am Deutsch-Französischen Krieg auf Seiten Preußens teilgenommen mit der Begründung: „Der Kampf um das gebrochene Recht hat zu schweigen, solange die Heimat vom Feinde bedroht ist.“

Friedrichs erklärter Verzicht auf eine Gegnerschaft genügte Bismarck. „Es ist der freudige Schlußakt eines konfliktreichen Dramas“, lautete sein Kommentar. Der Kaiser gab seine Einwilligung zur Ehe.

Im Februar 1880 fand in aller Stille die Verlobung statt. Die Verlobte schreibt einer Freundin von einer „großen Freude“, denn sie sei „wirklich glücklich“; und die Mutter des Verlobten schreibt ihrer eigenen Mutter: „Willy hat sehr rührende Briefe (in seinem eigenen merkwürdigen Stil) über sein großes Glück geschrieben.“

Am 2. Juni 1880 wurde die offizielle Verlobung bekanntgegeben. Gefeiert wurde auf Schloß Babelsberg. Letzte Reserven in Preußen gegen die Ehe räumte Auguste Viktoria selber aus. Man muß kein Monarchist sein, um zu konstatieren, daß die Prinzessin sehr gewinnend wirkte. Das war beim Volk nicht anders als bei dessen Herrscher. So schrieb Wilhelm I. seiner Schwester Alexandrine: „Nach dem Vorhergegangenen bin ich nicht bezahlt, für sie eingenommen zu sein. Daher freut es mich sagen zu müssen, daß sie nach allen Richtungen meine Erwartungen übertrifft; sie ... würde in der Gesellschaft als eine sehr hübsche Erscheinung auffallen; schlank, blond, sehr angenehmer Ausdruck, natürlich und doch würdige Haltung ohne Steifheit, freundlich gegen jedermann.“

Auguste Viktorias Einzug nach Berlin vor 125 Jahren erwies sich förmlich als glamouröser Triumphzug. „Ich mußte viel an Dich, liebste Mama, und an die Tage meiner Ankunft in Berlin denken. Es wird Viktoria sehr viel leichter gemacht als mir“, schreibt die Kronprinzessin Victoria ihrer gleichnamigen Mutter auf dem englischen Thron. In der Tat war es weder dieser späteren Kaiserin fremdländischer Herkunft noch der intellektuellen Kaiserin Augusta je vergönnt, sich einer solchen Beliebtheit zu erfreuen, wie es die letzte Kaiserin tun sollte, die ihrer beider Namen trug.



Trauung des späteren Kaiserpaares in der Kapelle des Berliner Schlosses Foto: Archiv

Am Abend des 27. Februar 1881 wurde in der Neuen Galerie des Schlosses die standesamtliche Trauung durch den Minister des königlichen Hauses vollzogen. Anschließend ging es durch die Bildergalerie zur Schloßkapelle, wo Oberhofprediger Rudolf Kögel die kirchliche Trauung vornahm. Als der Geistliche den Segen sprach und die Ringe gewechselt wurden, verkündeten 36 Salutschüsse der Hauptstadt die Eheschließung. Es folgte nun eine Reihe von Feierlichkeiten, die erst am 1. März mit einem Quadrillenball ihr Ende fand. Es folgten aus der Hochzeit sich ergebende protokollarische Verpflichtungen wie Besuche und Empfänge in Potsdam und Berlin, die sich über die nächsten beiden Tage hinzogen.

Entsprechend dem preußischen Ideal der Pflichterfüllung trat Wilhelm anschließend, sprich am Morgen des 4. März 1881, wieder zum Dienst bei seiner Einheit an. Es war Auguste Viktoria, die hier für die nächste Generation eine Humanisierung durchsetzte. Sie verkürzte das Hochzeitszeremoniell und führte Flitterwochen im Jagdschloß Hubertusstock in der Schorfheide ein.

Leben in deutschem Ghetto

Taubstummes Zigeunermädchen kämpft um ein Zuhause

Nur wenige Bücher können von sich behaupten, daß sie die Welt ein kleines Stückchen verändert haben. „Die stumme Prinzessin – Ein Leben in Deutschland" ist eines von ihnen. 2002 nach dem Erscheinen des Buches war Hamburgs Politik in Aufregung. So etwas sollte es in der wohlhabenden Hansestadt geben?

Gabor Steingart, Redakteur beim „Spiegel", erhielt eines Tages einen anonymen Anruf, er solle in die Berzeliusstraße in Billbrook kommen. Was der Journalist da sah, war schlimmer als jedes Ghetto das er sich je hätte vorstellen können. In fünf baufällige Hochhäuser gepfercht lebten dort Obdachlose, Ausländer, deutsche Asoziale und Horden von Kakerlaken. Abgerissene, rostige Briefkästen, überall Müll und dazwischen menschliche Elendsgestalten. Steingart war entsetzt. Mitten in diesem Abfall traf er auf ein kleines Mädchen. Die elfjährige Danijela Adzovic lebte dort mir ihrer Familie. Das neugierige Mädchen weckte die Neugier des Journalisten, zumal er dann auch noch feststellte, daß die Kleine taubstumm war, genau wie drei weitere ihrer zehn Geschwister.

Danijela und der Berzeliusstraße widmete er sein Buch „Die stumme Prinzessin – Ein Leben in Deutschland", in dem aus Sicht der kleinen Zigeunerin aus Montenegro das Leben und die Menschen in diesem düsteren deutschen Ghetto schildert. „Der viele Müll, der Geruch, die Käfer ... Unser merkwürdiger Nachbar war für solche Ermahnungen nicht mehr erreichbar. Vater hatte es doch auch schon probiert, und passiert war trotzdem nichts. Er wollte mit ihm über die Kakerlaki reden, die von seiner Wohnung in unsere krabbelten und auch schon versucht hatten, der kleinen Liza ins Ohr zu laufen."

Aber nicht nur von den Zuständen in Hamburg ist die Rede, sondern auch von den Erlebnissen der vielköpfigen Familie in ihrer Heimat, in der Ende der 90er Jahre Ausläufer des Jugoslawienkrieges zu spüren waren. Nicht nur daß der Krieg die Familie gefährdet, auch die Stimmung in der Bevölkerung, die ab sofort genau schaute, wer welcher ethnischen Abstammung war, wer Freund oder Feind war. Hierbei gehörte die Familie Adzovic als Roma nirgendwo zu. Brutale Übergriffe auf Zigeuner waren an der Tagesordnung, und so flüchtete die Familie und ließ sich von Menschenschmugglern nach Italien übersetzen. Von da an begann die menschenunwürdige Lagerzeit, die dann in Hamburg ihren öffentlichkeitswirksamen Höhepunkt erreichte.

Die Berzeliusstraße wurde nach dem Rummel um Gabor Steingarts Veröffentlichung dem Erdboden gleichgemacht, was jedoch aus der Familie Adzovic, deren Aufenthaltsgenehmigung 2003 unter dem ehemaligen Hamburger Innensenator Ronald Schill nicht verlängert wurde, wurde, steht selbst in der nun erschienenen Taschenbuchausgabe nicht.

„Die stumme Prinzessin – Ein Leben in Deutschland" ist auch heute noch, nachdem es die Berzeliusstraße nicht mehr gibt, noch lesenswert, da es zeigt, was Menschen auf der Suche nach einem friedlichem Leben erleiden müssen und was in Deutschland jenseits des schönen Scheins möglich ist. Da der Autor aus der Sicht Danijelas berichtet, ohne jemals vom Leser Mitleid einzufordern oder den Moralapostel zu spielen, strahlt die Geschichte trotz aller geschilderten Not und allen Elends etwas Erhabenes aus. *R. Bellano*

***Gabor Steingart: „Die stumme Prinzessin – Ein Leben in Deutschland"**, Piper, München 2005, broschiert, 207 Seiten, 8,90 Euro*

Felltierchen

Das Leben der behaarten Comtessa

Das Umschlagfoto auf diesem Roman erschreckt zunächst. Es zeigt ein Gemälde aus dem Kunsthistorischen Museum Wien („Die Tochter des Haarmenschen") und ist eines von vier Bildern, die die Familie Gonzales darstellen. Eine weitere Abbildung im Buch zeigt ein haariges Mädchen, Antonietta Gonzales, 1583 gemalt von Lavinia Fontana. Die wundersame Geschichte der Gonzales ist durch historische Dokumente überliefert. Die Ursache ihrer ungewöhnlichen Gesichts- und Körperbehaarung war eine genetische Störung (Hypertrichosis), die später auch zu Werwolflegenden beigetragen hat. Noch bis ins 20. Jahrhundert wurden diese Bedauernswerten als „Affenfrauen" oder „Löwenmenschen" auf Jahrmärkten und im Zirkus vorgeführt.

Die Hauptperson in dem Roman ist die elfjährige Tognina, die mit ihren Eltern in Antwerpen lebt. Sie ist sehr gebildet, kann schreiben, lesen und Latein, was für ein Mädchen in der Spätrenaissance sehr ungewöhnlich ist. Doch immer wenn Tognina in den Spiegel blickte, sah sie ein Tier mit einem breiten Kopf und einer kleinen, platten Nase und sie fragte sich: Was bin ich, eine Katze? Ein Hund?

Eines Tages erhielt sie eine Einladung an den Hof des Herzogs von Parma. Dort sollte sie einem berühmten Arzt vorgeführt werden und in einem Hörsaal der Anatomie untersucht werden. Sie reiste mit ihrer Mutter und ihrem Onkel, der sie ständig als „Felltierchen" verspottete, nach Italien. Am Hofe wurde sie als Wunderwesen und Monstrum bestaunt und begafft. Der labile, depressive Herzog, der überall Verschwörungen gegen sich witterte, bezeichnete das Mädchen als die Strafe Gottes. Erst als Tognina den jungen Leibarzt Lelio kennenlernte und die beiden sich ineinander verliebten, begann für sie eine kurze Zeit des Glücks. Doch der Hofprediger ließ Lelio als Ketzer in den Kerker werfen.

Tognina wurde schließlich gegen ihren Willen mit dem Comte Simonetta, der eine berühmte Wunderkammer mit vielen Kuriositäten besaß, verheiratet.

Auf den Festen an den italienischen Höfen präsentierte er seine seltsam aussehende Frau wie eine seiner gesammelten Absonderlichkeiten. Verzweifelt und gedemütigt dachte sie nur noch an Flucht.

Als der Comte von einer seiner Jagden zurückkehrte, war Tognina verschwunden. Zurück blieb ein rasender, in seinem männlichen Stolz verletzter Comte.

In dem Roman „Das haarige Mädchen" von Heidi von Plato geht es vordergründig um eine Frau, die sich wünscht, aus ihrem Fell (in diesem Fall, nicht aus ihrer Haut) herausfahren zu können, um so normal auszusehen wie andere Menschen. Hier gibt es allerdings keine zauberhafte Verwandlung, wie wir sie aus Märchen kennen. Es geht vor allem auch um Machtkämpfe zwischen der Kirche und der Politik des dekadenten italienischen Adels. Lesenswert. *Barbara Mußfeldt*



***Heidi von Plato: „Das haarige Mädchen"**, Parthas Verlag, Berlin, geb., sw. Foto, 239 Seiten, 24 Euro*

Kampf um Ostpreußen

Fiktive Familienchronik mit Romantik, Spannung und viel Herz

Es beginnt mit einer Romanze: Der junge preußische Leutnant von Bredow entbrennt in Liebe zur Wäscherin Mathilde. Ergebnis dieser Liason ist der kleine Heinrich.

Der Standesdünkel der Familie des Leutnants treibt jedoch einen Keil zwischen die Liebe der beiden jungen Leute, und am Ende wird von Bredow in einem Duell um Mathildes Ehre tödlich verwundet.

„Seit Heinrichs Geburt waren genau drei Jahre vergangen. Prächtig konnte er unter der Obhut seiner Mama gedeihen. Mathilde hatte längst den Kummer vergessen, freute sich über das Geschenk der Natur, das quasi als Halbwaise die Erde betrat. Die große Liebe zu ihrem Sohn überwand die traurige Vergangenheit, sie widmete sich mit ganzer Hingabe ihrem Kind, damit es gesund und kräftig heranwachsen möge."

So vergehen die Jahre und Heinrich entwickelt sich zu einem aufgeweckten intelligenten Bürschchen.

Doch eines Tages endet die traute Zweisamkeit, als plötzlich Heinrichs Großvater Hans-Heinrich von Bredow an die Türe klopft, um seinen Enkel und einzigen Erben des ostpreußischen Rittergutes zu sich nach Hause zu holen.

Schweren Herzens läßt Mathilde ihren Sohn gehen, um ihm die besten Chancen zu ermöglichen.

Siegfried Barkusky erzählt in „Fackeln lodern über Tannenberg" die fiktive Familiengeschichte der von Bredows, beginnend in der Zeit vor dem Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

Von leidenschaftlichen Liebesbeziehungen, von Krieg, Frieden, Trauer, Glück und der einzigartigen Stärke von Familienbanden berichtet der Autor. Der Leser wird emotional in die Handlung des Romans verstrickt und verfolgt das unheilvolle, aber unaufhaltsame Nahen des Zweiten Weltkriegs. Mit gemischten Gefühlen beobachtet der Leser die Begeisterung von Heinrichs Sohn für Hitler und teilt die Sorge des Vaters, daß dieser Mann, den das Volk als Führer umjubelt, nichts Gutes im Schilde zu führen scheint. Und plötzlich ist es soweit, die Rote Armee naht, Heinrich von Bredow wird zum General befördert und in den Krieg befohlen und muß fürchten, daß sein Familienglück und sein Rittergut im ostpreußischen Junkerland für immer verloren sind ...

Von spannend über romantisch, traurig, harmonisch und fröhlich bis historisch reichen die Facetten dieses sehr abwechslungsreichen Romans. *A. Ney*

***Siegfried Barkusky: „Fackeln lodern über Tannenberg"**, Triga Verlag, Gelnhausen 2005, 265 Seiten, 11,90 Euro*

Liebende Preußen

Briefe von Theordor v. Schön an seine Ehefrau

Theodor v. Schön (1773–1856), einer der Reformer der Befreiungskrieg, ebenso wie der Freiherr vom Stein, Hardenberg, Scharnhorst oder Gneisenau, ist heute nicht mehr so bekannt wie seine damaligen Weggefährten. Ihm blieb ein Ministeramt versagt, wohl weil er durch und durch ein Liberaler war und deshalb der damaligen offiziellen Politik verdächtig erschien. Aber als langjähriger Oberpräsident von Ostpreußen hat er Wesentliches bewirkt und sich bis heute bei seinen Ostpreußen ein ehrendes Andenken bewahrt.

1802 wurde er als Regierungspräsident der „Provinz Litauen" (so genannt wegen des hohen Anteils von Litauern, die aus dem benachbarten Litauen zugezogen waren) mit Sitz in Gumbinnen in das neu geschaffene Generaldirektorium berufen und in diesem Amt mußte er dem Hof nahe sein. Nach der französischen Katastrophe in Rußland residierte der preußische König damals in Breslau und anderen schlesischen Orten, zusammen mit seinen Beratern und dem russischen Zar Alexander I.

Schön mußte sich von seiner Frau für ein halbes Jahr trennen, um auch in Schlesien präsent zu sein.

Aus dieser Zeit, vom 1. April bis zum 6. Oktober 1813, stammen die Briefe; 95 insgesamt, 47 von Schön und 48 von Amalie, seiner Frau, die alleine im ostpreußischen Gumbinnen zurückblieb, während der Sommerzeit noch abgelegener auf einem Gut, vier Stunden mit dem Pferdewagen entfernt. Amalie war Schöns zweite Frau. Sie stammte aus Sachsen und fand es schwer, sich alleine ohne ihren Mann in den Verhältnissen zurechtzufinden. Ostpreußen war damals ständiges Durchmarschgebiet für die Franzosen nach Rußland und danach wieder von Rußland zurück. Dazu kamen die nachrückenden Russen und immer wieder auch preußische Truppen.

Die Briefe sind voller Herzlichkeit und zärtlicher Liebe. Amalie, entsprechend ihrer Zeit ganz unemanzipiert, beginnt zu lernen, wie man Entscheidungen fällt und einem Gutsbetrieb vorsteht. Dabei sucht sie immer wieder die Ratschläge ihres Mannes, was schwierig ist, denn die Briefe sind meistens zwei Wochen unterwegs. Schön seinerseits sorgt sich um seine Familie und die Verhältnisse zu Hause. Als die kleine Lydia ihren ersten Zahn bekommt und sich unpäßlich zeigt, besorgt sich der Vater: „Wird Gott die Kraft geben, diese ersten Leiden zu überstehen?"

Das Ehepaar leidet unsäglich unter der Trennung. Die Zeiten sind ungewiß. Napoleon sammelt neue Truppen in Deutschland, es kommt zu ersten Schlachten, die zeigen, daß Napoleon nicht mehr unbesiegbar ist. Der Leser der Briefe fällt in eine zunehmende Spannung. Wann wird man den Feind aus dem Lande treiben können, wann wird Schön wieder zu Hause und die Familie endlich wieder vereint sein?

Die Herausgeberin ist promovierte Historikerin und als geborene Gräfin Hardenberg natürlich mit der Zeit des Staatskanzlers Hardenberg bestens vertraut. Das merkt man der 70 Seiten langen ausführlichen Einleitung an, die über die Zeitverhältnisse aber auch über das weitere Leben der Schöns bestens informiert. Ein Quellen- und Literaturverzeichnis, ein Personenregister und eine Übersicht der Verwandtschaft der Schöns helfen dem Leser beim Verständnis der Hintergründe. *Hans Graf zu Dohna*

***Gustava Alice Klausa (Hrsg.): „Sehnlich erwarte ich die morgende Post – Amalie und Theodor von Schöns Briefwechsel aus dem Befreiungskrieg (1813)"**, 295 Seiten, 16 sw.-Bilder, Böhlau Verlag, Köln 2005, 34,90 Euro*

Identitätsverlust

Handwerkersohn erinnert sich an Enteignung in der DDR

Wir erwarten von Ihnen verantwortungsbewußtes Handeln und Verständnis für diese Maßnahme als besten Ausdruck für patriotisches Handeln ihrerseits ... im Rahmen ihres Umzuges haben Sie die Sperrzone bis elf Uhr heute Mittag zu verlassen. Ihre persönlichen Sachen können sie zusammenpacken und auf die von uns bereitgestellten Lastkraftwagen laden. Ihre Geschäftsräume und die Lager werden versiegelt und von staatlichen Organen übernommen."

Diese wenigen Sätze veränderten am 2. Oktober 1961 radikal das Leben von Ernst-Otto Schönemann und seinen Eltern. Die Familie, die schon seit über 90 Jahren in dem brandenburgischen Ort ansässig war, mußte nun innerhalb von wenigen Stunden das Haus räumen und wurde zwangsumgesiedelt.

An all das erinnert sich der Autor Ernst-Otto Schönemann in „Zwangsaussiedlung im eigenen Land". Die Rahmengeschichte schildert die Bahnfahrt des Autors im Mai 1988 nach einem Besuch einer Verwandten in Westdeutschland und den damit verbundenen Komplikationen. Während er aus dem Zugfenster auf die an ihm vorbeigleitende Landschaft blickt, erzählt er immer wieder ein Stück seiner Familiengeschichte und geht auf Entbehrungen und die viele Arbeit ein, die seine Familie über Generationen hinweg geleistet hat, um den mittelständischen Handwerksbetrieb mit mehreren Mitarbeitern trotz zahlreicher Rückschläge aufbauen zu können. Schon als Schüler wurde der Junge von seinen Lehrern als Sprößling einer Ausbeuterfamilie beschimpft, und dementsprechend durfte er in der DDR auch nicht studieren.

Sehr detailliert schildert Schönemann die allmähliche Veränderung seines Umfeldes. „Am zweiten Feiertag ist im Hotel ‚Stadt Hamburg', oder kurz gesagt bei Wittigs am Hohenzollerplatz, Tanz. Hotel, Gaststätte, Saal, Diele, Tanzgarten haben Tradition und sind sehr beliebt. An diesem Abend erfahre ich, daß es die letzte Veranstaltung im Saal ist. Auch wenn es der größte und schönste Saal der Stadt ist, er weicht der sozialistischen Produktion. Das Parkett und die ganze Inneneinrichtung soll rausgerissen werden und für Maschinen vom Nähmaschinenwerk Wittenberge Platz machen. Es ist ein schwerer Schlag für das ohnehin kärgliche kulturelle Leben und mit Sicherheit ein Verlust an Identität für die Bürger."

Stück für Stück wird den Menschen in der DDR ihr altvertrautes Leben geraubt. Mangel und Anpassung bestimmen ihren Alltag. Stimmungsvoll berichtet Schönemann, wie er noch kurz vor der Kollektivierung der Landwirtschaft einer traditionellen Bauernhochzeit beiwohnt, die von einer gewissen Endzeitstimmung überschattet wird. Zurecht, denn kurz danach wurden die Bauern gezwungen, ihre Selbständigkeit aufzugeben. Obwohl die Familie des frisch gebackenen Abiturienten sieht, was den Landwirten um ihnen herum widerfährt, hoffen Sie bis zuletzt, verschont zu bleiben, doch 1961 wird auch der Handwerksbetrieb enteignet. In der Nähe von Schwerin findet die Familie ein neues Dach über dem Kopf, das aber auch wahrlich nicht mehr ist. Baufällig, von Ratten bewohnt und mit einem Plumpsklo im Garten läßt es vor allem die Mutter Ernst-Ottos verzweifeln. Nie sollen seine Eltern ihr Trauma überwinden, und auch Ernst-Ottos Unversöhnlichkeit mit dem damaligen System liest man aus jeder Zeile seines Buches heraus. *R. Bellano*

***Ernst-Otto Schönemann: „Zwangsaussiedlung im eigenen Land"**, Mein Buch, Hamburg, broschiert, 244 Seiten, 12,90 Euro*



Dieter Stein
Ein Leben für Deutschland
Gedenkschrift für Wolfgang Venohr
Durch den plötzlichen Tod von Wolfgang Venohr wurde dieses Buch, das eigentlich als Festschrift zu seinem 80. Geburtstag vorgesehen war, zu seinem Nachruf. Mit Beiträgen von: Klaus Hornung, Jens Jessen, Botho Kattoll, Volker Kempf, Günter Kiessling, Detlef Kühn, Klaus Motschmann, Ulrich Schacht, Stefan Scheil, Wolfgang Seiffert, Rolf Stolz, Franz Uhle-Wettler, Michael F. Vogt, Karl-heinz Weissmann, Alfred M de Zayas, u.a. Geb., 607 Seiten, 24 Seiten mit ca. 50 s./w. Fotos **Best.-Nr.: 5182 € 29,80**



Winteroll
Geschichte Preußens in Ausflügen
Großer Kurfürst, Soldatenkönig, Alter Fritz - wo und wie haben sie gelebt? Was tat Sophie Charlotte von Lietzenburg? Warum liebte Königin Luise Paretz so? Und: Was hat das verschollene Ostseevolk der Pruzzen mit Berlin zu tun? Wer waren die Askanier?
Antworten auf diese und andere Fragen gibt dieses Buch. Zehn Kapitel vermitteln auf unterhaltsame Weise einen Überblick über die Geschichte Preußens und stellen bekannte und weniger bekannte historische Orte vor.
Kart., 144 Seiten mit farb. Abb. **Best,-Nr.: 5167 € 9,90**



Jeremy Black (Hrsg.)
70 große Schlachten der Weltgeschichte
Von Matathon bis Bagdad
Die Chronik der siebzig größten Schlachten der Weltgeschichte beginnt im fünften Jahrhundert v. Chr. und reicht bis zum Irak-Krieg im Jahr 2003.
In sieben umfangreichen Kapiteln informieren renommierte Militärhistoriker über historische Hintergründe und technische Details der Schlachten. Fotos, Gemälde und alte Stiche veranschaulichen die Ereignisse: von der Varusschlacht im Teutoburger Wald, wo sich germanische und römische Heere feindlich gegenüberstanden, über den Sieg der Japaner über die Mongolen bei Hakata Bay im 13. Jahrhundert bis zur Schlacht von Agincourt 1415 bis hin zu den Kämpfen von Waterloo, Verdun und Stalingrad oder den mit modernster Waffentechnologie geführten Kriegen der jüngsten Zeit. Anhand dreidimensionaler Schlachtpläne, Karten und Rekonstruktionen der Kriegstaktiken lassen sich auch die Strategien der großen Feldherren wie Hannibal und Napoleon nachvollziehen.
304 Seiten mit zahlr. tl. farb. Abb., 26,5 cm
Best.-Nr.: 5129 € 35,00

Neu!



Frauenkirche Dresden, DVD
Die Doppel-DVD mit einer Gesamtlaufzeit von vier Stunden dokumentiert den Wiederaufbau der Frauenkirche seit 1994 und zeigt in voller Länge den feierlichen Weihegottesdienst vom 30. Oktober 2005, bei dem die Kirche sowie Kanzel, Taufstein, Altar und Orgel ihrer Bestimmung übergeben wurden. Elf Bonusfilme gewähren historische Rückblicke und zeigen Porträts von Kirche, Stadt und Menschen:

- Die Seele Dresdens. Ein Film von Stefan Kelch
- Dresden anders...
- Bürger rettet Eure Städte. Ein Film von Werner von Bergen
- Gert Scobel im Gespräch mit dem Frauenkirchen-Pfarrer Stephan Fritz
- Versöhnung – Wie sich ein Pole für den Wiederaufbau engagiert.
- Dr. Reinold Hartmann im Gespräch mit Baudirektor Eberhard Burger
- Ernst Hirsch – Der Kameramann der Frauenkirche.
- Ausflug: Die Ausstellung „Der Blick auf Dresden“.
- Der letzte Organist – Angehörige erinnern sich.
- Der Polier - Klaus Dietrich bleibt „seiner“ Frauenkirche treu - auch nach dem Wiederaufbau.
- Überlebt - Eine Zeitzeugin erinnert sich.

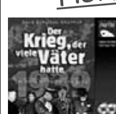
Der DVD-ROM-Teil für PC und MAC lädt zu einem atemberaubenden virtuellen Spaziergang durch die Frauenkirche ein.
Best.-Nr.: 5183 € 19,95

Buch der Woche

Kersten Radzimanowski
Oberländische Heimat
Ein ostpreußisches Hausbuch für jung und alt

Das ostpreußische Oberland gehört zu den schönsten Gebieten unserer deutschen Heimat. Es reicht vom Frischen Haff bei Cadinen bis zur Kernsdorfer Höhe, besitzt die größten Seen Deutschlands, ausgedehnte Buchen- und Eichenwälder, noch immer ist hier der Elch zu Hause, Kormorane, Reiher und Störche sind ebenso wie der Seeadler anzutreffen. Die Urbarmachung und Gestaltung des Landes hat Straßen, Felder, Dörfer und Städte, Kanäle und Eisenbahnlinien geschaffen und es geprägt - ihm ein deutsches Antlitz gegeben. Dieses Buch präsentiert das Profil des Oberlandes, aber auch die Träume, Hoffnungen, die Sehnsüchte seiner Bewohner. Kultur, Geschichte, Brauchtum, Sprache und Tradition - wer seine deutsche Heimat kennenlernen will, wird an dem Oberland in Ostpreußen nicht vorbeigehen und dieses Buch wird ihm dabei ein unentbehrlicher Begleiter und Wegweiser sein.
Geb., 231 Seiten mit zahlr. Abb.
Best.-Nr.: 5162 € 37,00

Hörbuch!





Der Krieg, der viele Väter hatte
Zwei CDs
Die letzte Woche vor dem Krieg „Dieser Krieg“, so Gerd Schultze-Rhonhof, „hatte viele Väter.“ Das vorliegende Hörbuch basiert auf dem gleichnamigen Bestseller-Sachbuch und zeichnet die dramatischen Entwicklungen der letzten Tage vor Kriegsbeginn minutiös nach: Gerd Schultze-Rhonhof zeigt in aller Deutlichkeit, was den „ersten Schüssen“ des 1. September 1939 vorausgegangen ist.
2 Audio-CDs,
Laufzeit: 145 Minuten
Best.-Nr.: 5180, € 14,95

Herbert Reinoß (Hrsg.)
Letzte Tage in Ostpreußen
Erinnerungen an Flucht und Vertreibung
Viele Ostpreußen werden in den Erinnerungen dieses Buches ihr eigenes Erleben wieder kennen, denn die Berichte summieren sich zu einem Gesamtbild jener bösen Zeit, die kaum jemanden unversehrt ließ.
Geb., 335 Seiten
Best.-Nr.: 1696 € 9,95

Udo Ulfkotte
Der Krieg im Dunkeln
Die Geschichte der großen Geheimdienste von ihrer Gründung bis heute als eine Geschichte von Höhepunkten und Niederlagen, Pannen und Skandalen, legalen und illegalen Methoden. Er zeigt, wie Agenten die Weltwirtschaft lenken, was Politiker von den Aktionen ihrer Spionageeinrichtungen wissen, wer die Agenten kontrolliert und wie die Geheimdienste zusammenarbeiten.
Ulfkotte rechnet ab mit den großen Nachrichtendiensten und zeigt, mit welchen legalen und illegalen Methoden sie Politik und Wirtschaft lenken. Das kritische Standardwerk über die großen Geheimdienste der Welt.
Geb., 384 Seiten **Best.-Nr.: 5181 € 22,90**

Claus-M. Wolfschlag (Hg.)
Bye- Bye ‘68…
Die Ideen der 68er prägen unseren Zeitgeist, doch viele ihrer ehemaligen Wortführer stehen heute kritisch zu den einstigen Idealen und zum linken Gedankengut, manche bezeichnen sich selbst sogar als „rechts“.
Zwanzig erstaunliche Selbstzeugnisse.
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 2517 € 21,80

Neu!

Jürgen Grässlin
Das Daimler-Desaster
Vom Vorzeigekonzern zum Sanierungsfall?
„Razzia in der Daimler-Zentrale“ - DaimlerChrysler macht Schlagzeilen, obwohl von der eigentlichen Affäre noch kaum etwas an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Jürgen Grässlin, den der Spiegel als „Daimlers schärfsten Widergänger“ bezeichnet, deckt die Verantwortung des Top-Managements für einen Skandal auf, der die Wirtschaft erschüttern wird.
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 5186 € 19,90

Ulrich Steinhilper
Die gelbe Zwei
Erinnerungen eines Jagdfliegers bis 1940
Der Autor beschreibt den Luftkrieg in seiner vollen Härte. Schonungslos genau, zugleich lebendig und spannend schildert er den Alltag der Flieger. Er liefert damit einen Einblick in die Gedankenwelt der elitären Kreise der damaligen Jagdflieger.
Geb., 368 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1721 € 24,80

Friedrich Carl Albrecht
Blick auf drei Jahrhunderte
Politische Zitate 1700 bis 2000
Das Zitatenbuch zeigt deutsche und preußische Geschichte von einer Seite, die heutzutage leichthin als „politisch nicht korrekt“ bezeichnet werden könnte. Aber gerade weil dieses Buch nicht auf den üblichen Trampelpfaden steckenbleibt, sondern versucht, zu zeigen wie es eigentlich gewesen ist, erfährt der Leser überraschende Einsichten.
Kart., 66 Seiten **Best.-Nr.: 2671 € 9,80**

Brunhilde Helwig
Warum Millionen Adolf Hitler vertrauten
Wie war das damals?
Eine Zeitzeugin berichtet
Kart., 128 Seiten
Best.-Nr.: 4658
€ 8,50

FUNDGRUBE!!!



(so lange der Vorrat reicht)

Sonderangebot



Ottokar Wagner
Aus Königsberger Kindertagen
Erzählungen vom Kohlenklau und Siebenzagel. Aufzeichnungen in ostpreußischer Mundart.
Kart., 47 Seiten
Best.-Nr.: 1678
statt € 9,00
nur € 6,99

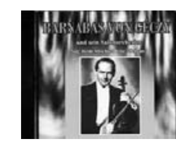


Dieter Boenke
Verlorene Heimat, gefangene Träume
Ein Ostpreuße erinnert sich an Kindheit in Ebenrode, Kriegsjahre als Marienhelfer in Pillau und russischer Gefangenschaft
Kart., 272 Seiten
Best.-Nr.: 1296
statt € 12,40
nur noch € 5,99

Musik aus alten Zeiten!

Willy Forst; CD
Durch dich wird diese Welt erst schön, Mein Mädel ist nur eine Verkäuferin,Unter einem Regenschirm am Abend, Wir zahlen keine Miete mehr, u.v.m., 18 Lieder
Best.-Nr.: 3320, € 8,95

Strienz, Wilhelm; CD
Bass, Arien aus: Die lustigen Weiber von Windsor, Der Freischütz, Der Wildschütz, Die Zauberflöte, Der Barbier von Bagdad, Ernani, u.v.m., 13 Lieder
Best.-Nr.: 3327, € 8,95



Barnabas von Gèczy; CD
Barnabas von Gèczy und sein Salonorchester, 21 Lieder
Best.-Nr.: 3304, € 8,95

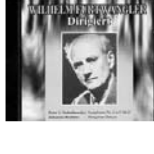




Die goldene Sieben; CD
Tanzmusik der 30er Jahre, Darf ich bitten, Blinde Kuh, Die Musik spielt ganz leise, Aus lauter Liebe, u.v.m., 24 Lieder
Best.-Nr.: 4944, € 8,95



Berliner Scala; CD
Musik! Musik! Musik!, Grock als Jodler, Das muß man alles verstehen, Russisch, Peng, u.v.m., 23 Lieder
Best.-Nr.: 3319, € 8,95



Wilhelm Furtwängler dirigiert; CD
Peter J. Tschaikowsky: Symphonie Nr. 4 in F-moll
Johannes Brahms: Hungarian Dances
Best.-Nr.: 4921, € 8,95



Hans Albers; CD
Flieger, grüss mir die Sonne, Goodbye Jonny, Hoppla, jetzt komm' ich, Auf der Reeperbahn nachts um halb eins, u.v.m., 14 Lieder
Best.-Nr.: 4943, € 8,95

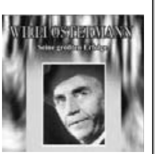


Tiana Lemnitz; CD
Sopran, Arien aus: Die Hochzeit des Figaro, Die Zauberflöte, Der Freischütz, Der Troubadour, Othello, Arabella
Gesamtspielzeit: 61:47 Min.
Best.-Nr.: 4906, € 8,95



Karl Erb, Tenor, CD
Arien aus: Iphigenie auf Tauris, Die Zauberflöte, Fidelio, Euryanthe, Martha, Lohengrin, Don Pasquale, La Traviata, u.v.m.
Gesamtspielzeit: 57:26 Min.
Best.Nr.: 4920, € 8,95

Peter Igelhoff und sein Ensemble; CD
Sing ein Lied, wenn Du mal traurig bist, Aus dem Inhalt: Ich pfeif heut Nacht vor Deinem Fenster, Lieber einmal zu viel, als zu wenig geküßt, Sie werden immer jünger, kleine Frau, u.v.m., 24 Lieder
Best.-Nr.: 3304, € 8,95



Willy Ostermann
Seine größten Erfolge
Rheinlandmädel, Es gibt nur einen deutschen Rhein, Ich trinke auf dein Wohl, Einmal am Rhein, u.v.m, insges. 20 Lieder
Best.Nr.: 4904, € 8,95

Klingende Heimat



Inge Mommert
Ostpreußische Erinnerungen- Lieder und Gedichte
Aus dem Inhalt: 1. Lied: Zogen einst fünf wilde Schwäne, 2. Prosa 1: Die Ostpreußen, 3. Gedicht: Mein Onkelchen, u.v.m, Laufzeit 59 Min.
Best.-Nr.: 1181 € 15,95

Inge Mommert
Vom ostpreußischen Gemüt
Liebenswerte, zum Schmunzeln anregende Bilder des Lebens in den Orten ihrer Kindheit und Jugend. Lieder, Gedichte, Episoden aus Ostpreußen
Best.-Nr.: 3675 € 13,00





Bernstein
Ein Lied für Ostpreußen
Inhalt:
Ein Lied für Ostpreußen
1. Ostpreußen, mein Heimatland, 2. Sie sagen all, Du bist nicht schön, 3. Hafflied, 4. Königsberg in Preußen, 5. Abends treten Eiche..., 6. Wild flutet der See, 7. Rominter Heide, 8. Anne Mämel, 9. Annchen von Tharau, 10. Unsere Nehrung, 11. Allenstein-Lied, 12. Samlands schönste Blume
Best.-Nr.: 4765 € 21,95

Bitte Bestellschein ausfüllen und senden an: PREUSSISCHER MEDIENDIENST
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Telefax 040 / 41 40 08 58 · Telefon 040 / 41 40 08 27
E-Mail: info@preussischer-mediendienst.de · Internet: www.preussischer-mediendienst.de

Best.-Nr.	Menge	Titel	Preis

Lieferung gegen Rechnung, Versandkostenpauschale € 4,– / Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, CDs, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

☐ Bitte senden Sie mir den aktuellen Katalog zu.

Vorname: ____________ Name: ____________

Straße, Nr.: ____________

PLZ, Ort: ____________ Telefon: ____________

MELDUNGEN

Prämien für abgelehnte Asylbewerber

Mainz – Die rheinland-pfälzische Landesregierung aus SPD und FDP hat einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ zurückgewiesen, wonach das Land abgelehnten Asylberwerbern bis zu 50000 Euro zahle, damit diese in ihre Heimatländer zurückkehren. Gleichwohl räumt Mainz ein, Ausreiseprämien zu zahlen, wenn auch in beträchtlich geringeren Summen. Oft vernichteten Asylbewerber ihren Paß. Wenn die Nationalität aber nicht festzustellen sei, genössen die abgelehnten Asylbewerber Abschiebestop. Aus zwei Bundesprogrammen wurden in solchen Fällen bislang bereits bis zu 1500 Euro pro Familie ausgezahlt. Rheinland-Pfalz hatte ein Zusatzprogramm in einer Gesamthöhe von fünf Millionen Euro aufgelegt.

Nur noch 545 Aussiedler

Berlin – Die Zahl der Spätaussiedler ging im Januar auf nur noch 545 zurück, das sind 67 Prozent weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Als Grund der Abnahme gilt vor allem der Sprachtest, dem sich Angehörige von deutschen Aussiedlern jetzt bereits im Herkunftsland unterziehen müssen.

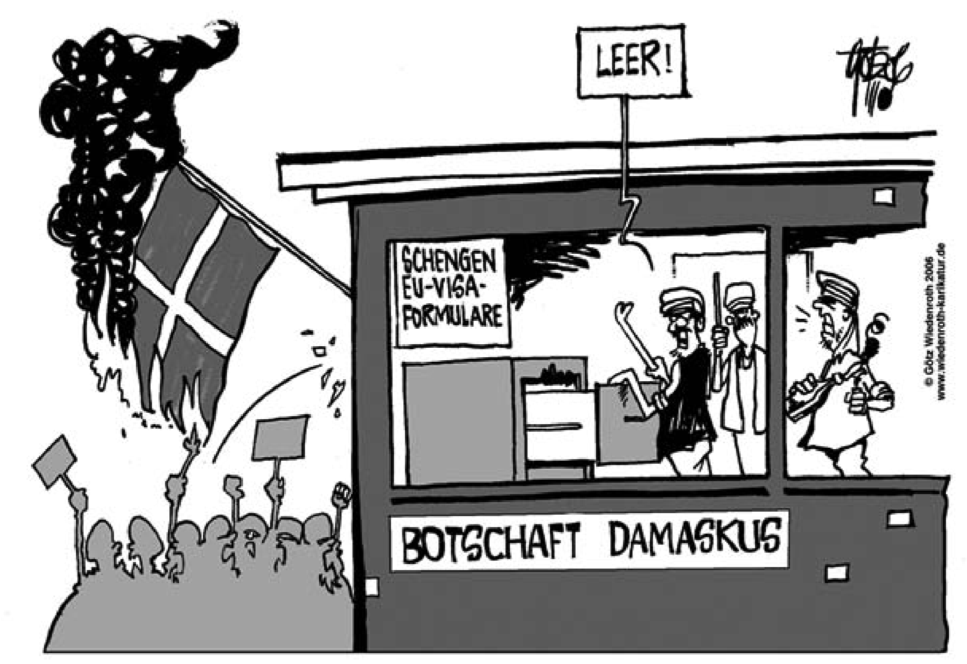
ZUR PERSON

Er wollte bloß Ängste abbauen



Sein Ziel sei es gewesen, Ängste vor dem Islam abzubauen. Damit müsse man bei den Kindern anfangen, dachte sich der dänische Autor **Kåre Bluitgen**, um der Ausländerfeindlichkeit in seiner Heimat entgegenzuwirken. Daher schrieb er ein bebildertes Buch über das Leben des Propheten Mohammed. Der Rest der Geschichte ging durch die Weltpresse: Bluitgen wandte sich an 40 Illustratoren für sein Buchprojekt, die alle aus Angst vor möglichen Repressalien von muslimischer Seite keine Zeichnungen von Mohammed anfertigen wollten. Der Autor erzählte einem Journalisten von dieser merkwürdigen Erfahrung, „Jyllands Posten“ startete den Zeichenwettbewerb.

Bluitgen wurde am 10. Mai 1959 geboren und machte eine Ausbildung als Grund- und Mittelschullehrer. 1991 legte er zudem sein Examen an der Dänischen Journalistenschule ab. Seit 1987 veröffentlichte Bluitgen 16 Bücher, das letzte erschien in diesem Jahr und dürfte sein größter Erfolg werden: das Kinderbuch „Koranen og Profeten Muhammeds liv“ (Der Koran und das Leben des Propheten Mohammed). Interviewer beschreiben den Autor als stillen Mann. Noch immer fährt er mit dem Fahrrad durch seinen Heimatort, den Kopenhagener Stadtteil Nørrebro, obwohl ihm die Drohungen der Islamisten bisweilen Angst machten, wie er einräumt. Der niederländische Filmemacher Theo van Gogh war von einem fanatischen Moslem ermordet worden, als er auf seinem Fahrrad in Amsterdam unterwegs war.



»Dann ist es Allahs Wille. Wir zünden den Laden an!« Zeichnung: Götz Wiedenroth

Endlich mal raus

Die Uno sucht die deutsche Bildungsmisere, Grass findet Hitler und verschleierte Frauen entdecken ihre Spontaneität / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Und ewig ruft der Dschungel: Schon wieder sollen deutsche Soldaten in den Kongo marschieren, um für Frieden zu sorgen. Hätten wir uns doch bloß nicht so weit aus dem Fenster gelehnt! Noch auf der Sicherheitskonferenz in München sonnten sich die europäischen Politiker in der „gestiegenen sicherheitspolitischen Verantwortung Europas“. „Na dann macht mal!“ schallte es umgehend aus der Uno-Zentrale zurück. Damit hatten wir so schnell nicht gerechnet. Die putzigen Ausreden der Regierungen, warum gerade ihre Truppen für den Einsatz in dem afrikanischen Land ungeeignet seien, geben Aufschluß über die allgemeine Verlegenheit.

London argumentiert, daß der Kongo ja kein englisch- sondern ein französischsprachiges Land sei, weshalb sich seine Soldaten dort gar nicht zurechtfänden. Das erklärt zumindest, warum die Kommunikation der britischen Uniformierten in Basra so häufig in Prügeleien ausartet. Die Bastarde da unten können ja nicht mal Französisch, geschweige denn Englisch. Belgien wendet ein, daß die Anwesenheit seiner Truppen den Argwohn der Einheimischen gegenüber den zahlreich in der ehemaligen Kolonie tätigen Belgiern steigern könnte. Mit anderen Worten: Wir wollen da unten Geld verdienen, und das in angenehmer Geschäftsatmosphäre, weshalb sich den Groll der Kongolesen bitte andere aufhalsen mögen. Nobel, nobel.

Die Bundesregierung ist selbstverständlich zum Einsatz bereit. Angela Merkel hat sich so wunderbar auf der internationalen Bühne eingerichtet, daß sie sich jetzt nicht knickerig zeigen will. Andernfalls könnte der ausländische Beifall dünner werden, was den inländischen Umfragewerten schadet. Einen Kampfeinsatz möchte Berlin allerdings lieber vermeiden. Macht nichts: Einsätze ohne Kampauftrag haben sich bereits auf dem Balkan Anfang bis Mitte der 90er Jahre bewährt: Die Kriegshandlungen konnten unbeeinträchtigt weitergehen, ohne daß sie durch unbotmäßige Einmischung der Uno gestört worden wären. So keimten auch keine negativen Gefühle der einheimischen Potentaten gegenüber den fremden Truppen auf. Völkermordbegabte „Warlords“ konnten ihrem Handwerk sogar direkt unter den Augen der dezent um Entspannung bemühten UN-Truppen nachgehen wie in Srebreniza. Wenn sich die Uno-Verbände im Kongo nur ebenso besonnen zurückhalten wie weiland die Holländer in Bosnien, dann sind sogar die belgischen Bedenken eigentlich unbegründet.

Tapfer voran marschieren allein die Franzosen, die den Kongo zu ihrer Interessensphäre zählen und daher emsig drängen, daß die deutsch-französische „Battle Group“ da unten für sie aufräume – die „binationale“ Einheit besteht aus 1500 deutschen Fallschirmjägern und vier französischen Stabssoldaten. Was heißt „The Germans to the Front“ eigentlich auf französisch?

> **EU in der Kongo-Klemme: Was heißt »The Germans to the Front« eigentlich auf Französisch?**

Kurz: Aus der EU-Kongo-Expedition wird sobald wohl nichts. Die Uno wird noch eine Weile ausharren müssen, eh die europäischen Mächte unter ihren Tischen hervorgekrochen kommen, um auf Friedensmission gegen die zwölfjährigen Soldaten der dortigen Bürgerkriegsarmeen zu ziehen.

Dabei hat die Weltorganisation wirklich wichtigere Krisenherde zu bewältigen in ihrem ehernen Ringen um die Menschenrechte. Zu diesem Zweck schickt sie ihre kompetenten Sonderberichterstatter um den Globus, die überall nach dem Rechten sehen. Der UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Bildung, Vernor Muñoz Villalobos, reist derzeit durch Deutschland, um die Bildungschancen des Nachwuchses zu überprüfen. Zuvor hatte der Juraprofessor aus Costa Rica das bereits in Botswana, Kolumbien und Indonesien getan. Vom Kindergarten bis zur Uni kommt alles unter seine Lupe.

Wissenschaftler brauchen für solche umfassenden Untersuchungen Jahre, der Uno-Jurist mit dem Spezialgebiet „Menschenrechtserziehung“ schafft das alles in zehn Tagen, dann will er einen der weltweit beachteten Uno-Sonderberichte schreiben.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat sich schon lange auf Muñoz Villalobos' Besuch gefreut und versorgt ihn mit Belastungsmaterial gegen das dreigliedrige deutsche Schulsystem. Das wird ihm helfen. Doch auch ohne die GEW-Munition würde er gewiß nicht mit leeren Händen gehen müssen. Seine kroatische Vorgängerin Katerina Tomasevsky hatte das verpflichtende Deutschlernen für Ausländerkinder in Hessen schärfstens kritisiert. Muñoz Villalobos will sein Hauptaugenmerk hingegen auf die Frage richten, ob die Ausländerkinder auch genügend Deutsch lernen, um gleichberechtigt mithalten zu können. Überall, wo Tomasevskys Drohruf damals Wirkung gezeigt hat und auf die Deutschkurse verzichtet wurde, kann Nachfolger Muñoz Villalobos nun reiche Ernte an Kritikpunkten einfahren. Eine Weltorganisation ernährt sich selbst.

Im weiterschwelenden Karikaturenstreit hatte Uno-Generalsekretär Kofi Annan ja schon alles Nötige gesagt. Er ist bis auf weiteres „betroffen“ und verurteilt die Gewalt ebenso wie die „beleidigenden“ Zeichnungen. Die muslimischen Proteste, da stimmen alle fortschrittlichen Menschen überein, sind ja durchaus verständlich.

Denken wir nur an die armen 80000 jemenitischen Frauen, die sich zum ersten großen Protestzug spontan in ihrer Hauptstadt Sanaa versammelt hatten und so die Lawine lostraten. In dem Land dürfen die Tiefverscheierten sonst nie ohne männliche Begleitung vor die Tür. Nun hat man für sie Hunderte dänische Fahnen in Pakistan bestellt (Lieferzeit: ein Monat), die sie dann ganz spontan auf der Straße und ohne Männereskorte verbrennen durften. An diesen tollen Tag werden sie sich ein Leben lang erinnern.

Auch in den meisten anderen muslimischen Ländern sind Demos normalerweise streng verboten, endet jede politische „Zusammenrottung“ in Windeseile unter den Knüppeln der Staatsmacht im Kerker. Als öder Ersatz für Demos werden staatliche Feiertage geboten, an denen bestellte Volksmassen müde winkend an ihrem korrupten Führer vorbeilatschen dürfen. Jetzt konnten all die Gelangweilten mal richtig die Sau rauslassen.

Neben der freundlichen Anteilnahme ihrer sonst recht paranoiden Staatsmacht winkt dazu noch die Belohnung, den Ungläubigen ordentlich Angst einzujagen. Denen rutscht tatsächlich reihenweise das Herz in die Beinkleider. Der Chef von „Jyllands Posten“ hat seinen Kulturredakteur vom Hof gejagt und Dänemarks ehemaliger Außenminister Uffe Ellemann-Jensen fordert gar den Kopf des Zeitungschefs selbst. Der habe sich einen „fatalen Fehler“ erlaubt, der schon „etliche Menschenleben gekostet hat“, und müsse daher dringend weg. Genial, wie der Parteifreund von Ministerpräsident Rasmussen die Toten einschließlich des katholischen Priesters in der Türkei – schwupp! – auf das Konto von „Jyllands Posten“ überwiesen hat.

Günter Grass hat eine Weile gebraucht, bis er die Vorgänge in sein politisches Raster gefriemelt bekam. Diese Woche wurde er fertig, nun paßt auch für ihn wieder alles: Die Journalisten seien „rechtsradikal und fremdenfeindlich“ und wer die Karikaturen genauer betrachte, erkenne, daß das der Stil des „Stürmer“ sei. Na also: Hitler! Hat aber auch gedauert, diesmal.

Wenn gewisse Leute nur lange genug auf irgendetwas gucken, kommt offenbar immer Hitler zum Vorschein, egal was zu sehen ist. So hat die britische Zeitung „Sun“ entdeckt, daß das scheinbar harmlose Logo der deutschen Polizei zur Fußball-WM in Wahrheit den Braunauer abbildet. Zeichner Jürgen Tomicek ist fassungslos. Er engagiere sich in seinen Zeichnungen doch besonders häufig gegen Rechtsextremismus und Fremdenhaß, beteuert er. Das Bildchen sei als „freundliches Willkommenslogo für ein friedliches Event“ gedacht gewesen. Freunde! Frieden!! Event!!! Und jetzt das! Tomicek leidet.

ZITATE

Der Autor und Dramatiker ***Botho Strauß*** *macht sich im „Spiegel“ vom 13. Februar ernste* ***Sorgen um die Zukunft Europas:***

„Der zur Mehrheit tendierende Anteil der muslimischen Bevölkerung von Amsterdam und anderen Metropolen braucht unsere Toleranz bald nicht mehr ... In spätestens 20 Jahren wird der junge christliche Kicker auch in diesem Stadtteil zur ... Minderheit gehören. Man wüßte nur gern, ob sich die anderen in ihrer Mehrheit dann ebenso empfindlich bei der Abwägung zwischen Toleranz und Dominanz verhielten.“

Der durch sein Buch über Mohammed weltbekannt gewordene dänische Autor ***Kåre Bluitgen*** *(siehe „Zur Person“)* ***rät*** *laut „Welt“ vom 14. Februar* ***vom Nachgeben*** *im Karikaturenstreit* ***ab:***

„Warum den Kampf nicht jetzt aufnehmen? Wir werden ohnehin kämpfen müssen.“

Der ***Karikaturist Klaus Stuttmann,*** *der durch eine Karikatur der iranischen Fußballmannschaft ins Schußfeld Teherans geraten ist, gibt indes* ***resigniert*** *zu:*

„Die Selbstzensur ist in vollem Gang. Man muß zweimal überlegen, wer sich wodurch verletzt fühlen könnte.“

Die spanische Zeitung „ABC“ ***resümiert*** *am 7. Februar:*

„Die zunehmende Gewalt in der islamischen Welt ist zum Auslöser einer Debatte geworden, der Europa sich nicht stellen wollte, die nun aber unvermeidlich geworden ist. Es ist eine Debatte über die Möglichkeit, die demokratische Kultur des Westens und die theokratische muslimische Kultur zusammenzubringen.“

Der Genfer „Tages-Anzeiger“ vom 12. Februar räumt zu dem offenbar gewordenen ***Graben zwischen Abendland und Morgenland*** *selbstkritisch ein:*

„Dieses Problem haben wir in seiner Schärfe und Unmittelbarkeit unterschätzt.“

Feindstaub

Fortgewaschen, weggeblasen
ist der Feinstaub über Nacht –
auch aus Hirnen, nicht nur Nasen!
Flott, wer hätte das gedacht?

In die Bresche springt ein Retter,
denn genau zur rechten Zeit
eskaliert ein dicker, fetter
Karikakaturenstreit!

Feindbild – ja, das muß man pflegen,
mal konkret und mal abstrakt,
um die Menschen aufzuregen,
sonst erscheint der Kaiser nackt.

Sind's nicht -ole, -ine, -ate,
müssen -isten, -aner her
oder -enser, rabiate,
auch die Gene nützen sehr.

Will man maximal kassieren,
schreit man „Haltet ihn, den Dieb!“
Da die Leute nix kapieren,
lohnt sich immer der Betrieb.

Wundert's: Auch Propheten bauen
stets auf Weltenuntergang –
aber diesmal (im Vertrauen)
dauert's wirklich nimmer lang.

Pannonicus